Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- u. Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat April 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Herausgeber: Richard Schnetter

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Dienstag, den 29. April 1924 | 4. Jahrgang ★ Nr. 49

Arbeitslose, an die Front!

Eine Woche heftigster politischer Auseinandersetzungen hat begonnen. **Maifeier mit gewaltigen Massendemonstrationen,** dazu Tausende von Wahlversammlungen, dann **Wahltag,** neue **Demonstrationen und Abstimmung.**

Die Arbeitslosen, diese Elendesten, die die schwerste Last kapitalistischer Auswucherung zu tragen haben, sie müssen **heraus aus ihren Kammern,** sie müssen hervorbrechen aus ihren Winkeln. Sie sollen ihren ganzen Jammer auf den Markt tragen. Jetzt ist es Zeit!

Schreit es in jede Versammlung, daß Ihr jetzt Monate und Jahre hungert! **Schreit** es auf den Gassen und Plätzen, bei den Maidemonstrationen, daß man Euch aufs Pflaster warf, um den Achtstundentag zu zertrümmern. Schreit es jedem Versammlungsschwätzer der Bourgeoisie ins Gesicht, daß er mitschuldig daran ist, daß Millionen zu Bettlern gestempelt, dem langsamen, aber sicheren Verderben ausgeliefert sind.

Fragt die bürgerlichen Phraseure, fragt ihre sozialdemokratischen Papageien in all ihren Versammlungen **brutal und roh:**

Sind wir Arbeitslosen die Millionen Menschen, die in Deutschland aussterben sollen, damit der Kapitalismus fortexistieren kann?

Grausam sausten im Winter die Schläge auf die Millionenmassen der Arbeitslosen hernieder. Die Markstabilisierung der Helfferich, Schacht und Hilferding, das hieß für die damals schon Arbeitslosen die Elendsstabilisierung; sie hieß: Schluß mit jeder Anpassung der Unterstützungssätze an die Teuerung. Markstabilisierung der Großen Koalition, der Stresemann-Sollmann, das hieß **Betriebsstillegung, Massenentlassung, Dauerarbeitslosigkeit** für Millionen. Sie bedeutete **steigende Goldmarkpreise,** Verkümmerung des Lebensunterhaltes, Engerschnallen des Hungerriemens!

Volkspartei, Zentrum, Demokraten und VSPD. triumphieren ob ihrer Markstabilisierung, aber sie fußen bei diesem Triumphgeheul auf dem **leeren Magen der Arbeitslosen** und ihrer Familien. Laßt sie jetzt in ihren Versammlungen das **Knurren Eues Magens** hören. Duckt Euch nicht länger!

Brüllt ihnen mit geballten Fäusten Euer Elend, Euren Jammer, Eure Wut in das feiste Gesicht!

Formiert Euch mit den Arbeitenden am 1. Mai zu wuchtigen Demonstrationen, die das Bürgertum und ihre Trabanten erzittern lassen sollen. Und dann gestaltet am 4. Mai die **Massenabstimmung für die Kommunisten** mit Euren Frauen zusammen zu einem starken Protest der Hungrigen gegen die Satten!

Kein Arbeitsloser soll sich später über sein Schicksal beklagen, keiner soll später Vorwürfe erheben, wenn er diese Woche politischer Hochspannung nicht überall **rücksichtslos und restlos** ausgenutzt hat. Setzt Euch durch in jeder Versammlung, ob großkapitalistisch, sozialdemokratisch oder völkisch. Und habt Ihr mit Eurem Hasse die Stimmung geschaffen, daß man Euch anhören muß, dann stellt den Fetten und Satten, den Bürgern und ihren Lakaien die **Fragen des nüchternen Magens!** Stellt Eure Forderungen auf und verlangt Antwort, was für Euch Millionen getan wurde und was jetzt geschehen soll.

Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit ihren Familien, sie machen fast **den vierten Teil der deutschen Bevölkerung** aus. Dieser riesige Volksteil, der ohne jede eigene Schuld das Schwerste, das Bitterste tragen muß, er kann von jedem Antwort fordern. Er ist zu **jedem Wutschrei,** wie zu jeder kleinsten Fragestellung **berechtigter** als jeder andere.

Fragt überall, wer die Stirn hat, die **Verantwortung** für die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes am 17. November angeordnete unentgeltliche Zwangsarbeit zu übernehmen. Wenn sie von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen diese Verantwortung ablehnen,

dann sagt ihnen, daß sie lügen.

Sie haben das Ermächtigungsgesetz gemeinsam geschaffen, um eine Stabilisierung auf Eure Kosten zu erzwingen.

Fragt sie, wer die Stirn hat, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß im **Dezember** Eure Unterstützungen um **ein Drittel der Höchstsätze gekürzt** wurden; wer die Herabsetzung Eurer Tageshungersätze auf **38 Pfennig** für den Mann, 10 Pfennig für die Frau und **7 Pfennig für ein Kind zu verteidigen** wagt. Wenn sie ihre Unschuld an diesen Mißhandlungen Eures Körpers und Eurer Gesundheit zu beteuern versuchen, **dann schreit ihnen zu, daß sie lügen,** denn **sie alle haben es so gewollt, die dem Ermächtigungsgesetze zustimmten und der christlich-kapitalistischen Regierung Marx in den Sattel halfen.**

Aber höret! Um ganze 20 Prozent will die kapitalistische Regierung jetzt diese Hungersätze erhöhen. Nicht 38, sondern — man denke — **45 Pfennig täglich** soll der Mann jetzt bekommen. Für die Frau gibt es 2 Pfennig, für das Kind 1 Pfennig täglich mehr! Und das ausgerechnet vom 5. Mai an.

Ein Wahltrick allerschäbigster Sorte!

Fragt sie, wer die Verantwortung dafür trägt, daß die allgemeine Erwerbslosenfürsorge des Reiches in eine **Arbeitslosenversicherung** auf Kosten der Arbeiter umgestaltet wurde. Wer trägt die Schuld, daß zu Steuerlohnabzug, Invalidenversicherungs- und Krankenkassenabzügen noch der neue dreiprozentige Lohnabzug für die Arbeitslosenversicherung aus den Lohntüten geraubt wurde. Klagt sie an, daß die Beitragssummen der Arbeitslosenversicherung Euch **nur zur Hälfte zukommen,** daß man eine volle Hälfte dieser **Beiträge für Verwaltungskosten** verpulvert. Die Macher des Ermächtigungsgesetzes, Sozialdemokraten bis Deutschnationale, sind **die Verantwortlichen für diesen sozialen Betrug!**

Fragt die Fettwänste und die Spießbürger, wie sie es **vor Euch,** vor „ihrem lieben Gott", vor „ihrer deutschen Kultur", vor „dem Weltgewissen" je verantworten können, daß ein **Unterstützungsberechtigter mit Frau und vier Kindern für die ganze Woche sage und schreibe 4 Mark 56 Pfennig bezieht.** Fragt sie, wer von ihnen auch nur einen Tag davon leben könnte. Schreit ihnen ins Gesicht, daß es ihr Wille, ihre Absicht ist, Euch verkommen, verrecken zu lassen.

Fordert überall in den Demonstrationen, in den Versammlungen und bei der Wahl die **Vervielfachung Eurer Unterstützungen,** sofortige **Wirtschaftsbeihilfen, städtische Speiseanstalten** für die Erwerbslosen und Rentenempfänger, Niederschlagung der städtischen Abgaben, Zahlung Eurer Mieten, **Anerkennung der Erwerbslosenräte** als Eure Vertreter in allen behördlichen Ausschüssen und Organisationen.

Protestiert mit flammendem Zorn vor allem gegen das verruchte System, durch bureaukratische Streichung die **Ziffern der Massenerwerbslosigkeit** wegzuwischen. Fordert die **Weiterzahlung erhöhter Unterstützungen bei Dauererwerbslosigkeit.** Brandmarkt das System, daß Ihr nach der 26. Unterstützungswoche aus der Liste der Unterstützungsberechtigten von bureaukratischer Hand kalten Herzens unbarmherzig gestrichen werdet. Laßt Euch nicht zu Bettlern, **Plünderern und Verbrechern** ins völlige Elend, ins **Lumpenproletariat hinabstoßen.** Wehrt Euch!

Arbeitslose, Männer und Frauen! Bäumt Euch auf!

Nutzt diese Woche des politischen Kampfes, der Demonstrationen und Massenversammlungen mit dem letzten Rest Eurer Kräfte aus. Rüttelt die Lauen und Flauen, die Müden und Schwachen energisch auf, richtet Euch empor, tretet einzeln und massenhaft auf, überall, **wo nur irgend ein Vorstoß von Euch und für Euch möglich ist.**

Schließt **die Reihen mit den Kommunisten,** bildet die **Kampffront gegen die Ausbeuter** und ihre Knechte. Begreift, daß **nur im Kampfe das** verruchte System, was Euch zu zermalmen droht, überwunden werden kann. Begreift, daß nur die eigene **proletarische** Kraft den Kapitalismus zerschmettern wird. Begreift, daß **nur der Kommunismus Euch noch retten kann! Heraus zu den Maikundgebungen!**

Heraus, zum Wahlkampf für die Kommunisten!

Ziehen wir die Bilanz!*)

(Von einem Sozialdemokraten)

Wir haben ein Anrecht darauf, Rechenschaft zu **fordern.** Die Zeit ist gekommen, da wir, das „souveräne" Volk, wir, deren Wille der **Volkswille,** deren Meinung die Parteimeinung ist oder zumindest sein sollte, richten wollen über jene, denen wir Jahre hindurch blindes Vertrauen geschenkt, denen wir **gefolgt sind bis an den Rand** des **Abgrundes,** ja, bis zum Sturz in die Tiefe.

Ueberblicken wir die jüngste **Vergangenheit** — das Gedächtnis der Oeffentlichkeit ist ja kurz — sorgen wir dafür, daß die Vergeßlichkeit der breiten Massen nicht die Ursache neuen Unglücks und neuer Verwirrung werde. Forschen wir eindringlich nach der Schuld des Zusammenbruchs unserer Hoffnungen. Fragen wir unsere Führer, die Führer der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: wie habt Ihr mit dem Pfand gewirtschaftet, das wir Euch anvertraut, wie habt Ihr das Vertrauen benutzt, das die werktätigen Massen in Euch gesetzt haben?

Wir wollen hier nicht streiten über Nebensächlichkeiten und über sogenannte „taktische Fragen". Wir wollen nur klar herausarbeiten die brennendste und für die Reinigung unserer politischen Atmosphäre unerläßliche Frage: Wer ist schuld daran, daß die Arbeiterklasse Deutschlands, die Hoffnung, die Zuversicht und der Stolz der Proletarier aller Länder nach fünf Jahren sogenannter Volksherrschaft den vollständigen Zusammenbruch nicht nur aller Errungenschaften der glorreichen Revolutionszeit, sondern auch der sozial- und kulturpolitischen Erfolge jahrzehntelanger mühseliger Arbeit erleben muß? Die Arbeiterschaft Deutschlands ist heute die am schlechtesten bezahlte der Welt. Die Arbeiter Deutschlands haben die längste Arbeitszeit unter allen Arbeitern Europas. Die Arbeiterschaft Deutschlands ist heute versklavt durch die vereinigte Macht der Werkherren, Bureaukraten und Generale. Durch die Inflation bis aufs Hemd ausgeplündert, soll der deutsche Arbeiter jetzt auch noch alle Lasten der sogenannten Stabilisierung tragen. Die Beamten, die ihrem Staat treu gedient haben, wurden auf die Straße geworfen. Die mit viel Geschrei als die höchsten Errungenschaften der Zivilisation, als Gipfel von Gerechtigkeit und Humanität, gepriesenen Geschworenengerichte wurden mit einem Federstrich abgeschafft. Die Symbole der politischen Demokratie, die Parlamente, wurden solange geachtet, als sie den herrschenden Klassen genehm waren, sie wurden mit Bajonetten und Ermächtigungsgesetzen auseinandergetrieben, als sie den Machthabern lästig wurden. Und um es ja nicht zu vergessen, um unseren Haß wach zu halten, wie wir es unseren gemarterten Brüdern in den Tagen der tiefsten Schmach zugeschworen haben: es kam die uniformierte Vollzugsbehörde der Republik, die Reichswehr, und schlug die Arbeiterschaft blutig nieder,, die bereit war, die Republik zu verteidigen — während in München Kahr und Lossow, Hitler und Ludendorff um die Wette Hochverrat trieben.

Zu nah sind wir den Ereignissen, um ihre ganze fürchterliche, atembeklemmende Gespenstigkeit zu erfassen. Wir reiben uns noch, gelähmt vor Schreck, die Augen und fragen: wie ist denn das nur möglich geworden? Warum hat sich denn niemand gewehrt, als die Katastrophe hereinbrach? Was haben in dieser Zeit unsere „berufenen" Führer, die Ebert, Hermann Müller, Scheidemann, Leipart, Severing, Sollmann, Wels, Robert Schmidt, Breitscheid, Dittmann und wie sie alle heißen, getan? Wo war der Reichspräsident, der die Verfassung zu schützen geschworen hat, als sie in ihr Gegenteil verkehrt wurde? Wo waren unsere Reichstagsfraktion, der Parteivorstand, die Gewerkschaftsspitzen, unsere Minister im Reich und Staat, unsere Vertrauensleute in den zahllosen Aemtern, eingesetzt, um uns und unsere Rechte zu schützen? Was haben sie getan, um der hereinbrechenden **Katastrophe entgegenzutreten, um die Kräfte des Proletariats zum Abwehrkampf zu sammeln, um in den entscheidenden Stunden nicht kampflos alles preiszugeben, was wir in Jahrzehnten errungen hatten?**

Wir werden uns erinnern müssen, **damit die Rechnung** derjenigen zuschanden wird, die auf unsere **Vergeßlichkeit** gebaut haben. Wir werden nicht die Geschichte der fünfjährigen Schande und Selbsterniedrigung der sozialdemokratischen Parteiführer erzählen (Bände müßten geschrieben werden); es genügt, ein Kapitel, das **Schluß- und Krönungskapitel** dieser Geschichte den **Arbeitern in Erinnerung zu bringen:** das **Kapitel von der endgültigen Selbstentlarvung der für die bisherige Politik der VSPD. Verantwortlichen.**

Diese Geschichte **zeigt alles.** Sie enthüllt den **Kernschaden;** sie beweist unwiderleglich, daß es eine Führerfrage gibt, und daß es eine bewußte Täuschung ist, die Wichtigkeit dieser Frage gering zu schätzen und den Massen gerade das Wichtigste nicht zu sagen; daß es eine Clique skrupelloser Geschäfts-

*) Aus der Broschüre „Die Schuldigen", von einem Sozialdemokraten. Neuer Deutscher Verlag, Berlin, Unter den Linden 11. Preis 40 Pfennig.

Streik der Gemeindearbeiter in Halle

Halle, 29. April.

Wegen Ablehnung der Forderungen der mitteldeutschen Gemeindearbeiter sind heute früh in den Betrieben der Stadt Halle die Arbeiter des Wasserwerks, Gaswerks, der städtischen Fuhrbetriebe, des städtischen Theaters und des Stadtbades in den Streik getreten. Die anderen Betriebe werden im Laufe des Tages, spätestens am Mittwoch früh, die Arbeit einstellen, da sich aus technischen Gründen Komplikationen ergeben.

Die Streikleitung für die Gemeindearbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a, sowie Zimmer 29 und 30. Die Streikleitung ist ständig unter Telephonnummer 6559 zu erreichen.

*

Schon wochenlang dauern die Verhandlungen über die April-Löhne der mitteldeutschen Gemeindearbeiter. Trotz der überaus niedrigen Lohnforderung der in äußerst schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Gemeindearbeitern ist es bis heute zu keiner Verständigung gekommen. Das bisherige provokatorische Benehmen des Syndikus Feuerherdt des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden, das Unverständnis der Verwaltungen der Städte gegenüber der berechtigten Forderung der Gemeindearbeiter zwingt diese zu den letzten Maßnahmen zur Erreichung ihrer berechtigten Forderungen zu greifen. Der Streik aller mitteldeutschen Gemeindearbeiter ist in Halle ausgebrochen. Die Gemeindearbeiter wehren sich gegen die vom Arbeitgeberverband beabsichtigte Gruppierung und Staffelung der Löhne in einer geradezu unerhörten Weise. Die Lohnforderung der Gemeindearbeiter ist äußerst gering, 45 Pf. für die ungelernten und 55 Pf. für die gelernten Arbeiter. Auch hier sind die verantwortlichen Arbeitgeber nicht gewillt, die Forderung zu bewilligen, trotzdem von diesen geforderten Löhnen kein Gemeindearbeiter mit seiner Familie sein Leben in annähernder Form fristen kann. Der Arbeitgeberverband und die Verwaltungen der Städte sind hiermit gewarnt. Für die Folgen des Streikes müssen sie voll verantwortlich gemacht werden.

214

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0001

politiker gibt, die sich an die letzten Kaiser und Könige, an die Macht der Staatsführung geklammert hatten, um jeden Preis, obwohl sie längst von der Aussichtslosigkeit ihrer Sache überzeugt waren. Breite Massen der arbeitenden Bevölkerung, ehrliche Proletarier haben ihren politischen Willen einer Handvoll mäßig talentierter Sesselkleber anvertraut, die mit der Arbeiterklasse, ihren Interessen und ihrem revolutionären Kampfwillen nicht den geringsten Zusammenhang mehr haben, die eine erbärmliche, kleinbürgerliche Krämerpolitik als Arbeiterpolitik ausgeben und die, was das schlimmste ist, ihren ganzen Verstand und ihre ganze Willenskraft darauf verwenden, das Proletariat durch die Macht gewisser Schlagworte und durch die Kraft der Parteimaschine an sich und damit an diese kleinbürgerliche Politik zu fesseln. Die Illusion, daß mit diesen Leuten je eine Arbeiterpolitik möglich sein wird, eine Illusion, die noch immer ehrliche und überzeugte Kämpfer in- und außerhalb Deutschlands, wenn auch in immer geringerer Zahl, hegen, zu zerstören, ist die Aufgabe dieser Zeilen.

Die Post dem Kapital ausgeliefert!

Postbeamte, wehrt Euch!

Die deutsche Reichsregierung bereitet alle Maßnahmen vor, um eine schnelle Ueberführung des gesamten deutschen Reichsbesitzes in den Besitz der internationalen Montankonzerne zu sichern. Mit Hilfe der Sozialdemokratie hat sie bereits im verflossenen Reichstag einen Beschluß zur Loslösung der Reichseisenbahnen und der Reichspost von dem Reichsbesitz und ihre Umwandlung in selbständige Gesellschaften erreicht. Die Reichsbahn hat bereits ihr Direktorium erhalten und auch der Aufsichtsrat der Post ist nunmehr gebildet worden. Damit ist auch tatsächlich Reichsbahn, wie Reichspost unter die Kontrolle und Aufsicht, unter die Leitung der internationalen Montankonzerne gestellt worden. Im Aufsichtsrat der Post sitzen Vertreter der Schwerindustrie und einige agrarische Vertreter. Da ist Kloeckner vom Kloeckner-Konzern, da ist der berüchtigte Separatist Dr. Held aus Regensburg, der Führer der bayrischen Großagrarier, da sind Bankleute wie ein Dr. Bamberger aus Mainz, da ist ein ostpreußischer Junker wie der Graf v. d. Schulenburg.

Diese Uebertragung der Leitung der Post an die internationalen Montankonzerngruppen bereitet eine neue Belastung des deutschen Proletariats vor. Mehr noch als früher soll der deutsche Arbeiter, der einen Brief schreibt, der ein Paket schickt, dem internationalen Kapital, deutschem wie ausländischem, fronden. Bereits sind Tariferhöhungen angekündigt.

Bereits werden aber auch erneute Beamtenentlassungen in Aussicht gestellt. Die Beamten der Reichspost bleiben weiter Reichsbeamte. D. h. alle die schweren Nachteile, die das Beamtentum heute noch hat, bleiben weiter für sie bestehen: Verstärkte Ausbeutung durch verlängerte Arbeitszeit, durch völlig unzulängliche, geringe Löhne und Gehälter bleiben ihnen garantiert. Ja, man hat bereits angekündigt, daß man die Löhne noch weiter wird kürzen müssen, die Arbeitszeit noch weiter verlängern wird, um den Postbetrieb „rentabel" zu gestalten. Alle diese Vorteile der verschärften Ausbeutung bleiben den Beamten weiter unangetastet. Aber neue Rechte kommen hinzu. Noch rücksichtsloser als je bisher können die Beamten entlassen werden, und werden sie von den internationalen Montankonzernen entlassen werden. Der Beamtenabbau soll verstärkt durchgeführt werden; so verstaatlichen es das Sachverständigengutachten, dem die ganze bürgerliche Presse vom „Vorwärts" bis zur „Kreuzzeitung" zugejubelt hat. Alle Beamten werden von diesem Abbau bedroht.

Alle Beamten, die abgebauten und die es noch nicht sind, müssen daran denken, daß sie bei all diesen Maßnahmen von allen Parteien bis auf eine verraten, im Stich gelassen wurden. Nur die Kommunistische Partei hat sich von Anfang an klar und entschieden gegen diese Ausbeutungsmaßnahmen gewandt. Die Kommunistische Partei war die einzige, die das Interesse der Beamten vertreten hat; sie hat den Beamtenabbau abgelehnt, sie hat sich gegen die Ueberführung der Staatsbetriebe in die Hände der Montankonzerne gewandt, sie hat als einzige das Sachverständigengutachten und die mit ihm verbundene Verschärfung der Ausbeutung des gesamten deutschen Proletariats, zu denen auch die Beamten gehören, abgelehnt.

Alle Beamten, abgebaute und die es noch nicht sind, müssen am 4. Mai sich überlegen, ob sie die Parteien des Beamtenabbaues, der Verschärfung der Ausbeutung, die Parteien der Privatisierung und des Sachverständigengutachtens, die sozialdemokratische Partei, alle bürgerlichen Parteien, die Völkischen wählen wollen, oder ob sie sich bekennen wollen zum Kampf um die Beseitigung der Ausbeutung und als Zeichen dafür ihre Stimme der Kommunistischen Partei geben.

Beginn des Schachergeschäfts in Paris

Deutsche Industrievertreter als Unterhändler

(WTB.) **Berlin**, 29. April.

Die Kriegslastenkommission in Paris hat gestern der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitgeteilt, die die deutsche Regierung in dem Organisationskomitee für die Reichsbahn und die Industrie-Obligationen vertreten sollen. Als deutsche Sachverständige werden genannt: Für die Industrieobligationen Staatssekretär Trendelenburg und Geheimrat Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie, als Sachverständige für die Fragen der Eisenbahnhypotheken und der Umorganisation Staatssekretär Vogt vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär Bergmann.

Die sechs Bedingungen Sorges

Sorge, der Vorsitzende des Industrieverbandes, hat im Namen der deutschen Industrie dem Sachverständigenplan zugestimmt. Seine innerpolitischen Vorbedingungen, wie er sie in der Geheimsitzung des Industrieverbandes entwickelte, sind die folgenden:

1. **Der Achtstundentag muß vollkommen abgeschafft werden.**
2. **Sämtliche Staatsbetriebe müssen entstaatlicht und dem Privatkapital übergeben werden (Bergwerke, Post usw.).**
3. **Insbesondere müssen die Reichseisenbahnen dem Privatkapital übergeben werden.**
4. **Das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft muß so eingeschränkt werden, daß es verbindert werden kann, daß mehrere Arbeiterorganisationen gemeinsame Beschlüsse fassen.**
5. **Die Regierungsstellen dürfen mit Gewerkschaften keinerlei Verhandlungen führen.**
6. **Das sogenannte Kartellgesetz, das die Kartelle verbietet, darf in Wirklichkeit nicht angewendet werden.**

*

Diesem Plan haben Reichsregierung, VSPD. und Gewerkschaftsbund zugestimmt. Gegen diesen Plan ruft die Kommunistische Partei Euch Arbeiter, Beamte und Angestellte zum Kampfe auf.

Eisenbahner und Postbeamte! Ihr müßt in vorderster Reihe kämpfen! Ohne Kampf droht Euch Abbau oder Sklavendienst. Laßt Euch nicht von anderen Parteien irreführen. Sie haben Euch lange genug genarrt! **Wählt Kommunisten, Liste 8!**

VSPD. und der 1. Mai

Die Sozialdemokratie wird vor dem 1. Mai radikal. Sie holt die verstaubten Parolen aus ihrer revolutionären Zeit aus der Rumpelkammer heraus und mimt Klassenbewußtsein und proletarischen Kämpfermut. Die VSPD. und die reformistischen Gewerkschaften rufen auf, den 1. Mai zu feiern. Schon diese Aufrufe lassen erkennen, wofür die Sozialdemokratie am 1. Mai „kämpft". Für „sozialen Fortschritt", „für die Republik", „für den sozialen Willen", so rauscht's im Blätterwald der VSPD.

Die Heuchler und Arbeiterverräter, die den 1. Mai als Wahlmanöver so radikal auftrichen, hauen bei den ersten Worten ihrer Aufrufe daneben.

Wirklich, soll die Arbeiterklasse am 1. Mai für die „Republik" eintreten? (Wohlgemerkt, heimlich, in geschlossenen Versammlungen!) Für die Republik der Industrieritter, der Junker, der Offiziere, der großen und kleinen Hitlers? Für die Republik, die 15 000 Arbeitern die Ruhe, die Ruhe des Todes brachte? Oder vielleicht für die Republik der Ermächtigungsgesetze, denen die Sozialdemokraten zustimmten, für die Republik des Hungers und der Arbeitslosigkeit von Millionen deutscher Proletarier?

Die Heulmeierei der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbonzen ist nicht einmal echt. Alles, was sie heute noch „verteidigen" wollen, ist von ihnen schon längst preisgegeben worden. Wo ist der „soziale Fortschritt", für den die VSPD.-Leutchen so energisch eintreten, geblieben? Die Sozialdemokraten haben selbst all die Abbaugesetze mit geschaffen und gebilligt, haben selbst die vielen famosen Erwerbslosenverordnungen mit beschlossen, haben selbst durch ihren schamlosen Arbeiterverrat dafür gesorgt, daß jeder, auch der kleinste soziale Fortschritt, beseitigt wurde. Die Gewerkschaftsführer hielten „grundsätzlich" am Achtstundentag fest und verlängerten in der Praxis in den Tarifverträgen die Arbeitszeit ins Ungemessene.

Glaubt irgend ein Arbeiter wirklich, daß die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsführer wirklich kämpfen wollen? Ihr Aufrufe sind plumpe Wahlmache, Stimmenkrampf, geschrieben zu dem Zweck, die Arbeiter die Schandtaten dieser Bourgeois-Lakaien vergessen zu machen. Diese Demagogie wird die Proletarier nicht einfangen. Wenn das deutsche Proletariat seinen 1. Mai feiert, dann nicht für die Phrasen der Reformisten, sondern für seine Forderungen, für den Kampf um den Achtstundentag, für die Befreiung der politischen Gefangenen, für die Macht der Arbeiterklasse!

Die Tinte der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Aufrufe ist noch nicht trocken, da reißen sich die Arbeiterverräter selbst die Maske vom Gesicht.

Sie bremsen, sie betreiben ihr altes Geschäft, sie verraten. Der „Vorwärts", der die Aufrufe der Amsterdamer abdruckte, schreibt:

„Was sollen wir Sozialdemokraten unter solchen Umständen denen antworten, die uns sagen: „Es besteht die Gefahr, daß geschlossen auftretende kommunistische Züge Gewaltätigkeiten begehen, die sich gegen die Beamten und gegen die andersdenkenden, gleichfalls am 1. Mai demonstrierenden Arbeiter richten? Darum kann das Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel nicht aufgehoben werden!

Wir warnen vor diesem verbrecherischen Spiel! Kein Arbeiter, der auch nur für einen Pfennig Verstand im Kopf hat, wird seine Knochen riskieren, um für den vernichtenden Bruderkampf zwischen Arbeitern und Arbeitern, für ein verlogenes kommunistisches Wahlmanöver neues Material zu liefern!

Haltet die Augen offen! Hütet Euch vor Lockspitzeln!"

Das ist eine offene Aufforderung an die Polizei, den die „Knochen riskierenden Arbeitern" die Knochen kaputt zu schießen. Das ist die glatte Aufforderung an die Polizei, die Noske-Tradition weiter fortzusetzen, die Regungen der Arbeiter im Blut zu ersticken.

Wahrlich, der „Kampfwille" zeigt sich. Es ist der Kampf gegen die klassenbewußten Arbeiter für die Bourgeoisie. Die VSPD. erledigt sich selbst. Ihr Verhalten am 1. Mai wird jedem Arbeiter die Augen öffnen und wird ihn belehren, daß die Sozialdemokratie vernichtet werden muß, wenn die Arbeiterklasse leben will.

Einstimmige Arbeitsruhe am 1. Mai

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 28. April.

Die Belegschaft des Großbetriebes Hartung & Kuhn hat einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Unternehmerfrechheit

(Eig. Drahtm.) **Solingen**, 29. April.

Der Betriebsrat der Firma Henckel-Zwillingswerk verlangte von der Direktion die Abhaltung einer Belegschaftsversammlung, um Stellung zu nehmen zum 1. Mai. Die Firma veröffentlichte darauf folgenden Anschlag:

Am 1. Mai wird gearbeitet. Stellt sich heraus, daß nicht genügend Arbeiter zur Arbeit erscheinen, um den Betrieb ordnungsgemäß im Gang zu halten, so wird der Betrieb geschlossen und nicht eher wieder geöffnet, als am Montag.

(Eig. Drahtm.) **Solingen**, 29. April.

Bei der Firma Kieserling & Albrecht hatte die Belegschaft Arbeitsruhe für den 1. Mai beschlossen. Die Firma erklärte darauf dem Betriebsrat, es sei Beschluß des Unternehmerverbandes, am 1. Mai keine Arbeitsruhe zu dulden. Wenn die Belegschaft am 1. Mai zur Arbeit nicht erschiene, so würde sie entlassen werden.

Wieder ein kommunistisches Pressevebot

(Eig. Ber.) **Jena**, 29. April.

Die „Neue Zeitung" in Jena ist auf die Dauer von einer Woche, und zwar vom 28. April bis 4. Mai einschließlich, verboten worden. Dieses Verbot umfaßt alle etwa unter geänderten Titel erscheinende Zeitungen usw. Die Begründung lautet: „In Nummer 44 der „Neuen Zeitung" vom 24. April wurde unter der Rubrik „Tribüne der proletarischen Frau" in einem Artikel „Wer hilft der Landarbeiterin?" von Gertrud Kurell als Schlußfolgerung ausgesprochen: „Auf zum Kampf, der uns heute an die Wahlurne und morgen auf die Barrikaden führt!"

*

Zu dem Verbot schreibt unser Gothaer Bruderblatt, das „Thüringer Volksblatt":

Der Syndikus der Thüringer Industriellen, der im Auftrage seiner Brotgeber nebenamtlich das Innenministerium in Thüringen leitet, ist natürlich nicht so dumm, um nicht zu verstehen, daß der beanstandete Satz nur eine symbolische Bedeutung hat und sagen soll, daß mit der Abgabe des Stimmzettels der proletarische Klassenkampf noch nicht aufgehört habe. Geradeso wie das um die Macht kämpfende Bürgertum sich von der Feudalgesellschaft nicht das „Recht auf Revolution" nehmen ließ, kann auch das unterdrückte und vom Kapitalismus und seinen Helfershelfern ausgeplünderte Proletariat auf dieses Lebensrecht nicht verzichten.

Die Literatur der klassischen Schriftsteller des Bürgertums müßte allzumal eingestampft werden, denn sie alle enthalten die Forderung des „Rechts auf Revolution", und neben Fichte war es Kant, der in diesen Tagen vom Bürgertum überschwenglich gefeierte Königsberger Philosoph, der diese Forderung aller zum Licht und Dasein strebenden unterdrückten Klassen philosophisch begründete.

Das weiß auch Herr Syndikus Sattler, und wenn er es nicht wüßte, sollte er sich sein Schulgeld wiedergeben lassen; denn dann wäre seine Unwissenheit polizeiwidrig. Aber der Vertreter des Unternehmertums weiß auch, daß wir vor den Wahlen stehen, er wird deshalb von seinem Unternehmerkandidat den Auftrag erhalten haben, die Wahlarbeit der Kommunistischen Partei zu stören. Das Verbot der „Neuen Zeitung" liegt im Rahmen der Erfüllung des Auftrages. Zu dem Auftrage gehörte sicher auch das erneute Verbot der Maifeier insoweit, als sie jahrzehntelangem Gebrauch entsprechend, in diesem Jahre nicht durch öffentliche Umzüge oder Demonstrationsversammlungen unter freiem Himmel gefeiert werden darf.

Wie die Blätter aus Weimar melden, hat das thüringische Ministerium des Innern alle Kreise und alle Städte angewiesen, für den 1. Mai keine Ausnahme von dem Verbot für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzügen zu gewähren. Damit wäre jede öffentliche Maifeier in Thüringen verboten, wenn die Proletarier sich an die verfassungswidrige, nur auf Grund eines Ausnahmezustandes ergangene Diktaturbestimmung der Ordnungsbrei-Regierung Thüringens halten würde!

Unser ist die Welt trotz alledem!

Wir werden siegen

Die Wahlen am 4. Mai werden eine grandiose Kundgebung für die Kommunistische Partei sein. Jedermann, der in diesen Tagen Versammlungen besucht hat, weiß, daß die Arbeiterschaft zu uns steht, daß sie den Verrat der Sozialdemokraten durchschaut hat und daß sie nur in unseren Kampfmethoden den Weg zum Sieg über das Kapital und zur Aufrichtung der Rätediktatur sieht.

Der Krampf, mit dem hysterisch gewordene Journalisten ihre sozialdemokratische Agitation betreiben, wird noch eindringlicher jedem Proletarier beweisen, wo sein Platz ist.

Indessen sind die Wahlen nur eine Episode. Für die KPD. sind sie aber insofern von Bedeutung, als die Partei aus den abgegebenen Stimmen erkennen wird, wie viele Millionen der deutschen Arbeiter mit dem Stimmzettel ausdrücken, daß sie die gegenwärtige Krise nicht anders gelöst sehen wollen, als mit der Taktik und den Klassenkampfmitteln, wie sie von unserer Partei vorgeschlagen und angewendet werden.

Darüber hinaus erklärt unsere Partei nachgerade genug, daß mit dem Stimmzettel allein nichts erreicht ist. Sollen dafür Beispiele der letzten fünf Jahre aufgeführt werden?

Dabei wird die deutsche Arbeiterschaft, selbst diejenige, die nicht für uns gestimmt hat, keine Zeit haben, lange zu überlegen. Trotz „Wahlarbeit" nehmen die Dinge ihren Lauf. Wir haben sie seit dem Sturz Poincarés im Zusammenhang dargestellt. Alle Kundgebungen unserer Partei, auch die der Internationale oder unserer russischen Genossen, bestätigen sie. Wir stehen vor neuen Konflikten. Die Krise ist nicht einmal abgestumpft. Sie ist akut geblieben und es bedarf nur eines Zündholzes, daß die Lunte wieder zu brennen beginnt. Und von der Lunte bis zur Explosion ist es bekanntlich nicht weit und nicht lang.

Unsere Partei sowie die deutsche Arbeiterschaft haben sich bereitzuhalten.

Die Entwicklung nach dem 4. Mai ist nicht schwer vorauszusehen. Angenommen die Vereinbarungen mit den Alliierten kommen in aller Form zustande, ihre unmittelbaren Auswirkungen werden unverzüglich alle Berechnungen brüst über den Haufen werfen. Die Vereinbarungen des internationalen Kapitals können nicht ohne Rückwirkung für das deutsche Proletariat bleiben. Die Gewerkschaften mögen sich zu noch so willfährigen Cliquen der Kapitalisten entwickeln, die Sozialdemokratie mag nach wie vor als die Fraktion des Fetzismus deren Aufträge ausführen — all das ist keinen Pfifferling wert, wenn die Arbeiterschaft dazwischenhaut und mit ihren Fäusten nicht auf den Tisch, aber auf die Schädel der Kapitalisten schlägt.

Daß die Arbeiterschaft draufhauen wird, ist aber so sicher wie die Krise, die bald kommen wird.

Worauf kommt es also an?

Darauf, der Arbeiterschaft die Mittel und das Ziel zu zeigen.

Das Ziel ist unverrückbar. Es heißt Zertrümmerung des kapitalistischen Staates, Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Das ist eindeutig und leuchtet jedem Arbeiter ein.

Nun die Mittel.

Sie sind dadurch bestimmt, daß fast die Mehrheit des Proletariats zu uns steht, andererseits diese Mehrheit nicht in unserer Partei organisiert ist, sondern als breiter Kranz von Sympathisierenden um die KPD. sich lagert. Eine Revolution erkämpft man aber nicht mit Sympathien, sondern vermittels streng ausgebildeter Kampfesorganisationen, die das Ziel und die Mittel kennen.

Diese Organisationen sind die Betriebsräte. Sie sind nicht nur die Träger der proletarischen Macht im eroberten Arbeiterstaat, sondern zugleich dessen Erkämpfer. Die Umwandlung der gegenwärtigen Betriebsräte, die sich oft auf wirtschaftliche Aufgaben beschränken, zu politischen Trägern der Auseinandersetzung mit dem Kapital ist das erste Mittel.

Freilich die Organisation allein genügt nicht. Sie muß einen politischen Inhalt haben. Einen Inhalt, der die gesamte Arbeiterschaft erfaßt, sie sammelt und dann in den Kampf führt.

Was kann dieser politische Inhalt sein?

Er ist uns durch die Gesamtlage aufgedrängt. Die Bourgeoisie hat sich mit dem internationalen Kapital verständigt, um die deutsche Wirtschaft, die deutsche Arbeiterschaft bis zuletzt auszuräubern. Ist da schwer, den Gegenstoß zu finden? Die deutsche Arbeiterschaft muß sich nicht minder zusammenschließen, um das deutsche und ausländische Kapital zum Teufel zu jagen. Wie? Indem man diesen Großräubern das Fundament entzieht: die Wirtschaft.

Daher hat unsere Partei als zentrale Losung ausgegeben: **Arbeiterkontrolle der Produktion!**

Wollen die deutschen Kapitalisten diese Produktion dem Feind ausliefern, wollen sie sie auf Kosten des Proletariats aufrechterhalten, dann müssen wir beides verhindern. Wie? Indem wir den Kapitalisten die Verfügungsgewalt über diese Produktion entreißen.

Was heißt das?

Das heißt, daß in jedem Betrieb, in jeder Werkstatt, überall wo Produktionsmittel stehen, die Arbeiterschaft sie zu kontrollieren beginnt. Heißt das Enteignung der Produktionsmittel? Darüber mögen Juristen streiten. Die Arbeiter handeln aus Notwehr: sonst können sie nicht leben.

Die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft ist der erste Schritt, den Lebensunterhalt jedes Arbeiters zu sichern.

Freilich ist damit die Machtfrage gestellt. Denn kein Kapitalist wird freiwillig auf sein „Eigentum" verzichten. Die Machtfrage von der überragenden Mehrheit des deutschen Proletariats stellen, heißt aber sie zugleich entscheiden. Zugunsten der Arbeiterschaft und aller anderen, die geknechtet und verstiert werden.

Das sind die nächsten Wege der deutschen Revolution. Sie werden nicht geradlinig sein, sich oftmals unterbrechen — und dann wieder einsetzen. Das wissen wir. Die Bourgeoisie wird auch vor keinem Mittel zurückschrecken. Sie wird bald die Führer des Proletariats in die Illegalität treiben, und auch sonst jede Chance nutzen. Aber umsonst.

Wir sind auf dem Wege zur europäischen Revolution, wie Genosse Trotzki sagt. Ein großes Stück Wegs ist schon zurückgelegt. Die VSPD., der schärfste Widerpart der revolutionären Arbeiterschaft, ist ein Gespött für jeden Revolutionär. **Am 4. Mai einen sicheren, tödlichen Stoß!** Dann an die Organisierung der Revolution. An die Lösung der unmittelbaren Aufgaben.

Dann werden wir siegen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0002

Max Hölz gegen den „Vorwärts"-Schwindel

Bei seinen perfiden Schwindeleien über Hölz hat der „Vorwärts" vergessen, daß Lügen kurze Beine haben. Wir sind heute in der Lage, authentische Erklärungen des Genossen Hölz, die er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gegenüber seinen Rechtsbeiständen abgegeben hat, zu veröffentlichen. Die Enthüllungen sind dem „Vorwärts" übel bekommen. Am 4. Mai werden die Sozialdemokraten ihre Antwort darauf bekommen!

Max Hölz erklärte seinen Rechtsbeiständen zu den „Vorwärts"-Artikeln vom 17. und 18. April 1924:

(Nachgedruckt im „Volksblatt" am 25. April.)

Der „Vorwärts" bringt in den letzten Tagen ein paar Hölz-Artikel, die mir persönlich nicht nahegehen, da ich als (zwangsweise) „obligatorischer" „Vorwärts"-Leser schon einigermaßen abgehärtet gegen seine Sudeleien bin. Aber im Interesse der Arbeiterbewegung können die siegessäulenlicken Wahllügen der alten Waschfrau in der Lindenstraße durchaus nicht unwidersprochen bleiben. **Der Artikel in der Morgenausgabe vom 18. April ist eine perfide Sauerei.** Im ersten Artikel, in der Abendausgabe vom 17. April, lügt der „Vorwärts" frisch und frech: Die mitteldeutschen Arbeiter waren 1921 auf Plünderungen angewiesen. Die

„Plünderungen" 1921

befanden in genau derselben Handlung, wie sie 1919 ein sehr bekannter SPD.-Führer Leipzigs beging, indem er mit einer Anzahl bewaffneter Arbeiter zum Oberbürgermeister vordrang und ihm mit Gewalt die erforderlichen Gelder für die streikenden Eisenbahner abnahm. Der betr. SPD.-„Herr" kam dann auch vor die bürgerlichen Richter; der „Vorwärts" schrieb aber damals nicht von Plünderung, sondern er verteidigte sehr scharf die Handlungsweise der Plünderer. Die mitteldeutschen Arbeiter haben im März 1921 weiter nichts getan, als durch eine eigens damit betraute Kommission Gelder beschlagnahmen lassen. Von diesen Geldern wurden die Verpflegungskosten der Truppe bestritten."

Ueber die Märzaktion.

„Unwahr ist es ferner, wenn der „Vorwärts" in seinem Hölz-Artikel vom 17. April schreibt: Es — das Unternehmertum — wurde von der Schutzpolizei erledigt, ohne daß es notwendig wurde, Reichswehr einzusetzen. Der Sozialdemokrat Jakob Altmeyer beschreibt in einer Aprilnummer 1921 der „Glocke" ein Gefecht, das ich mit meiner Truppe mit der Besatzung eines Panzerzuges der Reichswehr in Sangerhausen hatte, und dem Herr Altmeyer als Schlachtenbummler beiwohnte. Altmeyer stellt in seinem Schlachtbericht fest, daß die an technischen Kampfmitteln zahlenmäßig weit überlegene Besatzung des Panzerzuges von den Arbeitern geschlagen wurde. Ferner gibt die über die Märzkämpfe von der Preußischen Regierung herausgegebene Denkschrift zu, daß erst durch den Einsatz von Reichswehr, vornehmlich Artillerie, die Kampfkraft der Arbeiter gebrochen wurde. Die Denkschrift veröffentlicht u. a. einen amtlichen Heeresbericht über das letzte und schwerste Gefecht bei Weesenstedt. Da gibt die Regierung unumwunden zu, daß erst durch starkes Artilleriefeuer der Kampf zugunsten der Spo und Reichswehr entschieden wurde. Mit bloßen Knallerbsen hat die Reichswehr nicht geschossen; denn leider war der Erfolg bei diesem Treffen 20 Tote."

Hölz über die Hilfe der Sozialdemokratie.

„Daß der „Vorwärts" behauptet, die Sozialdemokratie habe sich der Opfer tatkräftig angenommen, ist sicher eine dreiste Wahllüge; denn

Tausende von Arbeitern werden bezeugen, daß sie ihre schweren Zuchthausurteile in allererster Linie der Sozialdemokratie verdanken,

weil die Sondergerichte ihre Entstehung nur der wohlwollenden Duldung und „tatkräftigen" Mithilfe der Sozialdemokratie verdanken. Wenn aber trotzdem die Sozialdemokratische Partei — wie der „Vorwärts" — schreibt, für ein paar Familien der Gefangenen gesammelt hat, dann hat sie das nur aus Agitationsbedürfnis getan, und um einen Keil zwischen die Arbeiter und die KPD. zu treiben."

Hölz kein „königlich-preußischer Unteroffizier".

„Wenn die alte Muhme in der Lindenstraße der Kommunistischen Partei etwas anzuhängen glaubt, dann kommt es ihr auf ein paar Lügen mehr oder weniger gar nicht an. Sie stempelt mich zum königlich-preußischen Husaren-Unteroffizier; in Wirklichkeit habe ich es nur bis zum einfachsten der einfachen Soldaten gebracht, nämlich bis zum Geneinen."

Der Dolchstoß des sozialdemokratischen Abgeordneten Fritsch aus Liegnitz.

„Das, was der SPD.-Demagoge Otto Fritsch-Liegnitz als sogen. Protokoll im „Vorwärts" veröffentlicht, ist eine Leistung, wie sie nur ein ganz skrupelloser SPD.-Schieber zuwege bringt. Aus meinen Aufzeichnungen habe ich heute feststellen können, daß Fritsch mich am 18. Dezember 1922 aufsuchte. Es kam in meine Zelle ein Mann, der sich als der SPD.-Abgeordnete des Preußischen Landtags, Otto Fritsch, vorstellte. Er führte sich als Freund von Georg Schumann (Halle) bei mir ein und erklärte, daß er in den nächsten Tagen mit Georg Schumann im Landtag zusammentreffe. Er frug mich, ob ich etwas an Schumann auszurichten hätte. Nun hatte ich in den Wochen vorher mich wiederholt brieflich an Georg Schumann gewandt, ohne von ihm eine Antwort zu bekommen. Erst viel später erfuhr ich, daß Georg Schumann acht Wochen in Moskau gewesen war, und daß er aus diesem Grunde mir nicht antworten konnte.

Ich sagte Fritsch, er solle Georg Schumann ausrichten: man möge sich in Berlin etwas besser meiner Sache annehmen. Fritsch brachte dann zum Ausdruck, daß er in einer bürgerlichen Zeitung gelesen habe,

für die Wiederaufnahme meines Prozesses seien mehrere hunderttausend Mark aufgebracht, aber das Geld sei von den Sach-Schröder-Goldstein für eigene Zwecke verwendet worden. Sach-Schröder-Goldstein seien deshalb aus der Kommunistischen Arbeiter(!)-Partei ausgeschlossen worden. Fritsch frug mich, ob ich diese drei Leute kenne. Ich bejahte dies und betonte, daß ich mich längst von dieser Sekte und ihrer Methode losgemacht habe. Ich bekannte ganz freimütig, daß ich bedauere, überhaupt die spezifischen Methoden der KAP. jemals angewendet zu haben und erklärte auch, daß ich tatsächlich eine Zeitlang auf dem Standpunkt stand, ich könne und müsse durch Sprengung von Gebäuden, von Gerichten und anderen den lau gewordenen Kampfeswillen der Arbeiter aufs neue entfachen. Ich sagte auch Fritsch, daß ich mich gerade durch diese verkehrten Methoden in Gegensatz zur KPD. gebracht hätte, die mit Recht diese Kampfmittel verwerfe.

Kompletter Irrsinn ist es aber, wenn der prima Protokollschreiber Fritsch sagt, ich hätte erklärt: Ich habe gefehlt, und deshalb büße ich jetzt.

Diesen hahnebüchenen Schwindel glaubt kein Mensch, der Max Hölz jemals gesprochen hat.

Aber Fritsch schwindelt dumm-frech drauf los; der Zweck heiligt das Mittel, und etwas wird schon hängen bleiben. Schon dieser eine Satz vom „Büßen" beweist aber, wie ein SPD.-Mann lügen kann und vielleicht lügen muß, um wieder Abgeordneter zu werden. Wenn der „Vorwärts" schreibt: „er (Hölz) bekannte, schwere Fehler begangen zu haben, die er nie wiederholen würde", so stimmt das insofern, als ich tatsächlich zu den Menschen gehöre, die ganz rücksichtslos ihre eigenen Fehler aufdecken, aufzeichnen und aus ihren Fehlern zu lernen suchen, nicht aber, wie es die „Vorwärts"-Redakteure so meisterhaft verstehen, ihre Fehler zu verdecken oder sie auf andere Menschen abzuwälzen. Der „Vorwärts" schwindelt wieder, wenn er behauptet: „Er (Hölz) bekannte, Strafe verdient zu haben." Der „Vorwärts" verdreht und entstellt hier Sätze, die er aus dem Zusammenhang meiner Eingabe an den Amnestieausschuß herausreißt. Diese Sätze können dem „Vorwärts" **nur durch einen groben Vertrauensbruch und Mißbrauch zugänglich gemacht worden sein.**

Das Protokoll des Abgeordneten Otto Fritsch ist ein Machwerk von Lüge und Verleumdung, mit dem der „Vorwärts" seine unsauberen Wahlgeschäfte forcieren will. Fritsch hat sich als echter SPD.-Wolf im Lammfell, als angeblicher Freund eines KPD.-Abgeordneten, bei einem Gefangenen unter falschen Vorspiegelungen eingeschlichen und dann aus parteiagitatorischen Gründen ein ganz unmögliches Sammelsurium von Unwahrheiten, Verleumdungen und Entstellungen 1½ Jahre später „als Protokoll" aufgestellt.

Charakteristisch ist es, wie sich der Abgeordnete Fritsch bei seiner Unterredung mit mir gegeben hat. Nach Verlauf einer halben Stunde, in der ich Fritsch mein Wollen und Wirken darlegte, sagte er wörtlich: **es sei für ihn heute der denkwürdigste Tag seines Lebens, da er mich kennengelernt habe. Er habe bisher mit zu denjenigen im Landtage gehört, die entschieden jede Aenderung und Milderung meiner Lage bekämpft haben; aber nun, nachdem er mich kennengelernt, wisse er, daß ich nicht der wüste und wilde Mensch und Verbrecher sei, als der ich im Landtag verschrien wäre. Er wolle sich nunmehr mit seiner ganzen Kraft für mich und für eine Aenderung meiner Lage einsetzen. Er teile zwar nicht meine politischen Anschauungen, aber er halte es für seine Pflicht, sich aus Gründen der Menschlichkeit für mich einzusetzen. Er empfahl mir, an den Reichstagspräsidenten Paul Löbe zu schreiben, der sicher gerne bereit sein würde, meinen damaligen Antrag, auf Ueberführung in ein Krankenhaus zu fördern —, merkte ich, daß er eine nicht sehr saubere Rolle bei seinen angeblichen Bemühungen in meiner Sache spielte und brach dann jede Verbindung mit ihm ab."**

nicht ich habe die SPD. gesucht, sondern Herr Fritsch hat mich gesucht.

Ich habe seinerzeit sofort nach Unterredung mit Fritsch dem Genossen Georg Schumann Mitteilung von dem Besuche des Fritsch gemacht. Nach einigen Monaten, nachdem ich an Fritsch geschrieben hatte, soweit es für ihn im Bereich der Möglichkeit liegt, meine Ueberführung in ein Krankenhaus zu fördern —, merkte ich, daß er eine nicht sehr saubere Rolle bei seinen angeblichen Bemühungen in meiner Sache spielte und brach dann jede Verbindung mit ihm ab."

Der 1. Mai – ein Tag der politischen Gefangenen

An alle Arbeiter!

Der 1. Mai ist der Tag, an dem die revolutionären Arbeiter der Welt feiern. Er ist der Tag, an dem sie zu Hunderten und Tausenden in allen Ländern zusammenkommen, wo das Proletariat von den habgierigen Kapitalisten niedergeworfen ist, und sich dem Befreiungskampf verschreiben.

Der 1. Mai ist der Tag, an dem die revolutionären Arbeiter der Welt ehemaliger Kämpfe gedenken und, indem sie sich an jenen ein Beispiel nehmen, geloben, fortzukämpfen, bis die Ideen und Träume dieser gefallenen Helden verwirklicht werden.

Der 1. Mai trifft die kapitalistische Welt inmitten einer Reaktion an. Der Weiße Terror wütet in fast allen Ländern Europas. In den Baltischen Staaten, in Rumänien, in Jugoslavien, in der Türkei, in Polen, in Ungarn, in Italien, in Spanien, Griechenland und Deutschland machen die Arbeiter soeben die schwersten Kämpfe durch.

Verarmt und zur Verzweiflung getrieben, sehen die Arbeiter ihre einzige Hoffnung in ihren revolutionären Parteien und in den revolutionären Gewerkschaften. Die Kapitalisten kennen die Macht der revolutionären Parteien und der Gewerkschaften und suchen diese zu vernichten.

In den Kolonien werden die Arbeiter und Bauern bis aufs Blut ausgeraubt, geknüttelt und hingeschlachtet. In Indien, Aegypten, Java, China, Korea und auf den Philippinen werden die Arbeiter zum Aeußersten getrieben und müssen entweder

den Kampf aufnehmen oder zugrunde gehen.

Diese Kämpfe kosten Hunderte und Tausende heldenmütiger Opfer, Hunderte und Tausende revolutionärer Arbeiter modern in ihren Gräbern, von der Bourgeoisie und den kapitalistischen Regierungen hingeschlachtet. In den Kasematten Europas, Asiens,

Afrikas und beider Amerikas schmachten Tausende von revolutionären Arbeitern und Bauern und erleiden die fürchterlichsten Foltern, die kapitalistische Bosheit und Barbarei ersinnen können, während ihre Familien Hunger leiden und gleichfalls dem Befreiungskampf ihren Tribut zahlen müssen.

Der 1. Mai ist der Tag, an dem wir dieser neuen Helden gedenken müssen.

Wir müssen uns geloben, alles zu tun, um ihnen und ihren Familien zu helfen. Ihnen helfen, das bedeutet, der revolutionären Bewegung der Arbeiter aller Länder beistehen.

Die Internationale Rote Hilfe ruft Euch auf, Euer Teil zur Unterstützung dieser Kämpfer und ihrer Familien beizusteuern. Sammelt Mittel. Agitiert in den Betrieben. Schließt Euch der Landesektion der Internationalen Roten Hilfe an. Das ist Eure Pflicht! Das ist die wichtigste Aufgabe der internationalen Solidarität! Der 1. Mai ist der Tag, an dem die Arbeiter und Bauern Sowjet-Rußlands ihrer Helden gedenken und geloben, ihre Revolution aufrechtzuerhalten und den kämpfenden Arbeitern aller kapitalistischen Länder beizustehen. Eine Million russischer Arbeiter und Bauern sind der Internationalen Roten Hilfe beigetreten. Der Sieg der russischen Revolution ist für die Arbeiter aller Länder ein leuchtendes Beispiel gewesen. Folgt ihrem Beispiel, indem Ihr den Opfern der Revolution beisteht!

Gedenkt der heldenhaften Kämpfer in den kapitalistischen Kerkern.

Internationale „Rote Hilfe"

Ehrenhaft und Bewährungsfrist für völkische Einbrecher und Plünderer

München, 28. April.

Heute wurde im neuen Hochverratsprozeß das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden wegen je eines Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat verurteilt. Der Angeklagte Kaufmann von Knobloch und der Uhrmacher Maurice wurden zu je 1 Jahr 6 Monaten Festung und 100 Mark Geldstrafe, der Bankbeamte Schneider und der Angeklagte Fröschl zu je 1 Jahr 4 Monaten Festung und je 50 Mark Geldstrafe und die übrigen Angeklagten zur Mindeststrafe von je 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft und je 20 Mark Geldstrafe, außerdem der Angeklagte Spengler Otto Feichtmayr wegen Vergehens der Hehlerei zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Bei sämtlichen Angeklagten, soweit sie in Untersuchungshaft waren, wird die Untersuchungshaft angerechnet. Bewährungsfrist wurde für Maurice, Schneider und Fröschl für einen Strafteil von je einem Jahr drei Monaten, für die übrigen Angeklagten für die erkannte Gesamtstrafe gewährt. Das hat zur Folge, daß der Angeklagte Maurice drei Monate, Schneider und Fröschl je einen Monat ihrer Strafe noch zu verbüßen haben, die übrigen Angeklagten aber auf freiem Fuße belassen werden. Die Haftanordnung für Feichtmayr wurde aufgehoben.

Kommunistenverfolgung im Mansfeldischen

(Eig. Drahtm.) **Hettstedt, 29. April.**

Gestern nachmittag wurde hier der Genosse Hermann Benling, Bürgörner, von der Straße weg verhaftet. Benling war am 1. Mai v. J. zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt worden. Er wurde in der Märzaktion aus seinem Amtsbureau als Gemeindevorsteher wegen angeblichen Hochverrats verhaftet, ohne daß ihm die Möglichkeit gelassen wurde, die von ihm verwalteten Bücher und Gelder der Gemeinde ordnungsgemäß zu übergeben. Nach einer achtwöchigen Haft mußte er freigesprochen werden. Inzwischen haben seine Gegner im Gemeindevorstand Bücher und Belege beseitigt und die Behauptung einer Unterschlagung aufgestellt. Trotz bürgerlicher Entlastungszeugen beantragte der Staatsanwalt sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht, unter Vorsitz Sieberts, verurteilte ihn aber zu sechs Monaten. Genosse Benling ist seit Jahren schwer leidend und kann nur am Stocke gehen. Er war im letzten Vierteljahr fast täglich bettlägerig und in ärztlicher Behandlung. Trotz ärztlichen Attestes ist der Strafaufschub am 26. April nicht verlängert worden.

Diese Verhaftung ist ein paar Tage vor der Wahl ein ungeheurer Skandal. Gesunde Putschisten um Ludendorff und Konsorten werden auf freien Fuß gesetzt, Kommunisten aber trotz schwerer Krankheit eingesperrt.

Weißer Wahlterror gegen die Kommunisten

(Eig. Drahtm.) **Breslau, 29. April.**

Nach zehntägigem Verbot sollte die „Schlesische Arbeiterzeitung" zum erstenmal wieder erscheinen. Das paßte offenbar dem Hüter der „freiesten aller Demokratien der Welt" in Breslau, dem demokratischen Polizeipräsidenten Kleinböhmer, nicht, denn nach seiner Auffassung darf es mindestens vor den Reichstagswahlen keine Pressefreiheit für die Kommunisten geben. Er sandte deshalb ein Massenaufgebot von Kriminalpolizisten und bewaffneter Schupo in das Gebäude der Produktiv-Genossenschaft, in der die „Schlesische Arbeiterzeitung" hergestellt wird. Diese hatten Auftrag, sämtliche Redaktions- und Geschäftsräume nach irgendeinem Manuskript und nach der illustrierten Schrift „Der rote Knüppel" zu durchsuchen. Da sie in dieser Beziehung keinen Erfolg hatten, verhafteten sie den politischen Redakteur der Arbeiterzeitung, Genossen Fröhlich, und den Genossen Biewald.

Der Zweck dieses Weißen Terroraktes kann lediglich der sein, das Erscheinen der „Schlesischen Arbeiterzeitung" zu verhindern, denn beide Genossen haben ihren festen Wohnsitz in Breslau und waren bis heute weder durch eine behördliche Vorladung noch sonstwie von der Polizei belästigt worden. Seinen Zweck hat der „demokratische" Polizeipräsident mit dem Terrorakt nicht erreicht, die „Schlesische Arbeiterzeitung" ist heute trotzdem erschienen. Die Kommunisten gehen dem Weißen Terror zum Trotz ihren Weg im Kampf gegen die Reaktion bis zur Erringung der Diktatur des Proletariats.

Die Wahlarbeit der Klassenjustiz

(Eig. Drahtm.) **Breslau, 29. April.**

Die Genossen Behr, Jadasch und Markgraf, die in Oberschlesien als sehr bekannte Kommunisten den Reaktionären in der Reichstagswahl gefährlich werden könnten, werden mit voller Absicht weiter in Untersuchungshaft gehalten, obwohl an einen Fluchtverdacht nicht zu denken ist. Insbesondere will man den Genossen Jadasch, der Reichstagskandidat ist, am Reden verhindern. Der Oberreichsanwalt hat eine neuerliche Haftbeschwerde abgelehnt. Die oberschlesischen Belegschaften sind empört über diese Wahlhilfe für die Reaktion.

Den Klauen der Weißen Justiz entronnen!

(Eig. Drahtm.) **Sonneberg, 29. April.**

Aus dem hiesigen Gefängnis verschwand der inhaftierte Genosse Schubert, der als zweiter Kandidat auf dem Wahlvorschlag der KPD. Großthüringens zur Reichstagswahl steht. Er wurde von der Weißen Justiz bereits monatelang in Untersuchungshaft gehalten. Das Proletariat Großthüringens kennt den Genossen Schubert als guten revolutionären Kämpfer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Büro u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Wählerversammlungen

Ortsgruppe Halle.

Distrikt 1. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, „Goldene Kette": **Distriktssitzung.**

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Donnerstag, 1. Mai.
Büschdorf. Donnerstag, 1. Mai, 8 Uhr.
Queis. Donnerstag, 1. Mai, 8 Uhr, bei Seidewitz.
Zwintschöna. Donnerstag, 1. Mai, nachmittags 3 Uhr.
Rietleben. Donnerstag, 1. Mai, abends 7½ Uhr, Gasthof Sonne
Löbejün. Donnerstag, 1. Mai, mittags 1 Uhr, Lokal Börse.
Sennewitz. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Lokal Adler.
Hohenthurm. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Lokal Göhre.
Brachwitz. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Dieskau. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Sennewitz. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.

Mansfelder Seekreis

Creisfeld. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, Gasthof.
Eisleben. Donnerstag, 1. Mai, „Volkshaus".
Volkstedt. Donnerstag, 1. Mai.
Belleben. Donnerstag, 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, Lokal Müller.
Alsleben. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Langendorf. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Unterrißdorf. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Mi Kerode. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Bischofsrode. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Teutschenthal. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Erdeborn. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Hedersleben. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Hergisdorf. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Ausdorf. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Gerbstedt. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Eisleben. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Belleben. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Dottelsdorf. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Heiligenthal. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Merseburg

Schkeuditz. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, „Bahnhofshotel".
Baldiz. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, Gasthof.
Altranstädt. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Corbetha. Donnerstag, 1. Mai, nachmittags 2 Uhr, Gasthof.
Neumark. Donnerstag, 1. Mai, abends 7½ Uhr, Gasthof Schumann.
Merseburg. Donnerstag, 1. Mai, vormittags 10 Uhr, „Funkenburg".
Zscherben. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Neumark. Freitag, 2. Mai, abends 7½ Uhr, Gasthof Schumann.
Altranstädt. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Möckerling. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Lokal Ockler.
Passendorf. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, „Drei Lilien".
Querfurt. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, „Bürgergarten".
Zöberitz. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, Gasthof
Friedersdorf. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Bitterfeld. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, „Bürgergarten".
Roitzsch. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Greppin. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof Schmidt.
Brehna. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Zörbig. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof „Schloßgarten".
Zschornewitz. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Gräfenhainichen. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Bitterfeld. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, „Bürgergarten".
Düben. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Lokal Freudenberg
Piesteritz. Freitag, 2. Mai, 8 Uhr, Konsumsaal.
Schmiedeberg. Sonnabend, 3. Mai, 8 Uhr, Lokal Schützensaal.

Kreis Delitzsch

Döbernitz. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, Gasthof.
Delitzsch. Donnerstag, 1. Mai.
Eilenburg. Donnerstag, 1. Mai.

Kreis Torgau

Torgau. Donnerstag, 1. Mai, abends 7 Uhr, „Bürgergarten".
Schildau. Donnerstag, 1. Mai, abends 7 Uhr, „Bürgergarten".

Kreis Liebenwerda

Naundorf bei Lauchhammer. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, Gasthof.
Zschadau. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr
Wahrenbrück. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Bodwitz. Donnerstag, 1. Mai.
Mückenberg. Donnerstag, 1. Mai.
Mocrehna. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr
Schildau. Donnerstag, 1. Mai, abends 7 Uhr, im „Schützenhaus"
Fallenberg. Freitag, 2. Mai.
Sitzenroda. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr
Richtewitz. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof
Kobershain. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr
Belgern. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus"

Kreis Sangerhausen

Breitenstein. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, Gasthof.
Heldrungen. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, Gasthof.
Kelbra. Donnerstag, 1. Mai, vormittags 10 Uhr.
Oberheldrungen. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Wallhausen. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, „Ratskeller".
Brettleben. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof.
Artern. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof „Goethehaus".
Uftrungen. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, Lokal Wernicke.
Wichersleben. Freitag, 2. Mai, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus: **Mitgliederversammlung.** Erscheinen aller ist Pflicht.
Sangerhausen. Donnerstag, 1. Mai, vormittags 10 Uhr: **Mai-Versammlung.**
Allstedt. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr.
Wolferstedt. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr.
Mittelhausen. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr.
Niederröblingen. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr.
Katharinenrieth. Dienstag, 29. April, abends 8 Uhr.
Edersleben. Dienstag, 29. April, abends 8 Uhr.
Sangerhausen. Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr.
Riestedt. Donnerstag, 1. Mai, 4 Uhr nachmittags.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 30. April, abends 8 Uhr, „Volkshaus".
Lützen. Donnerstag, 1. Mai.
Teuchern. Sonnabend, 3. Mai, abends 8 Uhr, „Grüner Baum".

Kreis Zeitz

Zeitz. Donnerstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, „Schützenhaus".

Wertvolle Bücher für den Arbeiter

Gilbeaux: Lenin
Lenin-Sinowjew: Gegen den Strom
Lenin: Staat und Revolution
Trotzki: Die russische Revolution 1905

Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S.
Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen

Bekanntmachung
Piesteritz

Betr. Bekanntgabe der Wahlvorschläge für die Wahlen zur Gemeindevertretung.

Auf Grund des § 49 der Wahlordnung vom 13. Februar 1924 für die Wahl zu den Gemeindevertretungen am 4. Mai 1924 hat der Wahlausschuß die eingereichten drei Wahlvorschläge zugelassen.

Dieselben lauten:

Wahlvorschlag 1.

Kennwort: Vereinigte Sozialdemokratische Partei:

1. Kaspar, Martin, Möbelhändler, Coswiger Straße 183.
2. Riemichen, Wilhelm, Arbeiter, Coswiger Straße 183.
3. Schubert, Bernhard, Werkmeister, An der Stiege 5.
4. Weichelt, Max, Arbeiter, Krummerweg 32.
5. Scheel, August, Werkmeister, Stiller Winkel 4.
6. Schreiber, Heinrich, Arbeiter, Bergstraße 28.
7. Reich, Käthe, Hausfrau, Markt 17.
8. Meth, Gustav, kaufmännischer Angestellter, Weststraße 17.
9. Christ, Paul, Glaser, Markt 32.
10. Pohlmann, Robert, Lehrer, Feldstraße 13.
11. Brunow, Max, Mechaniker, Am Elbufer 12.
12. Kleißle, August, Werkmeister, Krummerweg 27.
13. Prievenau, Wilhelm, Maurer, Wilhelmstraße 2.
14. Kinkelden, Karl, Mechaniker, Am Elbufer 14.
15. Myrrhe, Karl, Steingutdreher, Schulstraße 29

Wahlvorschlag Nr. 2. Kennwort: Liste der Kommunisten:

1. Hilgers, Ferdinand, Schlosser, Coswiger Straße 21.
2. Jäckel, Gustav, Bleilöter, Nordstraße 9.
3. Engel, Christian, Steingutdreher, Feldstraße 19.
4. Mönning, Frieda, Hausfrau, Schulstraße 1.
5. Nowack, Kurt, Arbeiter, Coswiger Straße 150.
6. Wendt, Gustav, Arbeiter, Strengstraße 7.
7. Göbel, Fritz, Arbeiter, Wilhelmstraße 24.
8. Schalow, Helmut, Schlosser, Alte Dorfstraße 3.
9. Kayser, Heinrich, Schlosser, Am Markt 18.
10. Gollmann, Hermann, Zimmermann, Mittelstraße 22.
11. Rohde, Willi, Arbeiter, Neustraße 11.
12. Behse, Anna, Hausfrau, Coswiger Straße 103.
13. Klingner, Hermann, Schachtmeister, Neustraße 6.
14. Köcher, Bernhard, Arbeiter, Lange Zeile 16.
15. Gehrisch, Richard, Arbeiter, Gartenweg 39.
16. Francke, Fritz, Arbeiter, Strengstraße 8.
17. Keßler, Walter, Arbeiter, Baracke 14.
18. Heß, Karl, Dachdecker, Feldstraße 1.
19. Krüger, Wilhelm, Arbeiter, Gartenweg 15.
20. Hannemann, Paul, Arbeiter, Schulstraße 7.
21. Kolbe, Richard, Friseur, Coswiger Straße 179.
22. Wendt, Frieda, Hausfrau, Strengstraße 7.
23. Engers, Adolf, Dachdecker, Mittelstraße 12.
24. Hennig, Karl, Arbeiter, Triftstraße 9.
25. Wiese, Paul, Arbeiter, Schulstraße 7.
26. Rhode, Ernst, Tischler, Strengstraße 8.
27. Wenzel, Richard, Schlosser, Schulplatz 15.
28. Bode, Paul, Friseur, Schulstraße 8.

Wahlvorschlag 3. Kennwort: Bürgerliche Liste.

1. Gierock, Karl, Hausbesitzer, Wilhelmstraße 2.
2. Trumpf, Georg, kaufm. Direktor, Coswiger Straße 67.
3. Specht, Karl, Lehrer, Coswiger Straße 14.
4. Beneke, Elsbeth, Hausfrau, Coswiger Straße 68.
5. Wilke, Ernst, Kaufmann, Coswiger Straße 33.
6. Schmidt, Peter, Meister, Coswiger Straße 156.
7. Leupold, Wilhelm, Landwirt, Alte Dorfstraße 20.
8. Olle, August, Bauunternehmer, Möllensdorfer Straße 17.
9. Martin, Ferdinand, Diplom-Ingenieur, Elbufer 3.
10. Steinbach, Arthur, kaufm. Angestellter, Coswiger Straße 160.
11. Siegert, Arno, Werkmeister, Feldstraße 3.
12. Kuntze, Gustav, Buchbinder, Schulstraße 33.
13. Rudloff, Richard, Kaufmann, Coswiger Straße 173.
14. Dr. Gittel, Willy, Chemiker, Coswiger Straße 64.

Da die Wahl zur Gemeindevertretung auf Grund des **Verhältniswahlsystems** erfolgt, kann der Wähler nicht einen beliebigen Bewerber wählen; er darf bei Abgabe seiner Stimme nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge seine Stimme geben, wenn die Ausübung seines Wahlrechts rechtsgültig sein soll.

Bezüglich der Bezeichnung der Wahlvorschläge durch die Wähler bei der Wahl wird auf die Bekanntmachung vom heutigen Tage betr. Reichstags- und Gemeindevertreterwahl hingewiesen.

Piesteritz, den 28. April 1924.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.
Kuntz, Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung
Piesteritz.

Betr. Reichstags- und Gemeindevertreterwahl.

Gemäß der Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom **14. März 1924** und des Preußischen Gesetzes vom 12. Februar 1924 finden die **Wahlen** zum Reichstage und gleichzeitig die Gemeinde**wahlen am**

Sonntag, dem 4. Mai 1924,

statt. **Die Wahlzeit dauert von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.** Die Wahlhandlung wird pünktlich geschlossen, nur die um 5 Uhr bereits in den Wahllokalen anwesenden Wahlberechtigten können noch abgefertigt werden. Es wird empfohlen, das Wahlrecht möglichst schon in den Vormittagsstunden auszuüben. Die **Wähler müssen** sich eventuell gehörig ausweisen und haben zu **diesem Zwecke eine Legitimation** (Geburts- oder Trauschein, Fabrik**ausweis usw.) vorzulegen.**

Die Stimmzettel für die **Reichstagswahl werden amtlich hergestellt.** Sie enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge, die Partei oder ein **Kennwort** oder die Namen der ersten vier Bewerber jedes Vorschlages. Jeder Wahlberechtigte erhält bei seinem Eintritt in den Wahlraum einen amtlich gestempelten Wahlumschlag je für die Reichstags- und Gemeindevertreterwahl und einen Einheitsstimmzettel für die Reichstagswahl, begibt sich in die sogenannte Wahlzelle, bezeichnet auf dem Einheitsstimmzettel für die **Reichstagswahlen durch ein in einem der neben den einzelnen Wahlvorschlägen gedrückten Kreise einzuzeichnendes Kreuz oder auf andere erkennbare Weise, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will, faltet den Stimmzettel und legt ihn in den für die Reichstagswahlen** bestimmten Wahlumschlag.

Für die Wahlen zur Gemeindevertretung werden Einheitsstimmzettel nicht hergestellt. Die Parteien lassen ihre Stimmzettel selbst drucken und verabfolgen dieselben vor der Wahl eventuell auch vor den **Wahllokalen.** Im Wahllokal selbst darf eine Verteilung der Stimmzettel nicht stattfinden. Für die Gemeindevertreterwahl **nimmt der Wähler** denjenigen Stimmzettel, **welchem er zustimmen will, steckt ihn dann in den für die Gemeindewahlen bestimmten Wahlumschlag.** Die für die **letztbezeichneten Wahlen auszugebenden** Wahlumschläge **unterscheiden sich von den Umschlägen für die Reichstagswahlen durch die gelbe Farbe und den Aufdruck „Gemeindewahlen".**

Nachdem die Stimmzettel in die Wahlumschläge getan sind, tritt der Wähler an den Tisch des **Wahlvorstandes, nennt seinen Namen und Wohnung,** eventuell legitimiert er sich durch einen Ausweis. **Nachdem der Name in der Wählerliste gefunden ist, werden beide Wahlumschläge** dem Wahlvorsteher übergeben, der sie in die Wahlurne legt.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Lage der Abstimmungsbezirke und die Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter werden nachstehend bekanntgegeben.

1. Bezirk: Alte Dorfstr., Bergstr., Coswiger Straße 166 bis 185, Feldstr., Möllendorfer Straße, Neustr., Nordstr., Oststr., Südstr., Schulstr., Steingutfabrik, Triftstr., Weststr., Wilhelmstr. **Wahllokal: Knabenschule.** Wahlvorsteher: Kaspar, Martin, Schöffe, Coswiger Straße 183; Stellvertreter: Fehmel, Hermann, Maler, Triftstr. 7.

2. Bezirk: Am Elbtor, Am Elbufer, Elbhütte, Bachstr., Coswiger Straße 1 bis 68, Elbstr., Friedrichstr., Friedeholzstr., Kranachstr., Mittelstr., Mühlstr., Ringstr., Schiffbauerei, Strengstr., Wiesenstr., Wirtschaftshof. **Wahllokal: Volksheim.** Wahlvorsteher: Riemichen, Wilhelm, Schöffe, Coswiger Straße 183; **Stellvertreter:** Kayser, Heinrich, **Betriebsrat,** Markt 18.

3. Bezirk: Am Dreieck, An der Stiege, Am Tore, Bahnhof Piesteritz, Coswiger Straße 95 bis 165, Gartenweg, Gemeindebaracken, Guldenwerke, Gummiwerke, Heuweg, Kurzer Hagen, Krummer Weg, Lange Zeile, Marktplatz, Schulplatz, Stiller Winkel. **Wahllokal: Mädchenschule.** Wahlvorsteher: Jäckel, Gustav, Schöffe, Nordstr. 9; Stellv.: Schubert, Bernhard, Werkmstr., An der Stiege 5.

4. Bezirk: Baracken der Stickstoffwerke. **Wahllokal: Kasino Stickstoffwerke.** Wahlvorsteher: Neue, Arthur, Gemeindesekretär, Neustr. 2. Stellvertreter: Kranz, Alfred, Gewerkschaftsbeamter, Triftstraße 8.

Piesteritz, den 28. April 1924.

119] **Der Gemeindevorsteher.** Kuntz.

A.T.1.4.21. Trauring-Ecke.

Mit meinem Werkstempel T 333 585. 750 oder 900 gestempelte

massiv goldene Verlobungsringe

in denkbar größter Auswahl, das Stück von 6 bis 40 Goldmark

Juwelier Tittel
Trauring-Ecke
1460

1461 **Ab 1. Mai** sind die Räumlichkeiten des **Volkspark** von **früh 9 Uhr** wieder **täglich geöffnet**
Mittagstisch ab 12 Uhr. Solide Preise

Vereine

Kom. Kindergruppe
Mittwoch, 4-6 Uhr, im Volkspark, für alle Gruppen Versammlung u. Probe zum 1. Mai.
Donnerstag: Beteiligung an der Maifeier, 3 Uhr, im Volkspark.
Freitag, abds. 8 Uhr, in der Produktiv-Genossensch. Leitersitzung.

Stadt-Theater
Mittwoch, 7½ Uhr:
1463] **Gastspiel Paul Wegener**
Totentanz
mit dem Berliner Ensemble.
Donnerstag:
Ein idealer Gatte

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Wohnungstausch!

Wer tauscht sofort 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör von **Weißenfels** nach **Kötzschau** *287
Zu erfragen bei **König,** Bahnpostamt **Weißenfels** *287

Achtung, Sportvereine, Jugendorg., Wander-, Natur- u. Schwimmvereine, Sanatorien, Badeorte!
Empfehlen unsere modernsten
Römer- (Riemen) Sandalen
in allen Größen von 22–46
Die modernste, praktischste, hygienisch einwandfreieste Fußbekleidung, schon zu den Zeiten der alten Römer
— Turn- u. Sportschuhe aller Art —
Billigste Bezugsquelle aus erster Hand, auch für **Wiederverkäufer.** Größere Bestellungen an Vereine in 8 Tagen lieferbar. Jeder der dieses Inserat beim **Kauf vorlegt erhält erstmalig 10 Prozent Rabatt.** An die Vereine weitestgehendes Entgegenkommen. Aufträge und Bestellungen nehmen entgegen
Thronicke & Söhne, Weißenfels
431] **Zimmerstraße 15, I**

Am schwarzen Brett: Wahlvorschläge
Delitzsch, 26. April 1924 *286
Der Vorsitzende des Wahlausschusses

Zeitungsträger
für **Mori** gesucht. Meldungen bei **Herm. Konopka**

Zeitungsausträger
für **Naundorf bei Beesenstedt** und **Ziegelrode** per sofort gesucht. Meldungen beim Verlag „Klassenkampf" Halle.

Bekanntmachung

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften sind die bisherigen **Lustbarkeitssteuersätze** für Tanzlustbarkeiten verdoppelt.
Die erhöhten Sätze sind vom 1. Mai 1924 an zu zahlen
Eisleben, 23. April 1924.
Der Magistrat. 100

Merseburg **Merseburg**

Donnerstag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr,
im großen Saale der „Funkenburg":

Maifestversammlung

Nachmittags 2 Uhr: Sammeln auf dem Rulandtplatz zum **Spaziergang mit Musik.** Abends 7 Uhr: **Abend-Unterhaltung** unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerchors, des Arbeiter-Turn-Vereins, des Arbeiter-Radfahrer-Vereins, der Athleten und der Freien Volksbühne

Maifestkarten Stück 50 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 25 Pf., sind bei den Vertrauensmännern sowie in der Buchhandlung Markt 7 zu haben

445 **Das Maifestkomitee der KPD.**

Hafer-Nährmittel
DIE DEUTSCHE KRAFTNAHRUNG *285
In allen guten Geschäften erhältlich!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0004
DFG

Der Kampfkongreß der mitteldeutschen Bergarbeiter

Der Kongreß der Bergarbeiter Mitteldeutschlands, der am Sonntag in Leipzig tagte, hat alle die Erwartungen erfüllt, die das mitteldeutsche Bergproletariat an ihn stellte. Auf dem Kongreß waren über 60 Prozent aller Schachtanlagen der mitteldeutschen, thüringischen und sächsischen Bergreviere vertreten. Unter den Delegierten, die die Belegschaften entsandt hatten, befanden sich auch Angehörige der VSPD., der USPD. und Unorganisierte. Zum Kongreß hatten auch die Kumpels an der Ruhr und in Oberschlesien Vertreter entsandt. Der Vertreter der Ruhrbergarbeiter konnte berichten, daß die Kollegen des Ruhrgebiets den Kampf bereits auf der ganzen Linie aufgenommen haben mit dem festen Entschluß, das Ausbeutertsch zu brechen und unter keinen Umständen die Durchführung des internationalen Versklavungsplans zuzulassen. Möge es kosten, was es wolle. Die Ruhrbergarbeiter hauen in ihrem Kampfe auf die Solidarität der mitteldeutschen Brüder, deren revolutionäre Tradition ihnen dafür bürgt, daß sie kein Stückchen Streikbrecherkohle liefern, und daß sie aktiv in den Kampf eintreten und eine Front mit den Ruhrkumpels bilden werden. Der Delegierte aus Oberschlesien, der die brüderlichen Grüße der dortigen Bergarbeiter überbrachte, berichtete, daß die Kollegen in Oberschlesien bestimmt am 1. Mai den Kampf aufnehmen und in den Streik treten werden.

Die Delegierten der mitteldeutschen Schachtanlagen bekundeten in der Aussprache, daß in der mitteldeutschen Bergarbeiterschaft der feste Wille lebt, den verlorenen Achtstundentag wieder zurückzuerobern. Die mitteldeutschen Bergarbeiter werden kämpfen, wenn sie die Gewißheit haben, daß der Kampf auf der breitesten Basis und in einheitlicher Front mit der gesamten Bergarbeiterschaft Deutschlands geführt ist. Diese Garantie ist jetzt gegeben. Der Kongreß setzte eine provisorische Kampfleitung für Mitteldeutschland ein, die sofort mit den Kampfleitungen der Bergarbeiter Oberschlesiens und des Rhein- und Ruhrgebiets in Verbindung treten und eine Reichskampfleitung einsetzen wird. Dieser Kampf, unter Führung von revolutionären Bergarbeitern und Kommunisten, wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geführt werden. Die Forderungen und Ziele des Kampfes hat der Kongreß in einem Aufruf an das mitteldeutsche Bergproletariat formuliert, den wir an anderer Stelle des „Klassenkampf" bringen. Für die mitteldeutschen Bergarbeiter gilt es jetzt, zu dem Kampfrufe des Leipziger Bergarbeiterkongresses in allen Betrieben Stellung zu nehmen, schleunigst zu rüsten und zu handeln!

*

Der Leipziger Bergarbeiterkongreß beschloß am Sonntag folgende Solidaritätskundgebung:

An die Bergarbeiter des Ruhrgebiets!

Kameraden! Genossen! Aufs neue geht das Kapital dazu über zur Sicherung seines Profites, zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft als Klasse, der Arbeiterschaft neue Lasten aufzubürden. Die Kapitulation der deutschen Schwerindustrie vor dem französischen Imperialismus soll auf Kosten des deutschen Proletariats durchgeführt werden.

In einer zweiten Offensive will das Bergkapital als die Schlüsselindustrie, als Preisfechter des deutschen Kapitals das Proletariat im Bergbau niederzwingen.

Dagegen seid Ihr in den Kampf getreten. Mit Begeisterung hat die Konferenz der mitteldeutschen Bergarbeiter, die heute in Leipzig tagte, von Euerm Kampfeswillen Kenntnis genommen. Die anwesenden Vertreter aus den Revieren Mitteldeutschlands geloben, Euch in diesem Kampfe mit allen Mitteln, auch dem des aktiven Kampfes zu unterstützen. Wir sind der vollen Ueberzeugung, daß Ihr in diesem Kampfe nicht allein bleiben dürft. Schon schickt sich die Gewerkschaftsbureaukratie an, auch diesen Kampf zu verraten. Dieser Verrat muß mit allen Mitteln unterbunden werden. Dies kann nur geschehen durch die **Aufrichtung der einheitlichen Kampffront aller Bergarbeiter Deutschlands.**

So wie Ihr aufmarschiert seid in Bochum und Euer Kongreß war ein Signal zum Kampf der Bergarbeiter des Ruhrgebiets, so soll der heutige Kongreß in Leipzig sein ein Alarmruf für die Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands, aktiv an Eurer Seite in den Kampf zu treten. Wir haben uns Eure Beschlüsse zu eigen gemacht. Wir werden Euch nicht im Stich lassen, nur gemeinsam werden wir siegen. Euer Kampf ist unser Kampf.

Es lebe der gemeinsame Kampf der Bergarbeiter Deutschlands!
Es lebe das einige Bergproletariat!
Nieder mit dem Verrat der Reformisten!
Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Leipzig, am 27. April 1924.

Kongreß der mitteldeutschen Bergarbeiter.

Kampfruf an die Bergarbeiter aller Länder!

Die deutschen Bergarbeiter sind sich bewußt, daß die internationale Ausbeutung, die durch Micumverträge und andere internationale Vereinbarungen immer deutlicher erkennbar wird, vom Proletariat international bekämpft werden muß. Die letzten englischen, deutschen und französischen Bergarbeiterkämpfe zeigten, daß sich das Grubenkapital gegenseitig international hilft, wenn es irgendwo zu Arbeiterkämpfen kommt. Doppelte Solidaritätspflicht ist jetzt dringendstes Gebot, wo mit dem Achtstundentag-Raub in Deutschland der erste Streich gegen die internationale Gültigkeit der achtstündigen Arbeitszeit durchgeführt wird. Die andern Länder sollen folgen. In der Erkenntnis dieser internationalen Gefahr richtete der mitteldeutsche Bergarbeiterkongreß folgenden Kampfruf an die Bergarbeiter aller Länder:

Bergarbeiter Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, Luxemburgs, Tschechoslowakei und Polens!

Kameraden! Fünf Jahre lang haben die deutschen Bergarbeiter gegen das deutsche Grubenkapital, gegen die kapitalistischen Regierungen und die mit diesen gegen die Arbeiterschaft verbündeten Reformisten den Kampf geführt. Unter dem Drucke der bewaffneten Macht, unter der tätigen Mithilfe der Gewerkschaftsbürokratie gelang es den Unternehmern, nach Abschluß des Ruhrkrieges uns die Siebenstundenschicht zu rauben. Die Lasten der Kapitulation der deutschen Schwerindustrie vor dem französischen Schwerkapital wurden restlos auf unsere Schultern abgewälzt. Das Sachverständigen-Gutachten als jüngstes Ergebnis der Verhandlungen der internationalen Räuber soll diesen Zustand verschärfen. Erneut geht das deutsche Kapital dazu über, das deutsche Proletariat noch verschärfter als bisher auszubeuten, noch schärfer als bisher, wirtschaftlich und politisch zu knebeln. Das deutsche Proletariat soll auf Jahre hinaus versklavt werden.

Kameraden! Diese Versklavungsabsichten des internationalen Kapitals gegen das deutsche Proletariat, bedeuten, wenn sie durchgeführt werden, eine schwere Gefahr auch für Euch. Das internationale Kapital bildet trotz aller Gegensätze eine einheitliche Front gegen die Arbeiterklasse. Und werden sie versuchen, auch Eure Lebenslage weiter zu verschlechtern, sie werden auch in Euern Ländern übergehen müssen zum entschiedenen Angriff auf die Rechte der Arbeiterschaft.

Kameraden! Bisher haben wir nicht gemeinsam gekämpft. Wir haben uns häufig gegen unsere Interessen von den Kapitalisten und Verrätern in unseren eigenen Reihen mißbrauchen lassen. Das muß anders werden.

Wir müssen uns mehr als bisher in unsern Kämpfen unterstützen, um so eine breite internationale Basis herzustellen. Einheitlich müssen wir den Kampf führen gegen die Kapitalisten unserer Länder.

Wir müssen die Verräter und Saboteure des Kampfes aus unseren Reihen entfernen.

Es lebe die internationale Solidarität des Bergproletariats!
Nieder mit Sklaverei und Ausbeutung!
Es lebe der Kampf gegen alle Unterdrücker!

Leipzig, am 27. April 1924.

Der Kongreß der Bergarbeiter Mitteldeutschlands.

*

An die kämpfenden Mansfelder Bergarbeiter!

Kameraden, Jungbergarbeiter!

Der mitteldeutsche Bergarbeiterkongreß nimmt von Eurem heldenmütigen Kampfe Kenntnis und gelobt, mit allen Kräften in den anderen Revieren für die Verbreiterung der Kampffront zu wirken.

Mit vorbildlichem Schneid habt zuerst Ihr Jungbergarbeiter den Kampf aufgenommen, um Eure alten Rechte zu verteidigen. Ihr habt damit den Mansfelder Kumpels gezeigt, daß die Schläge der Schlotjunker in den letzten Unruhen Eure Kampfkraft nicht brechen konnten.

Der Kongreß entbietet Euch die herzlichsten Kampfesgrüße, fordert Euch auf, auszuhalten, Euch nicht der Knute der Mansfelder Profitjäger zu beugen. Schon setzt sich das Ruhrproletariat zur Wehr. Der Kampf beginnt. Haltet aus, damit die Kampffront ausgebaut wird vom Ruhrgebiet über Mitteldeutschland nach Oberschlesien. So werden die Bergarbeiter Deutschlands unüberwindlich sein, so wird es ihnen gelingen, die neuen Ausbeutungspläne der Schwerindustrie zuschanden zu machen.

Den Kumpels von Mansfeld ruft der Kongreß zu:

Wahret die revolutionäre Solidarität! An der Seite Eurer heldenhaften Jungbergarbeiter! Kämpft gemeinsam und haltet die Front!

Kampfruf an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands

Kameraden, Genossen!

In einem bedeutungsvollen Moment tagt heute der Kongreß der mitteldeutschen Bergarbeiter, in einem Moment, wo im Ruhrgebiet auf 19 Zechen das Bergproletariat bereits im Kampf steht gegen die Versklavungsabsichten des Bergkapitals.

Das Sachverständigengutachten als Ergebnis der monatelangen Schachereien des internationalen Kapitals ist von der Schwerindustrie angenommen worden in der Voraussetzung, alle sich daraus ergebenden Lasten dem Proletariat aufzubürden. Die zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmerlum bestehenden Tarifverträge werden von dem Bergkapital zum 1. Mai gekündigt in der ausgesprochenen Absicht, die wenigen durch noch niedergelegten Vergünstigungen auch noch restlos abzuschaffen. Obwohl auf allen Gebieten, trotz des Schwindels von der Stabilisierung der Mark, eine fortwährende Steigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel zu verzeichnen ist, wagt es das Grubenkapital unter Mithilfe des Sozialdemokraten Mehlich, den Bergarbeitern einen Schiedsspruch anzubieten, der vorsieht eine 15prozentige Lohnerhöhung, einen Schiedsspruch, der praktisch bedeutet einen Faustschlag ins Gesicht der Bergarbeiter. Eine Lohnerhöhung, die ausgeglichen ist, ehe sie in Kraft tritt, durch die schleichende Inflation, durch die neuen Steuern und Zölle, durch neue Lasten, die eine ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung mit sich bringen, überhaupt. Unter diesen Umständen bedeutet dieser Schiedsspruch einen unverschämten Betrug an der Arbeiterschaft. Den Gipfel aber stellt dar die Forderung der Grubenbarone, die da lautet, Verlängerung der Arbeitszeit um eine weitere Stunde. Diese Forderung ist eine glatte Verhöhnung der Forderungen der Bergarbeiter, der Forderung der Wiedereinreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Trotz dieser Verhöhnung, trotz dieses Schiedsspruches, trotz der Verhandlungen, die die Bureaukratie führt mit der ausgesprochenen Absicht, die Entscheidung zu verschleppen, werden die Bergarbeiter für ihre in Bochum aufgestellten Forderungen kämpfen, die da sind:

1. **Wiedereinführung der Siebenstundenschicht.**
2. **Erhöhung des Lohnes auf die Höhe der Vorkriegszeit, 30 % Lohnerhöhung auf den Friedensreallohn.**
3. **Wiedereinstellung aller noch nicht eingestellten Kameraden.**
4. **Verringerung der höheren Beamten auf den Gruben.**
5. **Beseitigung der Werkswehren.**
6. **Sicherung der knappschaftlichen Rechte, Erhöhung der Renten für Invaliden, Witwen und Waisen.**
7. **Tarifliche Festlegung eines 14tägigen Urlaubes für alle Arbeiter.**
8. **Tarifliche Festlegung eines Mindestlohnes, der die Höhe des Durchschnittslohnes der Vorkriegszeit haben muß, zuzüglich 30 % Lohnerhöhung auf den Friedensreallohn, d. h. 5,60 Mark hinzu 30 %, gleich 7,28 Mark.**
9. **Tarifliche Festlegung von 120 Ztr. Deputatkohle im Jahre.**
10. **Hinzuziehung von Vertretern der Betriebsräte zu den Tarifverhandlungen. Der Tarif darf nur abgeschlossen werden, wenn er die Zustimmung eines Betriebsrätekongresses der Bergarbeiter erhält.**

Bergarbeiter Mitteldeutschlands! Um diese Forderungen geht der Kampf im Ruhrgebiet. Der Kampf der Ruhrbergarbeiter ist Euer Kampf. Auch in Mitteldeutschland stehen wir vor großen Entscheidungen. Tausende von Bergarbeitern liegen auf der Straße. Systematisch werden nach wie vor die Gruben gereinigt von allen aufrechten Elementen. Stahlhelm und Wehrwolf herrschi. Genau so wie in anderen Revieren werden auch die Grubenbarone Mitteldeutschlands dazu übergehen müssen, Euch noch schärfer als bisher auszubeuten, noch mehr denn je Euch zu unterdrücken.

All diese Tatsachen beweisen nur immer wieder das eine: Jetzt darf nicht mehr geredet werden, sondern es muß gehandelt werden. Nichts mehr von Verschleppung des Kampfes, nichts mehr von Verhandlungen und Kompromissen, sondern nur noch die eine Parole: Klarer entschiedener Kampf, geführt mit allen Mitteln zur Unterstützung der Ruhrbergarbeiter. Bergarbeiter Mitteldeutschlands! Es gilt für Euch die Lehren zu ziehen aus den verflossenen Kämpfen. Noch immer wurdet Ihr niedergeschlagen, weil Ihr isoliert standet, weil Eure Kameraden im Ruhrgebiet zu einer anderen Zeit im Kampfe standen als Ihr. Diese Einzelkämpfe mußten verloren gehen, weil Ihr auf Euch allein gestellt in den einzelnen Revieren, dem Ansturm des Kapitals unterliegen mußtet.

Gelingt es den Grubenbaronen mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie den Kampf wiederum auf einige Gebiete zu beschränken oder gar abzuwürgen, so werden die Folgen zu tragen haben alle Bergarbeiter.

Die Gewerkschaftsbureaukratie wird auf Grund ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik so wie bisher auch diesmal den kämpfenden Bergarbeitern in den Rücken fallen. Sie versucht schon jetzt wieder die Entscheidung zu verschleppen durch langwierige Verhandlungen.

Bergarbeiter Mitteldeutschlands! Jetzt gibt es kein Zögern! Geschlossen müßt Ihr an die Seite Eurer kämpfenden Brüder treten.

Vorwärts zum geschlossenen Kampf aller Bergarbeiter:

Für die Siebenstunden schicht!
Für menschenwürdige Löhne!
Für den vollen Sieg des geeinten Bergproletariats!

Leipzig, am 27. April 1924.

Kongreß der mitteldeutschen Bergarbeiter

Der Kampf der Ruhrbergarbeiter

Der Mehlich-Schiedsspruch von den Unternehmern abgelehnt

(Eig. Drahtm.) **Essen, 29. April.**

Der Schiedsspruch im Bergbau, der die Bergarbeiter mit den völlig unzulänglichen Lohnzulage von 15 Prozent abspeisen wollte, ist abgelehnt worden und zwar ausgerechnet von den Unternehmern. Die Arbeitsgemeinschaftler haben einer Vertagung der Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage zugestimmt, weil die Sozialdemokraten und die Unternehmer die Bergarbeiter bis nach den Reichstagswahlen hinhalten wollen. Dafür haben die Arbeitsgemeinschaftler den Mehlich-Schiedsspruch angenommen. Die Erbitterung der Bergarbeiter ist überall da, wo diese neue Heldentaten bekannt wurden, ungeheuer.

Weitere Ausdehnung des Ruhrbergarbeiterstreiks

(Eig. Drahtm.) **Buer, 29. April.**

Die Zeche Scholven, eine der größten Staatszechen, und die Zechen Bismarck III bis V sind gestern morgen in den Kampf eingetreten. Auch die Zeche „Vereinigte Wellheim" (Bottrop) hat sich dem Streik angeschlossen.

Verhaftung kommunistischer Streikführer

(Eig. Drahtm.) **Gelsenkirchen, 29. April.**

Von den deutschen Polizeibehörden sind die Haupträdelsführer im Streik der Ruhrbergarbeiter (Kommunisten) verhaftet worden.

*

Die Polizei der großkapitalistischen Blutsauger wird mit Verhaftungen kommunistischer Streikführer den Streik der Ruhrbergarbeiter nicht unterdrücken. Die Bergarbeiter kämpfen im Ruhrgebiet um ihre nackte Existenz und sie wissen, daß der Kampf Opfer kostet. Deshalb werden in die durch die Verhaftungen gerissenen Lücken in der Führung, immer wieder andere Kommunisten als Führer einspringen. Die Erfolglosigkeit des Weißen Terrors gegen die Streikbewegung, muß auch bereits Wolff's Bureau zugeben. Es sieht sich genötigt, zugleich zu berichten, daß die Bergarbeiter kein Mittel scheuen, um das Joch ihrer großkapitalistischen Schinder zu brechen. Sie führen ihren Kampf nicht als gemütlichen gewerkschaftlichen Lohnkampf, sondern als revolutionären Befreiungskampf. Nur als solcher ist die Anwendung von Mitteln der Sabotage zu erklären, die die Bergarbeiter nach einem Bericht des Wolffschen Bureaus auf den Zechen Graf Bismarck I und Wilhelmine Victoria I verübten, wo die Förderwagen in die Schächte gestürzt wurden.

Der Kampf im Ruhegebiet wird heiß: die mitteldeutschen Bergarbeiter müssen sich beeilen, die Front zu schließen!

Liste **8** **Wählt die kommunistische Liste!** Liste **8**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0005

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Arbeitereltern, Parteigenossen! Von der Kommunistischen Kindergruppe wird uns geschrieben: Der 1. Mai, der Feiertag der Arbeiter der ganzen Welt, steht vor der Tür. Noch nie war die Arbeiterschaft so betrogen worden, wie gerade jetzt. Mit Hilfe der Sozialdemokraten ist die Reaktion wieder ans Ruder gekommen. Wir Arbeiterkinder merken das am meisten in der Schule. Dort sind die Herrn Lehrer dabei, uns den Nationalsimmel mit Gewalt wieder einzupauken. Ein Teil der Kinder hat dieses bereits erkannt und sie haben sich zusammengeschlossen in der Kommunistischen Kindergruppe. Diese ist gewillt, gemeinsam mit der älteren Arbeiterschaft, gegen die Reaktion zu kämpfen. Und da der 1. Mai leider heute noch ein Kampftag statt ein Feiertag ist, ruft die Kommunistische Kindergruppe Euch zu: **Arbeitereltern, Parteigenossen, schickt Eure Kinder am 1. Mai nicht in die Schule!** Demonstriert mit uns gegen die Verhetzung der Kinder, gegen den Nationalismus, gegen die Prügelstrafe, für die Schulspeisung, für Kinderheime, für die Arbeitsschule. Denkt daran, wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Leider können wir in diesem Jahr keine Demonstration veranstalten. Aber es kommt die Zeit wieder, wo wir ein ernstes Wort reden werden, wo uns die Straße wieder gehört. Aber gerade weil man Angst vor uns hat, rufen wir Euch zu: Schickt Eure Kinder nicht in die Schule, sondern zu der Veranstaltung der Kommunistischen Kindergruppe. Diese trifft sich am 1. Mai, 1 Uhr nachmittags, am Stadtgarten, um einen Ausflug zu machen. Arbeitereltern, Parteigenossen! Gebt Euren Kindern am Mittwoch einen Zettel mit zur Schule, damit sie sich entschuldigen für den 1. Mai.

Zeitz. Das Gesetz nur kann uns Freiheit geben! So kann der aufmerksame Beobachter an der Tür des Rathauses lesen. Es ist aber auch möglich, daß es einmal anders herum geht; das bewies der gestrige Sonntag. Mittags ½2 Uhr kam ein großer Trupp Jungdo, Wehrwölfe und anderes Gemüse hier am Bahnhof an. Im geschlossenen Zuge, mit aufgerollten schwarzweißroten Fahnen ging es dann im Gleichschritt der Stadt zu. **Dies alles unter den Augen der Schupobeamten,** die zur angegebenen Zeit am Bahnhof Dienst getan haben. Wer nun glaubt, daß diese versucht hätten, die Demonstration zu verbieten, der irrt sich gewaltig; es ist daher anzunehmen, daß hierfür die **polizeiliche Genehmigung** vorgelegen hat. Uns ist aber bekannt, daß laut Anordnung eines sozialistischen Regierungs-Präsidenten **jeder Umzug,** soweit dieser die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich lenkt, verboten ist. So wenigstens gibt man proletarischen Vereinigungen Auskunft. Sollte dennoch eine Genehmigung für diese „Aktion" nicht vorgelegen haben, so fragen wir: Warum ist dieser Zug nicht auseinandergejagt worden, wie man es bei den Proleten tut? Auch an diesen Schikanen ersieht die Arbeiterschaft, wohin die Reise geht. Selbst sozialistische Verwaltungsbeamte verbieten eine Demonstration für den Achtstundentag, wofür sie **angeblich** schon seit Jahrzehnten kämpfen. Die Zeitzer Arbeiterschaft wird wissn, daß es am 4. Mai nur **eines** geben kann, nämlich: Die Stimme der Liste **der Kommunisten** zu geben. Nur so wird es möglich sein, andere Zustände zu schaffen.

Zeitz. Schulaufnahme. Der Magistrat gibt bekannt: Die Kinder, die ab Ostern 1924 die Grundschulklassen besuchen müssen, sind zuzuführen am Mittwoch, dem 30. April: a) 2. Stadtschule (Steinsgraben), vormittags 9 Uhr im Schulsaale; b) 3. Stadtschule (Nikolaiplatz), vormittags 9 Uhr im Schulsaale; c) 4. Stadtschule (Donaliesstraße), vorm. 9 Uhr in den Knabenbaracken, Zimmer 2; d) katholische Volksschule (Naetherstraße), vormittags 10 Uhr in der Unterklasse. Die Anmeldescheine sind mitzubringen. Umschulung bleibt sogleich oder in den ersten Schulwochen vorbehalten.

Mansfeld-Sangerhausen

Kelbra. Heraus zur Maikundgebung! Die Maifeier der Kelbraer Arbeiterschaft wickelt sich wie folgt ab: Vormittags 10 Uhr in der „Sängerhalle" revolutionäre Massenkundgebung. (Rezitationen, Ansprache, Musik- und Gesangsvorträge.) Nachmittags 2 Uhr im „Schützenhaus" Konzert. Abends 8 Uhr in der „Sängerhalle" und in der „Schenke" Theaterveranstaltungen. In der „Sängerhalle" gelangt zur Aufführung „Der Geist des Proletariats" in zwei Akten. und „Ein Opfer" in drei Akten. Außerdem Musik- und Gesangsvorträge. In der „Schenke" gelangt zur Aufführung: „Märzrevolution" und „Ein Opfer des Klassenkampfes". Am 1. Mai ruht die Arbeit in allen Betrieben.

Der Ortsausschuß des ADGB.

Bitterfeld-Delitzsch

Zörbig. Parteigenossen! Heute, Dienstag, abend 8 Uhr im „Dorotheenhof" wichtige Mitgliederversammlung (Maifeier und Wahlen). Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist dringend erforderlich.

Glesien. Maifeier. Die Arbeiterschaft von Glesien und Umgegend trifft sich am 1. Mai in der von der KPD. für nachmittags 2 Uhr einberufenen öffentlichen Versammlung in Berlins Lokal. Maikarten werden vor der Versammlung ausgegeben. Die Sportvereine müssen geschlossen mit aufmaschieren. Es gilt, dem Spießer zu zeigen, daß wir trotz Unterdrückung auf unserem Posten stehen. Abends findet eine Veranstaltung statt unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins Männerchor und Frauenchor, des Arbeiter Turnvereins und der Freien Volksbühne Glesien.

Bitterfeld. Hinkemann-Aufführung. Am Donnerstag, dem 1. Mai, abends ½8 Uhr, findet im „Bürgergarten" die Aufführung der Tragödie „Hinkemann" (von Ernst Toller) statt. Veranstalter ist die KPD. Karten sind im Vorverkauf zu haben bei Brauer, Burgstraße 41, im Friseurgeschäft Kissing, Burgstraße 41, und in den Konsumverkaufsstellen in der Rathenau- und Dessauer Straße. Es wird erwartet, daß die Arbeiterschaft sich zu dieser Vorstellung zahlreich einfindet. Das ist um so mehr erforderlich, um eine etwaige Störung faszistischer Elemente, wie dies kürzlich in Delitzsch der Fall war, von vornherein zu unterbinden. Die Gelegenheit, einer Hinkemann-Aufführung beizuwohnen, ist günstig. Versäume also niemand, sich rechtzeitig eine Eintrittskarte zu besorgen.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Arbeiter, aufgepaßt! Eine Reihe hiesiger Geschäftsleute, die es früher nicht verschmähten, Arbeitergroschen einzustecken, haben es jetzt für richtig befunden, dem „Klassenkampf" die Inserate zu verweigern Auch für die Mainummer waren sie nicht zu haben. Diese Leute haben nur Geld für die arbeiterfeindlichen bürgerlichen Blättchen. Seht Euch darum den Inseratenteil des „Klassenkampf" genau an und unterstützt nur die Geschäftsleute, die es für nötig halten, auch Euer Blatt zu berücksichtigen. Besonders die Mainummer ist der Beachtung empfohlen.

Wittenberg. Ein unheimlicher Leichenfund. Bei Wittenberg warf das Hochwasser der Elbe die Leiche eines 30jährigen Mannes an den Strand. Da die Beine der Leiche mit Stricken zusammengeschnürt und der Mund mit einem Taschentuche verstopft war, liegt zweifellos ein Verbrechen vor.

Torgau-Liebenwerda

Torgau. Heraus zur Maifeier! Der Kartellbeschluß lautet: Arbeitsruhe! Wir fordern die Arbeiter auf, diesem Rufe restlos Folge zu leisten. Die KPD. veranstaltet folgendes: Morgens 8 Uhr: Treffen am „Kasino" zum allgemeinen Spaziergang. Nchmittags 6 Uhr große Demonstrationsversammlung im „Bürgergarten". Anschließend Rezitationen usw. Kollegen, wir fordern Euch auf, am 1. Mai restlos zu feiern. Auf zum Kampf um den Achtstundentag! Die Parole heißt: Heraus aus dem Betriebe. Die Kollegen aus der Umgebung laden wir ein, die Veranstaltungen in Torgau zahlreich zu besuchen.

Torgau. Der Magistrat ist unparteiisch! Die Ortsgruppe der KPD. hatte beim Magistrat nachgesucht, zu Wahlversammlungen den Rathaussaal zum 24. April und 3. Mai zur Verfügung zu stellen. Kurz vor dem Stattfinden der ersten Versammlung erhielten wir Antwort mit dem Bemerken, daß wir den Saal nicht bekommen können, weil dies schon einer anderen Partei abgelehnt worden sei. Wir haben aber noch nicht gehört, wer diese Partei ist. Am Freitagabend hat noch der Herr Polizeipräsident Runge aus Halle seine demagogische Leier vom Stapel gelassen, in der er leeres Stroh gedroschen hat. Wir werfen die Frage auf: Sind die Kommunisten Staatsbürger zweiter Klasse, haben wir nicht dieselben Rechte als Steuerzahler? Die Arbeiter werden am 4. Mai die Quittung erteilen; sie werden kommunistisch wählen!

Arbeiter-Sport

HFC. Minerva. Resultat vom Sonntag: 3. gegen Radewell 3. mit 2:1, 2. gegen Teutonia 2. mit 2:0, 1. gegen Teutonia 1. mit 3:0. Die Spielausschußsitzung fällt diese Woche aus. Am 1. Mai von früh 8 Uhr an: Trainieren der Jugend und Schüler.

Sportplatz Brandberge. Spiele des Sportvereins am 27. April. Die erste Mannschaft schlug Askania 1. mit 2:1. Halbzeit 1:1. Der Sportverein fand sich im ganzen Spiel nicht zusammen, und die Verteidigung konnte gefallen. Die zweite Mannschaft verlor mit Ersatz spielend, gegen Askania 2. 4:0, Halbzeit 2:0. — In Merseburg auf dem Jahn-Platze lieferten sich Kayna 1. und Sportverein 4. das fällige Rückspiel. Kayna gewann mit 1:0. Zugunsten der Roten Hilfe stehen sich am 1. Mai Ballspielklub und Sportverein auf der Peißnitz gegenüber. Anfang 5 Uhr.

Sportvereinigung Rüstig Vorwärts, Bruckdorf. Am 27. April standen sich Trotha-Süd 1. gegen RVB. 1. im Freundschaftsspiel gegenüber. Bruckdorf (drei Mann Ersatz) hielt bis zur Halbzeit, gegen Wind und Sonne spielend, stets offen. Aus einem Gedränge heraus kam Trotha zum ersten Erfolg. Auf eine Flanke konnte Bruckdorf gleichgeben durch ihren Mittelstürmer. Nach Halbzeit machte sich eine deutliche Ueberlegenheit Bruckdorfs bemerkbar, so daß der Sieg außer Frage stand. In fast gleichmäßigen Abständen fielen drei weitere Tore. Schluß 4:1 für Bruckdorf. Verschiedene Durchbrüche der Trothaer klärten Verteidiger und Tormann der Bruckdorfer mit sicherer Manier

Rüstig Vorwärts Bruckdorf gegen Fichte Jugend Ammendorf. Nachdem Ammendorf vor kurzem eine Niederlage von 4:1 einstecken mußte, mußten sie am Sonntag abermals, trotz Verstärkung aus der 1. und 2. Herren-Mannschaft, die Spielstärke der Bruckdorfer Jugend anerkennen. Nach recht abwechselungsreichem Kampfe siegte Bruckdorf mit 3:1.

Weißenfels. FC. Union spielte am Sonntag gegen VfB. Eisenach, Sonderklasse, und verlor nach abwechslungsreichem Spiel 1:0. Der Wind beeinflußte das Spiel. — Union 1. gegen T. u. R. Leißling 1. 3:1. Union 2. gegen T. u. R. Leißling 2. 4:0. — Kommenden Sonnabend abend hat Union Sonderklasse VfL. 1888 Naumburg nach hier verpflichtet. Beide Gegner haben bis jetzt nur immer guten Sport geboten, mithin verspricht man sich gutes Treffen.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Bezirk Hessen-Waldeck wie für dessen Anzeigen: August Nadler in Cassel.

Kinderwagen-Reifen (alle Größen) billigst
Gummi-Bieder, Große Steinstraße 81, Nähe Markt

Wir zeigen hiermit an, daß wir am **Montag**, dem 28. April 1924, **Geiststraße 5**, erste Etage, unsere erstklassig ausgestatteten

Ausstellungs-Räume

eröffnet haben. 1462

Interessenten laden wir zur zwanglosen Besichtigung ein.

Schröder & Förster

Büro-Einrichtungs-Gesellschaft

Berlin-Charlottenburg Wilmersdorfer Str.-Ecke Goethestraße 41

Halle an der Saale Geiststraße 51 Telephon 9161.

Empfehle täglich:
Pa. Saatkartoffeln (aus Sandboden)
sowie 446
Pa. Speisekartoffeln
Kurt Knoche, Kartoffel-Großhandlung,
Merseburg,
Teichstraße 21 — Telephon 410
NB. Ende dieser Woche kommen mehrere Waggons
Saat- und Speisekartoffeln
zum Verkauf und bitte jetzt schon um Aufträge
Bei Waggonabnahme hohen Rabatt.

Bock- und Delikateßwürste
Ebelfabrikate
gibt es auch in Halle
Frisch bleibt frisch
Zu jedem Wochenmarkte und Leipziger Straße 54
Heinrich Müller
Fernsprecher 3133 288

Gute Bücher
Trotzki: Die russische Revolution 1905
Lenin, Sinowjew: Gegen den Strom
Liebknecht: Reden u. Aufsätze
Williams: Durch die russische Revolution
Buchner: Das Neueste von Gestern
Buchner: Revolutionsdokumente
Leonhard Frank: Der Bürger
Platz dem Arbeiter. Jahrbuch des Malik-Verlages
Werke russischer Schriftsteller:
Tolstoi: Meine Kindheit
Tolstoi: Knabenjahre
Tolstoi: Erzählungen für die reifere Jugend
Turgenjeff: Rauch
Puschkin: Der russische Mensch
Puschkin: Der steinerne Gast
Panin: Dostojewski
Panin: Das zaristische Rußland
Korolenko: Geschichte meines Zeitgenossen
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, und deren Filialen

Gut erhalt. **Anzüge,** Jaketts, Westen u. Hosen, Covercoats Sportwagen billig zu verkaufen [1465
Rathausstr. 17, H. I.

Merseburg
Funkenburg.
Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag: 161
Ball.

Zeitungsträgerin
für **Seeben** gesucht. Zu melden beim Genossen **Würker, Gasthof Glaser**

Todes-Anzeige
Sonntag mittag 1 Uhr entschlief nach langem Leiden unsere liebe kleine
Giesela
im zarten Alter von 11 Monaten
Dies zeigen tiefbetrübt an
Familie Paul Frosch
Weißenfels, den 27. April 1924 444
Feldstraße 9

Die Parole unserer Leser: Alle Einkäufe tätigen wir bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0006

Leben · Wissen · Kunst

Childe Harold

Eine starke schwarze Barke
Segelt trauervoll dahin.
Die vermummten und verstummten
Leichenhüter sitzen drin.

Toter Dichter, stille liegt er,
Mit entblößtem Angesicht;
Seine blauen Augen schauen
Immer noch zum Himmelslicht.

Aus der Tiefe klingt's, als riefe
Eine kranke Nixenbraut,
Und die Wellen, sie zerschellen,
An dem Kahn, wie Klagelaut.

Heinrich Heine.

Zum 100. Todestage des Dichters Byron

Am 19. April 1824 starb nach langen Irrfahrten an einem hitzigen Fieber in Griechenland, wo er sich an dem Befreiungskampf beteiligte, Englands größter Dichter nach Shakespeare, Lord Byron.

Aus einem alten Adelsgeschlecht stammend, wurde er am 22. Januar 1788 in England geboren. Sein Vater verstarb früh und hinterließ ihm eine launische Mutter. Der Erholung bedürftig, kam er in jungen Jahren nach Schottland, wo er tiefe Liebe zur Natur faßte und die stärksten Eindrücke für seine Dichtkunst sammelte. Nach dem Tode seines Onkels übernahm er Familienname und reiches Erbe. Er begann ein verschwenderisches, dem Genusse geweihtes Leben. 1809 nahm er seinen Sitz im englischen Oberhause ein, wo er jene berühmt gewordene Verteidigungsrede für die Nottinghamer Strumpfwirker hielt, die als Luditen die Maschinen zerstört hatten und zu Duzenden gehängt wurden. Trotz seiner adligen Abstammung stand Byron in heftiger Opposition zu dem Bestehenden. Als er mit Shelley im Jahre 1822 eine liberale Literaturzeitung herausgab, wurde der Verleger dafür in England zur Rechenschaft gezogen. Nach einer kurzen unglücklichen Ehe verließ ihn seine Gattin im Jahre 1816. Die Stimmung Englands, die sich für den jungen Dichter eingenommen war, schlug daraufhin so gegen den Dichter um, daß er seine Heimat verließ und nach der Schweiz und nach Italien ging. Der unstete Geist des gewaltigen Genius, der ihn zwang, sich der Armen und Hilfsbedürftigen anzunehmen und sein Vermögen und sich selbst für sie aufzuopfern, trieb ihn, schwer krank, im Jahre 1823 nach Griechenland. Hier organisierte er aus seinen letzten Mitteln, den Tod vor Augen, eine Brigade von Insurgenten. Bei einem Erkundungsritt zog er sich eine schwere Erkältung zu, an der am 19. April 1824 starb. Sein Freund, der Graf Gamba, überführte die Leiche nach England. Hier wurde ihm ein standesgemäßes Begräbnis in Westminster verweigert und seine Leiche auf einem Dorffriedhof in Hucknall beigesetzt. Erst im Jahre 1879 entschloß sich das undankbare England, seinem größten Sohn ein Bronzedenkmal am Eingang des Hyde-parkes aufzustellen.

In den oben abgedruckten ergreifenden Versen Heinrich Heines wird die Heimfahrt Byrons geschildert.

Byron trug einen Vulkan in seiner Brust, dessen gewaltsame dichterischen Ausbrüche das Alte verzehrten und der neuen Generation als leuchtende Fanale zum Wegweiser dienten. Dem deutschen Arbeiter sind Byrons Werke leider noch weniger bekannt wie die seiner eigenen Klassiker. Byron war Revolutionär und schleuderte seiner Zeit den Kampfhandschuh ins Gesicht. Gewaltige Werke sind vor allen Dingen „Manfred" — „Kain" und „Don Juan". Mögen künftige Zeiten dem deutschen Arbeiter die Muße verschaffen, die Werke der Weltliteratur erleben zu können.

Reinhold Schoenlank.

Eine Wahltragödie

Nach Bruchstücken aus „Faust", bearbeitet vom M. Este.

Personen:

Direktor	Herr Ebert
Theaterdichter	Herr Kampfmeyer
Lustige Person	Herr Scheidemann
Mephistopheles	..

1. Auftritt.

Direktor (die Wahlvorschläge der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien musterend): Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten, die früh sich einst dem trüben Blick gezeigt. Versuch ich wohl, euch diesmal festzuhalten? Fühl' ich mein Herz noch jenem Wahn geneigt? Ihr drängt euch zu! Nun gut, so mögt ihr walten, wie ihr aus Dunst und Nebel um mich steigt; mein Busen fühlt sich jugendlich erschüttert vom Zauberhauch, der euren Zug umwittert.

2. Auftritt.

Direktor. Theaterdichter. Lustige Person.

Direktor: Ihr beiden, die ihr mir so oft in Not und Trübsal beigestanden, sagt, was ihr wohl in deutschen Landen von unsrer Unternehmung hofft? Ich wünschte sehr, der Menge zu behagen, besonders weil sie lebt und leben läßt. Die Pfosten sind, die Breter aufgeschlagen, und jedermann erwartet sich ein Fest. Sie sitzen schon, mit hohen Augenbraunen, gelassen da und möchten gern erstaunen. Ich weiß, wie man den Geist des Volks verjöhnt, doch so verlegen bin ich nie gewesen: zwar sind sie an das Beste nicht gewöhnt, allein sie haben schrecklich viel gelesen. Wie machen wir's, daß alles frisch und neu und mit Bedeutung auch gefällig sei? Denn freilich mag ich gern die Menge sehen, wenn sich der Strom nach unsrer Bude drängt und mit gewaltig wiederholten Wehen sich durch die enge Gnadenpforte zwängt. Bei hellem Tage, schon vor Vieren, mit Stößen sich an die Kasse ficht und, wie in Hungersnot um Brot an Bäckerläden, um ein Billett sich fast die Hälse bricht. Dies Wunder wirkt auf so verschiedne Leute der Dichter nur; mein Freund, o tu es heute!

Dichter: Mein Freund, die Kunst ist alt und neu. Es war die Art zu allen Zeiten, durch Drei und Eins, und Eins und Drei, Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten. So schwätzt und lehrt man ungestört, wer will sich mit den Narrn befassen? Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei doch auch was denken lassen. Was glänzt, ist für den Augenblick geboren, das Echte bleibt der Nachwelt unverloren.

Lustige Person: Wenn ich nur nichts von Nachwelt hören sollte. Gesetzt, daß ich von Nachwelt reden wollte, wer machte denn der Mitwelt Spaß? Den will ich doch und soll ihn haben. Die Gegenwart von einem braven Knaben ist, dächt ich, immer auch schon was. Wer sich behaglich mitzuteilen weiß, den wird des Volkes Laune nicht erbittern; er wünscht sich einen großen Kreis, um ihn gewisser zu erschüttern. Drum seid nur brav und zeigt euch musterhaft. Laßt Phantasie mit allen ihren Chören, Vernunft, Verstand, Erfindung, Leidenschaft, doch merkt euch wohl, nicht ohne Narrheit hören!

Direktor: Besonders aber laßt genug geschehen! Man kommt zu schauen, man will sich gern sehn. Wird vieles vor den Augen abgesponnen, so daß die Menge staunend gaffen kann, da habt ihr in der Breite gleich gewonnen, ihr seid ein vielgeliebter Mann. Die Massen könnt ihr nur durch Masse zwingen, ein jeder sucht sich endlich selbst was aus. Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder geht zufrieden aus dem Haus.

Dichter: Der sauberen Herren Pfuscherei ist, merk ich, schon bei euch Maxime.

Direktor: Ein sicherer Vorwurf läßt mich ungekränkt: ein Mann, der recht zu wirken denkt, muß auf das beste Werkzeug halten. Bedenkt, ihr habet weiches Holz zu spalten und seht nur hin, für wen ihr schreibt! Wenn diesen Langeweile treibt, kommt jener satt vom überlisteten Mahle, und was das Allerschlimmste bleibt, gar mancher kommt vom Lesen der Journale. Man eilt zerstreut zu uns, wie zu den Maskenfesten, und Neugier nur beflügelt jeden Schritt; die Frauen gehen sich und ihren Putz zum besten und spielen ohne Gage mit. Ich sag euch, geht nur mehr und immer, immer mehr, so könnt ihr euch vom Ziele nie verirren. Sucht nur die Menschen zu verwirren; sie zu befriedigen ist schwer — — —

Lustige Person: So braucht sie denn, die schönen Kräfte, und treibt politische Geschäfte, wie man ein Liebesabenteuer treibt. — Zufällig naht man sich, man fühlt, man bleibt, und nach und nach wird man verflochten; es wächst das Glück, dann wird es angefochten, man ist entzückt, nun kommt der Schmerz heran, und eh' man sich's versieht, ist's eben ein Roman. Laßt uns auch so ein Schauspiel geben! Greift nur hinein in's volle Menschenleben! Ein jeder lebt's, nicht vielen ist's bekannt, und wo ihr's packt, da ist's interessant. In bunten Bildern wenig Klarheit, viel Irrtum und ein Fünkchen Wahrheit, so wird der beste Trunk gebraut, der alle Welt erquickt und auferbaut.

Dichter: Du sprichst ja wie Hans Liederlich, der begehrt auch jede Blume für sich, und dünkt ihm, es wär kein' Ehr' und Gunst, die nicht zu pflücken wär.

Direktor: Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Taten sehn! Indes ihr Komplimente drechselt, kann etwas Nützliches geschehn. Euch ist bekannt, was wir bedürfen, wir wollen stark Getränke schlürfen; nun braut mir unverzüglich dran! Was heute nicht geschieht, ist morgen nicht getan. Ihr wißt, in unserm deutschen Eden probiert ein jeder, was er mag: Drum schonet mir an diesem Tag Prospekte nicht und nicht Moneten.

(Alle ab, außer dem Direktor.)

3. Auftritt.

Direktor. Mephistopheles.

Direktor: Es klopft? Herein! Wer will mich wieder plagen?

Mephisto: Ich bin's.

Direktor: Herein!

Mephisto: Du mußt es dreimal sagen.

Direktor: Herein denn!

Mephisto: So gefällt du mir. Wir werden, hoff' ich, uns vertragen; denn dir die Grillen zu verjagen bin ich als edler Junker hier.

Direktor: Habe nun, ach, Gastronomie, dazu generis feminin, und leider auch Phrisemologie durchaus studieret mit heißem Bemühn. Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor; heiße Exzellenz, heiße Präses gar, und ziehe schon in das sechste Jahr herauf, herab und quer und krumm meine Schüler an der Nase herum. — Und sehe, daß wir nichts wissen können! Das will mir schier das Herz verbrennen. Zwar bin ich gescheiter als alle Lassen, Minister, Landräte, Schreiber und Pfaffen; mich plagen keine Skrupel noch Zweifel, fürchte mich weder vor Hölle noch Teufel — dafür ist mir auch alle Freud' entrissen, bilde mir nicht ein, was Recht's zu wissen, bilde mir nicht ein, ich könnt' was lehren, die Menschen zu bessern und zu bekehren. Es möchte kein Hund so länger leben! Drum hab' ich mich der Magie ergeben, ob mir durch Geistes Kraft und Mund nicht manch' Geheimnis würde kund; daß ich nicht mehr mit saurem Schweiß zu sagen brauche, was ich nicht weiß.

Mephisto (für sich): Er ist ein ganz vertrakt Genie, spottet seiner selbst und weiß nicht wie.

(Mephisto verschwindet — Vorhang fällt.)

(Die nächste Handlung spielt 8 Tage später, am 4. Mai.)

Das Metall der Toten

41]

Von Concha Espina

„Wir werden uns wehren!" hört man sagen.

„Nein!" schreit Echea, „hier müssen wir uns verbergen!"

Der Hausherr hat einen Rettungsplan ersonnen.

„Zuerst will ich mit meiner Mutter sprechen", beschließt er. „Sie soll euch in diesen Alkoven stecken; von dort führt eine Tür nach dem kleinen Hof, und dort ist ein Abzugsgraben, in dem ein paar Männer Platz haben."

„In dem Schlamm!" bedauert Rosario entsetzt. Aber der Führer erklärt sich achselzuckend einverstanden.

„Sehr gut! Sollten sie Haussuchung halten, so werden Suarez, Gereo, Vicente, der Lehrer und ich uns dort verstecken. Ihr," sagte er zu den übrigen, „seid zur Prozession gekommen und bei Enriquez zu Gast."

Dieser läßt sie im Dunkeln in einem kleinen Schlafzimmer mit zwei Betten zurück und läuft zur Mutter Wache, wo seine Mutter Wache hält. Sie reden einige Augenblicke miteinander. Die Frau, eine muntere Fünfzigerin, hat die ganze Tragweite ihrer Mission begriffen; sie ist eine stille, trägtige Gebirgterin aus Valdelamusa und heißt Dolores.

Mit erhobener Lampe betritt sie entschlossen den Alkoven. Ihr stark andalusisch gefärbter Akzent tritt im Schreck noch mehr hervor und wird spitzer:

„Ich weiß schon meine ganze Lektion. Ein paar von Euch kommen in die Küche, weil wir in Gesellschaft waren; die andern armen Kinder in die Grabenöffnung — bis wir sehen, ob die „Mausegrauen" sich heranwagen."

Ein harter Schlag gegen die Tür nötigt sie, die vorher bestimmten Plätze einzunehmen.

Dolores öffnet mit bewundernswürdiger Kaltblütigkeit das Fenster und hält eine kurze, mit derben Späßen gewürzte Zwiesprache mit den Vertretern der Behörde... Die Wache geht in der Ueberzeugung weiter, daß Aurelio Echea hier nicht ist.

„Bin ich nicht ein Spaßvogel, wenn es sein muß?" lobt sich Dolores voller Stolz, als sie die Verschwörer wieder zusammentuft.

Sie atmen freier, unterhalten sich halblaut weiter und beschließen, das Haus vor Tagesanbruch vorsichtig zu verlassen.

„Du aber nicht", sagte José Luis zu seiner Schwester, „Du mußt dich ausruhen."

„Weil das Mädchen habe ich ein Bett zurechtgemacht, es ist blank und sauber wie Gold", überredet Dolores großsprecherisch.

Das junge Mädchen sträubt sich.

„Ich werde in Nerva zu Bett gehen."

„Nein, nein, Sie sind viel zu müde!" reden alle ihr liebevoll zu.

Und sie kehren in Enriquez Zimmer zurück, das das beste der ärmlichen Wohnung ist.

„Mehr können wir Ihnen nicht bieten", sagt Aurelio bedrückt. Er schiebt den Riegel vor die Verbindungstür, die zum Nebenzimmer führt, und sinnt fort: „Hier nebenan pflegen ein paar Leute zu schlafen, die heute im Kasino sind. Sie gehen zur Arbeit, bevor die Sonne aufgeht; es wird niemand Sie stören."

„Und Sie? Kommen Sie nicht in Gefahr, wenn Sie nach Nerva zurückkehren?" fragt Rosario beklommen.

„Ich glaube kaum. Ich werde mit den Arbeitern hinuntergehen, eine Arbeitsbluse anziehen und jedes Zusammentreffen vermeiden. In diesen einsamen Gegenden verfolgen sie mich, aber später in der großen Schlacht werden sie mir nicht nahe kommen."

„Sie brauchten auch ein wenig Ruhe!"

„Ich habe Hunger und Schlaf überwunden. Wenn Liebe und Pflicht mich rufen, in bin ich unbesiegbar!" sagt er mit schwärmerischem Ausdruck. Seine ruhige Gestalt scheint im Drange seiner makellosen, freien Gedanken ins Riesenhafte zu wachsen.

Rosario blickt ihn durch heiße Tränen mit ihren tiefen Augen an und hört, von ihrem eigenen Gefühl verzehrt, seinen Worten zu.

Dolores hat das ärmliche Bett aufgeschlagen. Das Bettzeug ist sauber und von gelblichweißer Farbe, die die Knappheit des Wassers verrät. Eine bunte Decke ist über die geflickte Wäsche gebreitet, aus allen Ecken blickt die Dürftigkeit, und die Luft ist schwer vom Dunst der Kerze und vom Tabaksrauch. Aus den inneren Schlafzimmern dringt ein stechender Geruch. Aurelio bemerkt es und neigt sich bekümmert zu ihr:

„Die Armut riecht schlecht, nicht wahr?"

„Ja —" erwidert das Mädchen.

Wie niemals zuvor empfinden die beiden die herbe Begierde des Lebens, aber gleichzeitig erheben sie die Köpfe und nehmen mit den Augen Abschied voneinander.

Die andern haben es sich in der Küche bequem gemacht und besprechen die Ereignisse.

„Wenn das Fräulein schläft, könntest Du ein wenig das Fenster öffnen", bemerkt Enrique zu seiner Mutter.

Die gute Frau betritt sogleich ganz behutsam das Zimmer, um den Auftrag auszuführen, und das junge Mädchen, das noch wach ist, sich aber nicht rührt, richtet die Blicke voller Unruhe auf die zuckende Fläche des Himmels und gibt sich, wachgehalten vom Schmerz, ihrem Kummer hin, während die Nacht sich in Sterne auflöst.

V

Weiße Hände

„He, Du gutes Mädchen! Grüßest Du Deine Freundinnen nicht mehr?" schreit die beraushte Corales, die Hände empört in die Seiten stemmend.

„Seht Ihr, daß man nicht hier hinuntergehen kann?" knurrt Dolores, die Rosario und Aurora den Bach entlang begleitet, wo die Dirnen ihr Feldlager aufgeschlagen haben.

„Wir sind sehr in Eile!"

„Diese Herren sind imstande, uns zu steinigen!" befürchtet die Gebirglerin und deckt, sich ängstlich umsehend, das Kind zu, das sie in den Armen hält.

Aber die Erboste, deren Aussehen nichts Gutes verheißt, läuft schreiend hinter ihnen her und fällt, Schmähungen ausstoßend, plötzlich hin. Am Boden liegend schreit sie, ohne daß ihre Gefährtinnen erwachen, noch immer, als die anderen Frauen schon die Wegbiegung umschritten haben.

Aurora achtet nicht auf die Einöde, die sie am vorhergehenden Tage in Schmerzen durchschritten hat; sie ist in ein Gespräch mit Rosario vertieft.

Sie lassen den düsteren Bergpaß hinter sich, entfliehen dem verrufenen Bache und beschreiten das „rote Gold" des gelben, von der unermüdlichen Arbeit gemarterten Pfades.

Die Sonne wärmt schon und wälzt sich in die dunkle, kleine Talsenkung hinab, wo die Giebereien Gebrüll und Flammen ausstoßen wie die Hölle; ein paar Arbeiter mit Steinhämmern und Spitzhacken gehen zur Bahnstation; jeder einzelne trägt einen Rucksack wie einen Köcher umgehängt.

„Ich werde Dir mit ganzer Seele behilflich sein", sagt Aurora, die die junge Dame vom ersten Zusammentreffen an Du nennt, ohne sich an Stand und Rang zu kehren, denn durch die Seltsamkeit der Lage und die wunderbare Sympathie, die zwischen ihnen herrscht, werden alle Klassenunterschiede ausgeglichen.

„Dann hat die Vorsehung Dich mir geschickt!" erwidert Rosarito begeistert. „Wir Frauen werden in die Streikleitung eingreifen, und ich rechne nur auf eine, die schreiben kann: nämlich auf Aurelios Frau."

„Ach, er ist verheiratet?"

„Ja!"

„Das wundert mich, ich weiß nicht weshalb. Wer ist sie?"

„Sie ist ein leidendes, trübsinniges junges Ding, das ihn nicht recht versteht."

„Wie schade!"

Aus dem Ausruf klingt mehr Teilnahme für den Mann, als für die Frau, und Rosario ruft sich mit sanfter Strenge hinzu:

„Ich versichere Dir, Natalie ist intelligent und liebenswürdig... sie ist auch hübsch gewesen... aber sie hat soviel gelitten, daß sie jetzt nur noch Ruhe haben will."

„Aber als Gefährtin eines großen Streiters...!"

„Sie kann nichts, als sich für ihn opfern."

„Es ist schon genug, wenn sie ihn liebt!" sagt Aurora mit flammender Gebärde. Aber sie nimmt an ihrer Freundin eine Verwirrung wahr, die sie veranlaßt, den Gegenstand des Gesprächs zu wechseln.

„Das Unbegreifliche ist", sagt sie, „hier eine Frau zu treffen, wie Dich, die freiwillig unter den Elenden lebt und freudig für sie arbeitet."

Rosarito gerät jetzt in noch größere Verwirrung.

„Das Verdienst an diesem Feldzuge hat allein mein Bruder", antwortet sie. „Er wollte in den Gruben bleiben, nachdem wir den Entschluß zu dieser Erkundungsreise gefaßt hatten, und ich, die ich nur ihn in der Welt habe, wollte ihn begleiten."

„Nur seinetwegen?"

Die Frage entspringt der Dankbarkeit, die die Bergleute für Rosario hegen, wird aber zu einer Bestätigung mehr, fast zu einem vollen Erraten, als das junge Mädchen bestürzt sagt:

„Weswegen wohl sonst?"

Aurora überläßt es ihr, dem Gespräch die Richtung zu geben, und schließt beredt:

„Um aller der Unglücklichen willen, denen Du Hilfe und Trost bringst, um jener unglücklichen Frauen willen, die weder lesen noch schreiben können und müde sind vom Weinen."

„Gewiß, ich liebe sie sehr; Du wirst sehen, wie gut und klug sie sind."

„Ich kenne sie, wenn ich sie auch nie gesehen habe: wir gehören alle einer Familie an."

„Ja, Du hast auch unschuldig leiden müssen", ruft das junge Mädchen aus und sieht das Kind der Berge strahlend an. „Gestern hast Du eine entsetzliche Reise gemacht."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0007

Befreites Land

Wer hilft der Landarbeiterin?

Von Gertrud Karrell

Das Land ist übersät mit weißen Zetteln. An den schwarzen Anschlagtafeln in den Dörfern, an Häusern und Zäunen kleben die Aufrufe zur Wahl.

Nationale, Völkische und Sozialdemokraten — alle wenden sich an Dich, Landarbeiterin, haben — erstaunlich plötzlich — ihr Herz für Dich entdeckt und versprechen Dir den Himmel auf Erden, wenn Du ihnen Deine Stimme gibst.

Was willst Du tun, Arbeiterin? Vor Dir häufen sich die Frühjahrsarbeiten, Ueberstunden müssen gemacht werden und daheim wartet der Haushalt auf Dich. Du bist müde und mürb; Ruhe willst Du haben. Und wenn dann am 4. Mai der Wahltag kommt, dann weißt Du nicht ein und aus, steckt vielleicht den Zettel in die Wahlurne, d[illegible]ie Gutsfrau Dir gab, oder wählst gar nicht. **Und beide Male [illegible]n Deine Pflicht versäumt.**

Wir Kommunisten wollen Dir keine goldenen Berge versprechen. Wir haben Dir, Arbeitsschwester, nur eines zu sagen:

Mach die Augen auf, Proletarierin!

Ueberlege, wo Dich der Schuh drückt und wie Deiner Not abzuhelfen ist und dann sieh Dir die Parteien an: welche ist in all den letzten Jahren für Dich und Deine Klasse eingetreten mit ihren Worten und mit ihren Taten?

Unbeschränkt war vor der November-Revolution Dein Arbeitstag, dann kam eine kurze Zeit, wo in gewaltigen Kämpfen das Proletariat sich den 8- bzw. auf dem Lande den 9-Stundentag errungen hatte und jetzt . . .?

Seit dem 1. März ist in Mecklenburg durch brutales Dekret des Landbundes

die Mindestarbeitszeit von 8 auf 10 Stunden, die Höchstarbeitszeit von 11 auf 14 Stunden erhöht worden.

10 Stunden im Winter, 14 Stunden im Sommer auf dem Gut schuften, dann nach Hause, Stube und Küche fegen, Dein eigenes bißchen Vieh füttern, Deine magere Kuh melken und wieder herein ins Haus, bis spät in die Nacht waschen, flicken und stopfen. Landarbeiterin, wie willst Du Deinem Mann eine Frau, Deinen Kindern eine gute Mutter sein?

Aber vielleicht ist Dein Lohn vergrößert worden, wie Deine Arbeitszeit? Vergrößert nicht, aber „gestreckt" worden ist er. Weißt Du, so wie im Krieg das Brot „gestreckt" wurde, indem von denselben Maß Mehl zwei Brote statt eines gebacken wurden, so ist Dein Lohn „gestreckt". Womit die Mecklenburger Landarbeiter bisher einen Tag auskommen mußten, das muß jetzt für 1½ Tage langen:

statt 14 Pfund Deputatgetreide pro Tag bekommen sie jetzt neun Pfund.

Dazu einen Barlohn, der jeder Beschreibung spottet. In einem Teil von Deutschland beträgt der Stundenlohn 3 — drei — Pfennig. Was willst Du damit anfangen?

Was haben die Parteien getan, um die Zeit und Kraft zu schaffen für Deine Familie, was für den Schutz der arbeitenden Mutter, was, um die Rechte der Landarbeiterschaft auf Mitbestimmung im Betrieb durchzusetzen?

Triefend vor Patriotismus und Opferwilligkeit haben die deutschnationalen Gutsbesitzer ihr „Hilfswerk der Landarbeiterschaft zur Beseitigung der wirtschaftlichen und finanziellen Not des deutschen Volkes" angekündigt. Und wie haben sie sich die Durchführung „ihres Opfers" gedacht? Ein Antrag der deutschnationalen preußischen Landtagsfraktion vom Frühjahr 1923 gibt klare Antwort:

Voraussetzung für dieses Hilfswerk sei u. a.:

1. **Völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft.**
2. **Gerechte steuerliche Gesetzgebung, welche die unbedingt notwendigen Betriebsmittel belaßt.**
3. **Arbeitsfrieden auf dem Lande; Ruhe und Ordnung.**

Landarbeiterin, ist das eine Partei für Dich, die volle Freiheit zum Preiswucher verlangt und, wenn der Verbraucher nicht mehr mit den Preisen mitkommt, Lieferstreik proklamiert, wie sie vorigen Sommer durch ihren Milchlieferstreik gegen Berlin das Leben Hunderter von Säuglingen und Kleinkindern gefährdet haben?

Gerechte steuerliche Belastung . . . d. h. vollkommen juristische, nicht nur tatsächliche (denn wann hätten sie schon richtig bezahlt?) Steuerfreiheit für die Großagrarier und das bedeutet — denn der Staat braucht sein Geld — Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung, Heraufsetzung der Umsatz-, Lohn- und anderer Steuern, die zu neun Zehnteln das Proletariat zu tragen hat. Und was heißt „Arbeitsfrieden; Ruhe und Ordnung"? Streikverbot heißt es, Arbeiterin! Nicht mucken sollst Du mehr, auch wenn Du 14, 16 Stunden schuften mußt, auch wenn Deine Kinder im Dreck verkommen und Du, ausgemergelt und erschöpft, nur noch kranke, lebensunfähige Kinder zur Welt bringst.

Schon sind in Magdeburg Landarbeiter, nur weil sie Lohnkämpfe geführt haben, zu 1½ Jahren Zuchthaus und zu Gefängnis bis zu 2 Jahren verurteilt worden.

Oder willst Du deutschvölkisch wählen, Landarbeiterin? Mit herrlichen Phrasen von Volksgemeinschaft, mit einem billigen Gelöbnis zur Solidarität mit der Arbeiterklasse gehen diese Leute auf den Gimpelfang.

Sie sind es aber, die in Thüringen jede Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt haben!

Ihre Stahlhelm- und Jungdo-Verbände stellen den Flurschutz, die Technische Nothilfe, die neuen Aufseher und Inspektoren, die mit Gummiknüppel und Revolver jeden Streik niederknüppeln. Ihr General Ehrhardt hat in Leipzig gesagt, die vornehmste Aufgabe einer „nationalen Regierung" sei die Beseitigung des Achtstundentages.

Ihr Kapp-Putschführer Schiele sagt in einem Brief: „Der Heeresdienst muß wieder Adelsdienst werden. Der gemeine Mann kann nur als Stallknecht oder Roßknecht mitgehen, nie wieder als gleichberechtigter Mitkämpfer.

Willst Du, daß Deine Kinder es einmal noch schlechter haben als Du heute, Stallknechte ohne Ehre und Freiheit werden, dann, aber nur dann, Proletariermutter, wähle deutschvölkisch.

Doch Du bist vielleicht eine aufgeklärte Arbeiterin, bist im Deutschen Landarbeiterverband organisiert und willst diesmal, wie all die Jahre, sozialdemokratisch wählen. Hast Du Dir auch überlegt, ob Du recht damit tust?

Denkst Du noch an jenen Brief, in dem der Sozialdemokrat Schmidt, der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Junkern auf der Grundlage des Arbeitsfriedens abschloß? Weißt Du nicht, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 37 Millionen Mark zur Organisierung der Technischen Nothilfe, auf Deutsch zur Niederknüppelung des Streiks, bewilligt hat?

Kennst Du nicht das Flugblatt des Deutschen Landarbeiterverbandes zum Landarbeiterstreik im Frühjahr 1922, wo es heißt: „Gegen das Einsetzen der Technischen Nothilfe ist nichts einzuwenden, denn Volksernährung geht vor Arbeiterrecht."

Warum, Arbeiterin, geht wohl diesen Herren vom Deutschen Landarbeiterverband und der VSPD. niemals Volksernährung vor Herrenübermut?

Oder heißt das Arbeiterpolitik treiben, wenn Sozialdemokraten Streikleitungen verhaften (Magdeburg, August 1923), wenn die VSPD. den Steuerraub bewilligt, wenn sie dem Ermächtigungsgesetz zustimmt, wenn sie im Oktober 1923 ihre Funktionäre mit der Waffe in der Hand gegen die kämpfenden, revolutionären Arbeiter Hamburgs schickte?

Pfui über die Junker! Dreimal Pfui über die Sozialdemokraten, die getragen von Arbeiterstimmen zur Macht gekommen sind, um jetzt Euch Arbeiter noch tiefer in Not und Versklavung hinabzustoßen!

Und nun: was wir Kommunisten tun und wollen. Wenn Du uns kennen lernen willst, Arbeiterin, laß Dir nicht große Programme, laß Dir Tatsachen sagen:

Der Kreis Dittmarschen, Gau Schleswig-Holstein, wegen seines Kampfeswillen von der DGB.-Bureaukratie ausgeschlossen, hat sich durch einen Streik unter Führung der Kommunistischen Partei Löhne erkämpft, die heute 20 bis 25 Prozent höher sind als die im übrigen Gau.

Vergleiche, Landarbeiterin:

Das Thüringer Lohnergebnis unter „Führung" (lies: Verrat) des Deutschen Landarbeiterverbandes:

Spitzenlöhne vor dem Streik: 27 000 Mark (zur Inflationszeit).
Spitzenlöhne nach dem Streik: 67 000 Mark

Das Magdeburger Streikergebnis (aus derselben Zeit) unter kommunistischer Führung:

Spitzenlöhne vor dem Streik 37 000 Mark.
Spitzenlöhne nach dem Streik 281 000 Mark.

Und nun entscheide:

Auf der einen Seite Völkische bis Sozialdemokraten: große Worte und dahinter Arbeiterverrat und Arbeiterknechtung.

Auf der anderen Seite die Kommunistische Partei Deutschlands ohne Phrasen und Versprechungen, aber erprobt und gestählt im Kampf für Arbeiterrecht und Freiheit.

Auf zum Kampf, der uns heute an die Wahlurne, morgen auf die Barricade führt. Jeder Schritt vorwärts ist ein Sieg, eine Gewißheit mehr, daß unsere Kinder einst glücklicher werden als wir!

Landarbeiterin,
wähle am 4. Mai die Liste der Kommunisten!

Pächter- und Kleinbauernverband und der Kommunismus

Nachstehende beachtenswerte Ausführungen entnehmen wir dem „Landpächter" Nr. 4, Verbandsorgan der badischen Pächter und Kleinbauern.

Durch die wiederholten Angriffe, die teils durch öffentliche Zeitungsartikel, aber noch viel mehr durch dunkle Hintermänner gegen den badischen Pächterverband, resp. seine Führer wegen kommunistischer Treiberei erfolgt sind, fühle ich mich als verantwortlicher Führer verpflichtet, unseren Mitgliedern das Nachstehende zur Kenntnis zu unterbreiten. Alle unsere Handlungen, welche wir bis jetzt unternommen haben, stützen sich auf unsere Statuten und auf die einstimmig gefaßten Beschlüsse bei unseren Ortsgruppen-Vorstandsversammlungen.

An diese uns vorgeschriebenen Richtlinien haben wir uns gehalten. Eine unserer ersten Arbeiten war: daß wir uns am 27. September 1923 in einem Rundschreiben an die in Frage kommenden Parteien gewendet haben, und zwar: an die Zentrumspartei, Geschäftsstelle Freiburg, an die Deutsche Demokratische Partei, ebenfalls an die Sozialdemokratische Partei, Geschäftsstelle Freiburg. Die Kommunistische Partei war uns damals noch nicht bekannt. In dem Rundschreiben haben wir unsere Ziele genau beschrieben und im Schlußsatz die folgenden Fragen gestellt: Wir gestatten uns, Ihnen beiliegend ein Programm zur gefl. Einsichtnahme zu überreichen und stellen statutengemäß die höflichen Anfrage:

1. **Wären Sie in der Lage, unsere Bestrebungen durch Ihre Partei in den Parlamenten zu vertreten?**
2. **Sind Sie bereit, unserer Mitgliederzahl entsprechend, Vertreter aus unseren Reihen in Ihre künftigen Wahllisten an aussichtsreicher Stelle aufzunehmen? Ihrer gefl. Rückäußerung usw.**

Nun frage ich, was haben diese Parteien für den badischen Pächterverband bis jetzt übrig gehabt? Welche Partei hat uns in dem schweren Pachtkampf, welchen wir im letzten Jahr geführt haben, unterstützt? Wo war die Hilfe dieser Parteien, nachdem alle unsere Gesuche, die wir dutzendweise an alle in Frage kommenden Behörden, bis hinaus an die Reichsregierung richteten, abgelehnt wurden? Bedauerlicherweise müssen wir das Gegenteil feststellen, statt die erhoffte Hilfe wurden wir bekämpft, zum erstenmal im Juni vorigen Jahres in dem von uns geführten Milchpreiskampf, wo wir Verbilligung der Heugrasspreise verlangten durch die sozialdemokratische Presse. Wo haben wir eine Hilfe vom Zentrum zu erhoffen? Ganz abgesehen von den gemeinen Angriffen, die in der letzten Zeit gegen uns geführt wurden, verweisen wir auf die Berichte in der „Freiburger Tagespost", nach welchen die Pachten für das Jahr 1924 bedeutend erhöht werden sollen. Oder welche Partei hat uns bis jetzt im Badischen Landtag vertreten, oder unsere Gesuche unterstützt? Der einzige, den wir zu verzeichnen haben, ist der Landtagsabgeordnete Gäßler (KPD., die Redaktion), der in der Landtagssitzung vom 18. Mai für uns eingetreten ist und welchem wir auch zu verdanken haben, daß der Badische Landtag die badische Landwirtschaftskammer beauftragte, die Pachtforderungen einer Neuprüfung zu unterziehen. Das Resultat ist unseren Kollegen bekannt. Der Verlauf der damaligen Pachtverhandlungen hat uns genau vor Augen geführt, daß von den 30 anwesenden Herren, Vertretern des Staates, der Kirche, des Großgrundbesitzes, nicht ein einziger darunter war, welcher für die Pächter etwas übrig gehabt hatte. Das Resultat zeigte sich dann wenige Tage vor Martini; statt einer Pachterleichterung, kam von Karlsruhe ein Diktat, daß die vorjährige Pacht zu verdoppeln wäre.

Durch die großkapitalistische Geldentwertung wurde das deutsche Volk in zwei Klassen geteilt, es sind die Armen und die Reichen! In der rücksichtslosesten Weise wurden wir Pächter und Kleinbauern im letzten Jahr durch allerlei Steuern, Umlagen und Pachten bis auf den letzten Pfennig ausgesaugt. In dieser unserer furchtbaren Lage fand die „Freiburger Tagespost" noch den Mut, uns Pächterlandwirte gegenüber den Verpächtern als die wirtschaftlich Bessergestellten zu kennzeichnen. Dem Zentrum genügt es also noch lange nicht, daß den badischen Großgrundbesitzern, den Kirchen, dem Staat den Stiftungsverwaltungen während des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der gesamte Grundbesitz erhalten blieb, sondern es verlangt von uns, daß für diese oft sehr fragwürdigen Besitzungen unerschwingliche Pachten bezahlt werden müssen. Die neuesten Forderungen der Großagrarier sind, daß die Nutznießer, also die Pächter und Kleinbauern, neben der Pacht nach dem preußischen Muster die sämtlichen Steuern und Lasten zu tragen haben.

Es werden zurzeit Pachtverträge von ehemaligen Baulpekulationsobjekten den Pächtern vorgelegt, nach welchen dieselben außer einer unsinnigen Pachtsumme die sämtlichen steuerlichen Lasten zu tragen haben.

Nachdem bei den bisherigen offenen und versteckten Angriffen gegen meine Person in Verbindung meiner Delegationsreise nach Moskau unseren Mitgliedern immer wieder der russische Kommunistenteufel an die Wand gemalt wird, sehe ich mich dazu genötigt, diesen Hetzern einmal zu sagen, wie derselbe in Wirklichkeit aussieht.

Mit einem gewissen Neid vernahmen wir aus den Ausführungen der dortigen Bauern, wie glücklich sie heute gegen früher sind. Der Grund und Boden, der ihnen in jedem beliebigen Ausmaße vom Staat zugewiesen ist, kann ihnen niemand mehr entziehen. Aus einer Tabelle, nach welcher die landwirtschaftlichen Steuern geselich geregelt sind, entnehmen wir einen kleinen Auszug, um einen Vergleich anzuführen, was der russische Bauer jährlich an staatlichen Abgaben zu bezahlen hat:

pro Hektar Feld, ohne Vieh, bei einem Ernteerträgnis von 15 Zentner Korn = 2,25 Mk.
pro Hektar Feld, mit 2 Stück Vieh, bei einem Ernteerträgnis von 15 Zentner Korn = 4,25 Mk.
pro Hektar Feld, mit 4 Stück Vieh, bei einem Ernteerträgnis von 15 Zentner Korn = 5,20 Mk.
pro Hektar Feld, ohne Vieh, bei einem Ernteerträgnis von 30 Zentner Korn = 10,10 Mk.
pro Hektar Feld, mit 2 Stück Vieh, bei einem Ernteerträgnis von 30 Zentner Korn = 12,20 Mk.
pro Hektar Feld, mit 4 Stück Vieh, bei einem Ernteerträgnis von 30 Zentner Korn = 14,00 Mk.

Bei größerer Anbaufläche und größerem Viehbestand erhöht sich die Pacht in prozentualer Weise. Außer dieser landwirtschaftlichen Einheitssteuer haben die russischen Bauern keine Abgaben.

Als guter Katholik interessierte ich mich ganz besonders über die religiösen Verhältnisse. Zu meinem Erstaunen muß ich feststellen, daß die in Moskau bestehenden 1600 Kirchen durch die Revolution nicht im gezingsten in Mitleidenschaft gezogen sind. Nach meiner persönlichen Ueberzeugung ist der Gold- und Silberschmuck der dortigen Gotteshäuser nach unseren Begriffen geradezu pompös. Die Gottesdienste werden in der feierlichsten Weise abgehalten. Die Gläubigen, mit ihrem tief religiösen Empfinden, werden weder in den Straßen noch viel weniger in den Kirchen von irgend jemand belästigt.

Das sind die kurz zusammengedrängten Worte, welche ich allen den Hetzbrüdern entgegenhalten möchte, welche mich wegen meiner Rußlandreise in den Kot ziehen wollen, welche mir vorwerfen, ich wäre reise- oder landtagsflüchtig; welche unseren Mitgliedern vorrechnen, wieviel Milchtäge jede Ortsgruppe für die Monatsbeiträge jährlich kaufen kann.

Der Vorstand: Richard Bürgl.

Siedlungsschwindel

Der „Brandenburgische Landbund" fühlt sich berufen, für die aus Polen vertriebenen Ostmärker eine Lanze zu brechen. Nachdem er zahlenmäßig bewiesen hat, wie wenig von diesen aus Polen Ausgewiesenen angesiedelt sind, rückt er mit Vorschlägen heraus, welche im Februar 1923 dem Landwirtschaftsministerium gemacht wurden. Der erste Vorschlag heißt:

„Die Siedlung durch Domänenpächter, die freiwillig auf die Pacht der gesamten Domäne verzichten sollten, unter der Bedingung, daß ihnen ein Restgut zu Eigentum überlassen werde."

Auch aus der Not der aus Polen Vertriebenen wollen die Junker ein Geschäft machen. Der Teil dieser Domänen, der an die aus Polen Vertriebenen zu Siedlungszwecken abgegeben würde, würde dann sehr klein ausfallen. Dafür werden die landbündlerischen Regierungsvertreter und Sachverständigen schon sorgen. Das Restgut, das als Entschädigung den Domänenpächtern zufällt, würde sicher der größere Teil sein.

Der zweite Vorschlag geht dahin, daß die Siedlung vom Großgrundbesitz selbst durchgeführt werden soll. Der Großgrundbesitz nimmt diese Siedlung nicht in die Hand, um wirklich zu siedeln, sondern um die Siedlung zu sabotieren. Daß dies so ist, bestätigt der „Pommersche Landbund" in Nr. 14. Er schreibt unter „Folgen der Siedlung":

„Das dem Fürsten von Hohenzollern gehörige Gut Manow im Kreise Köslin mußte zur Siedlung abgegeben werden. Die Siedlung ist teilweise durchgeführt. Ein Teil ist als Restgut abgegeben worden. Von den übrigen Teilen sind bisher einige Stellen abgegeben worden. Den Arbeitern des Gutes ist in folgendermaßen ergangen: Drei Arbeiterfamilien wurden als Pächter mit hohen Pachtsätzen eingesetzt, dafür ist neun Familien gekündigt. Sie sind heute brotlos. Das sind die Segnungen der Siedlung für unsere pommerschen Landarbeiter."

Diese unrichtige und demagogische Darstellung des „Pommerschen Landbundes" beweist, daß man den Siedlungsgedanken mit allen Mitteln zu Leibe gehen will.

Verminderter Getreideanbau — trotzdem Ausfuhr

Von seiten des Reichsernährungsministeriums ist ein größeres Kontingent Hafer zur Ausfuhr freigegeben. Die Freigabe erfolgt nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall. Die Ausfuhrfreigabe erfolgt folgendermaßen: die Anträge sind an das Reichsernährungsministerium einzureichen. Die Genehmigung erfolgt dann, wenn der Antragsteller innerhalb 14 Tagen den Nachweis erbringt, daß er die zur Ausgabe freigegebenen Mengen tatsächlich fest ins Ausland verkauft hat. Diese Bedingungen hat das Reichsernährungsministerium deshalb gestellt, weil es nur ein bestimmtes Kontingent Hafer für die Ausfuhr zulassen wollte, und weil es nur auf diesem Wege die Kontrollmöglichkeit sieht, ob und wann das Kontingent erschöpft ist.

Die Haferpreise, die gegen Ende März 106 Mark für 1000 Kilogramm im Inland waren, sind im Ausland zu derselben Zeit 156 Mark pro 1000 Kilogramm, so daß den ausführenden Firmen hohe Gewinne bei der Ausfuhr zufließen. Der kleine Landwirt kommt als Exportierender nicht in Frage. Exportierer können nur die Getreidegroßhändler und die Landbundgenossenschaften sein. Diese erzielen auch die aus den Preisdifferenzen ersichtlichen hohen Exportgewinne. Die kleinen Landwirte haben an diesen Gewinnen keinen Teil.

Die Ausfuhr des inländischen Hafers bedeutet kleinere Mengen auf dem Inlandsmarkte und wird eine Verteuerung nach sich ziehen. Die Großagrarier und Großhändler werden jedesmal international, wenn es sich darum handelt, hohe Gewinne zu erzielen. Um so lauter führen sie nachher nationale Phrasen, um ihr patriotisches Geschäftsgebaren nicht auffallen zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0008

Halle und Saalkreis

Alle Räder stehen still...

Am 1. Mai hat die Arbeit in allen Werkstätten unbedingt zu ruhen. Das Gewerkschaftskartell veranstaltet am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark" in allen Räumen große Demonstrationsversammlungen! Kein Arbeiter darf in diesen Versammlungen fehlen. Große Verbände, wie die Metallarbeiter, haben bereits in ihren Versammlungen beschlossen, daß am 1. Mai jede Arbeit zu ruhen hat. Kollegen! Schließt Euch überall diesen Beschlüssen an. Zeigt der bürgerlichen Gesellschaft an diesem Tage, daß Ihr nicht mit Euch spielen laßt. Zeigt ihnen schon am 1. Mai, daß die Arbeiterschaft auch am 11. Mai der faszistischen Gesellschaft geschlossen gegenübertreten wird.

Am Nachmittag des 1. Mai findet im „Volkspark" um 4 Uhr ein großes Konzert statt. Die Abendveranstaltung besteht aus Gesang des Arbeitersängerchors, Rezitation der Kulturvereinigung, und der Mairede des Genossen Schumann.

Die Maikarten, die zum Besuch aller Veranstaltungen berechtigt, sind zum Preise von 30 Pfennig noch im Arbeitersekretariat zu haben. Ebenso können die Karten noch im 1. Mai an den Eingängen des „Volkspark" in Empfang genommen werden.

Ortsausschuß des ADGB. Halle.

Zu den Wahlen am 4. Mai

Aus dem Wahlbureau wird uns geschrieben:

In der Sitzung des Preußischen Landtags vom 24. April ist der Antrag, die Stadtverordnetenwahlen zu verschieben, zurückgezogen worden. Es finden die Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen zusammen am 4. Mai von 8 bis 5 Uhr statt. Für die Reichstagswahlen ist ein Einheitsstimmzettel von der Regierung festgesetzt, für die Stadtverordnetenwahlen haben die Parteien die Stimmzettel zu besorgen. In dem Einheitsstimmzettel wird der Wahlvorschlag, dem der Wähler seine Stimme geben will, durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise bezeichnet. Die Stimmzettel werden sodann in die amtlichen Umschläge, welche für die Stadtverordnetenwahlen in hellgrüner Farbe mit dem Aufdruck „Gemeindewahl", für die Reichstagswahlen in blauer Farbe hergestellt sind, eingelegt und dem Wahlvorsteher gleichzeitig abgegeben. Es ist zweckmäßig, wenn die Wähler einen farbigen oder einen Bleistift bei sich haben, um bequem in dem Stimmzettel für die Reichstagswahl die Einzeichnung machen zu können. In den Stunden bis 2 Uhr pflegt der Wahlandrang am geringsten zu sein, es empfiehlt sich, diese Zeit zu benutzen.

Den Deutschvölkischen zur Antwort

Der Wahlkampf läßt die sonderbarsten Blüten treiben. Alle Parteien buhlen um die Stimmen der Arbeiterschaft. Alle Parteien behaupten von sich, schon immer die Interessen der Arbeiter vertreten zu haben, die wahren Arbeitervertreter zu sein. Am tollsten treiben es die Deutschvölkischen, die sich als eine Partei ausgeben, die nur die Interessen der schaffenden Bevölkerung vertritt.

Die Kommunisten sind den Deutschvölkischen überall, wo es möglich war, entgegengetreten, und haben die demagogischen Mäschen dieser Volksbeglücker in das rechte Licht gerückt. Manch ihrer Anhänger ist dadurch nachdenklich geworden. Unter den ganz konkreten Fragen und Ausführungen der Kommunisten schwand der Nimbus der deutschvölkischen Führer dahin. Es ist auch zu beschämend, wenn die deutschvölkischen Kandidaten jetzt selbst zugeben müssen, daß sie den Versailler Vertrag erfüllen müssen, sich also zur Erfüllungspolitik bekennen, wegen der Ertzberger und Rathenau von Kreisen, die den Deutschvölkischen sehr nahe stehen, ermordet wurden.

Die Parole: „Zerreißung des Versailler Vertrages, Marsch über den Rhein", können die Deutschvölkischen nicht mehr gebrauchen, da sie sie ja nicht verwirklichen können. Man muß also, um den Einfluß der Kommunisten zurückdämmen zu können, neue, zugkräftige Wahlschlagworte suchen. Und Herr Chwatal, Spitzenkandidat der Deutschvölkischen Freiheitspartei, hat eine neue Tatsache entdeckt, die die Kommunisten politisch totschlagen soll, nämlich: Kommunisten arbeiten für die Gegner Deutschlands, mit anderen Worten: sie stehen im Dienste des Auslandes.

So hat Herr Chwatal im „Völkischen Morgen" Genossen Urban aufgefordert, in eine öffentliche Aussprache einzutreten, in der er den Nachweis erbringen wird, daß Urban für das Ausland arbeitet und in der von uns Kommunisten der Nachweis erbracht werden soll, daß die Deutschvölkischen Arbeiterverräter sind. Man muß sagen, Herr Chwatal versteht es sehr gut, die nationalistischen Instinkte aufzuwühlen, aber er sollte doch etwas vorsichtiger sein, denn zwischen den Worten und Taten der Deutschvölkischen klafft ein so großer Widerspruch, das selbst ein Blinder darauf aufmerksam wird. Einige Beispiele:

Die Deutschvölkischen treten für den Achtstundentag ein, solange der Mehrwert der Arbeit der Entente zufließt, behaupten sie.

Der Inhaber der Schuhfabrik Ludwig in Vieselbach bei Erfurt ist deutschvölkisch. Bei ihm werden nur Deutschvölkische beschäftigt. Arbeitszeit beginnt morgens um 5 Uhr und endet abends 10 Uhr.

Also zweimal acht Stunden am Tag.

Die Völkischen verlangen die Beseitigung der Zinsknechtschaft.

In Nr. 60 der „Großdeutschen Zeitung" vom 8. April steht folgendes Inserat:

Durch stille Beteiligung mit 5000 Goldmark erzielen Sie monatlich 200 Goldmark Gewinnanteil. Gefl. Angebote von Selbstgebern, welche den Betrag sofort zur Verfügung stellen können usw.

200 Goldmark monatlich sind aber 25 Prozent Zinsen.

In der Nr. 61 vom 9. April 1924 lesen wir:

Kredit oder stiller Teilhaber mit etwa 5000 Goldmark bei guter Verzinsung von gut gehender ausbaufähiger völkischer Firma zur Geschäftsvergrößerung gesucht. Briefe unter 5007 an die „Großdeutsche Zeitung".

Diese Inseratenbeispiele können wir noch eine ganze Weile fortsetzen. So sieht die Brechung der Zinsknechtschaft aus. Vielleicht hat sich Herr Chwatal auch schon einmal darüber Gedanken gemacht, warum in der „Großdeutschen Zeitung" mit aller Genauigkeit der Kurszettel der „jüdischen" Börse erscheint?

Die Völkischen sind gegen die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens. Nun haben aber die Ministerpräsidenten von Thüringen und Mecklenburg — in beiden Staaten können die Regierungen nur von der Gnade der Deutschvölkischen leben — dem Sachverständigen-Gutachten in der Ministerkonferenz zugestimmt. Was haben die Deutschvölkischen dagegen getan? Sie haben Theaterdonner gemacht. Sie haben versucht, den Minister Brandenstein durch riefbschreibereien zu einer Erklärung zu nötigen, obgleich sie ebenso wie wir genau wissen, daß der mecklenburgische Ministerpräsident dem Sachverständigen-Gutachten zugestimmt hat.

Die Deutschvölkischen erstreben die Volksgemeinschaft.

Die Arbeitslosen sind gewiß die bedauernswertesten Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, denen geholfen werden muß. Im Leipziger Stadtparlament haben die Deutschvölkischen einen Antrag der Kommunisten auf eine besondere Zuwendung an die Erwerbslosen gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten abgelehnt.

Diese wenigen Beispiele zeigen zur Genüge, daß die Kommunisten mit ihrer Behauptung, die Deutschvölkischen sind Betrüger der Arbeiterschaft und daß der Arbeiter, der den Deutschvölkischen nachläuft, sich selbst betrügt, vollkommen recht haben.

Selbstverständlich sind wir jederzeit zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit Herrn Chwatal bereit. Wir fordern ihn und die Deutschvölkische Freiheitspartei auf, wenn es ihnen ernst mit ihren Worten ist, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der uns unbeschränkte Redezeit zugesichert wird und wo wir die von Herrn Chwatal angezogenen Fragen beantworten können. Die Versammlung müßte noch vor den Wahlen und vor einer möglichst großen Zuhörerschaft stattfinden, wenn Herr Chwatal nicht in den Verdacht kommen will, mit seiner Aufforderung nur elendeste Wahldemagogie zu betreiben.

Hans Urban.

Am 4. Mai ist Zahltag!

Die letzte Sitzung der alten Stadtverordneten-Versammlung?

Die gestrige Sitzung sollte die letzte der alten Stadtverordneten-Versammlung sein. Ob sie es ist, steht heute noch nicht fest. Aber noch einmal ist der arbeitenden Bevölkerung vor der Wahl von diesen alten gerissenen Nurparalmentariern die Notwendigkeit eingehämmert worden, dafür zu sorgen, daß das neue Parlament ein neues Gesicht und neuen Geist bekommt, daß alle Leute, die unter den Bedrückungen der kapitalistischen Klasse leiden und rücksichtslos ausgebeutet werden, kommunistisch wählen müssen. Die letzten vier Jahre Gemeinde„politik", die so „segensreich" für die besitzende Klasse durch die Politik der Vertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien war, und die keine Rücksicht auf die Notlage der darbenden Bevölkerung nahm, sollte am 4. Mai keine Schwankungen innerhalb der vom Kapital abhängigen und unterdrückten Schichten verursachen. Es ist nicht anzunehmen, daß die arbeitende Bevölkerung am 4. Mai vergißt, wie die Bürgerlichen die Interessen ihrer Klasse wahrgenommen haben und dabei in allen entscheidenden Fragen von den Sozialdemokraten unterstützt worden sind.

Die Bürgerlichen sind ihrem alten Grundsatz: für die Kapitalisten alles, für die Arbeiter nichts!, bis zum letzten Atemzuge treu geblieben. Die Sozialdemokraten unterschieden sich von den Bürgerlichen nur durch den radikalen Ton, den sie manchmal gebrauchten. Im Grunde waren sie sich mit den Bürgerlichen immer einig. Nun werden diese „Politiker" bald der Ahnengalerie als „würdige Vertreter der Allgemeinheit" angehören. Denn die meisten von ihnen werden abgehaut und nicht in das Stadtparlament wieder einrücken.

Der Magistrat hätte gestern gern gesehen, daß der Hausbaltplan noch von der alten Stadtverordneten-Versammlung verabschiedet worden wäre. Die bürgerlichen Stadtverordneten waren auch bereit, dem Magistrat zu helfen. Allein die Kommunisten argumentierten für eine Ablehnung der Beratung des Etats so gut, daß selbst die sonst dem Magistrat so gefügigen und mit den bürgerlichen Parteien eng koalierten Sozialdemokraten für die Ablehnung der Beratung des Etats stimmten. Der Magistrat aber will, wie er am Schlusse der Sitzung erklären ließ, sich mit dieser Abstimmung nicht zufrieden geben, sondern erneut den Antrag an die alte Stadtverordneten-Versammlung stellen, den Etat noch zu verabschieden bevor ihm die Vollmacht zu erteilen, die „notwendigen" Ausgaben und Zahlungen zu leisten.

Im übrigen endete die gestrige Sitzung wieder einmal mit einem größeren Krach. Der deutschvölkische Kreisschulrat Busse glaubte die Arbeiterschaft in der unerhörtesten Weise beleidigen und beschimpfen zu können. Genosse Jlgenstein hatte nämlich bei der Anfrage an den Magistrat über die Freigabe von Schulen als Massenquartiere für den völkischen Aufmarsch am 11. Mai die sachliche Feststellung gemacht, daß diese Leute das Entgegenkommen der Stadt mißbraucht und immer wie die Vandalen gehaust hätten. Mit übergeschnappter Stimme redete dieser deutschvölkische Pädagoge davon, daß die Arbeiter diesen nationalen Leuten nicht einmal das Wasser reichen könnten. Diese Worte lösten einen ungeheuren Entrüstungssturm bei den Kommunisten und auch auf den Tribünen aus, der mehrere Minuten anhielt. Herr Keil, der „demokratische" Vorsteher griff sofort ein und ließ die Tribünen räumen.

Die dringlichen Anträge kamen nicht mehr zur Beratung, weil Bürgermeister Seydel über die Nichtberatung des Etats so verärgert war, daß er die Anerkennung der Dringlichkeit ablehnte, u. a. sogar bei den Forderungen der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen sollten diesem Herrn, der Tausende von Erwerbslosen hungern läßt, nur weil ihm gestern die Stadtverordneten-Versammlung nicht zu Willen war, einmal eine Deputation in sein behagliches Arbeitszimmer schicken, die ihm klar machen sollte, daß gegen die Not der Erwerbslosen etwas getan werden muß. Allerdings ist hierbei zu entschuldigen, daß Herr Seydel noch ni die Not kennen gelernt hat und nicht weiß, wie es einem zu Mute ist, wenn der Magen immer mehr zusammen schrumpft.

Die Wahlen am Sonntag, dem 4. Mai, müssen für die bürgerliche Klasse und ihre Handlanger, die Sozialdemokraten, eine fühlbare Abrechnung sein. **Werktätiges Volk, wählt darum die Liste der Kommunistischen Partei.**

*

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsteher dem jetzt verstorbenen Universitätsdirektor von Stern einige ehrende Worte. Unter den Eingängen wurde ein Antrag der Erwerbslosen bekanntgegeben, in dem eine Reihe von Forderungen zur Linderung der ungeheuren Not der Erwerbslosen an den Magistrat gestellt werden.

Die Satzung für das Arbeits- und Berufsamt sowie die Wahl von zwei Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung in den Ausschuß wurden ohne Aussprache angenommen. — Bei der Vorlage über Verkäufe von Baustellen betonte Genosse Weber, daß die kommunistische Fraktion grundsätzlich gegen jeden Verkauf städtischen Geländes an Private sei. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß nicht nur nicht städtisches Gelände verkauft werden dürfe, sondern, daß die Stadt den städtischen Grundbesitz vermehren müsse. Die grundsatzlosen Sozialdemokraten aber sorgen durch Abkommandierung einiger Stadtverordneter dafür, daß Privatleuten das städtische Gelände zugeschachert wurde. Bei der einen Vorlage waren es die beiden Angestellten beim Magistrat, der Feuerwehrmann Ziem und der „Oberaufseher" bei der Quäkerspeisung Gerig; bei der anderen Vorlage gesellte sich zu diesen beiden Mamelucken noch der ehemalige „Revolutionär", der Reichstagsabgeordnete Albrecht hinzu. — Eine längere Aussprache wurde um die Einräumung von Vorkaufsrechten geführt. Denjenigen Wohnungsinteressenten, die eine Baukostenbeihilfe zum Bau eines Einfamilienhauses in Höhe eines Drittels der Baukosten gelestet haben, soll ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Gegen dieses Vorkaufsrecht wandte sich Genosse Jlgenstein. Er wies darauf hin, daß nach den Ausführungen des Dezernenten nur leistungsfähige dringliche Wohnungsuchende in Frage kommen. Jeden Tag lasse sich aber feststellen, daß alle mit „Dringlich wohnungsbedürftig" bezeichneten Einwohner nicht leistungsfähig, also mit Barmitteln in der erforderlichen Höhe (2000 bis 10 000 Mark) nicht versehen seien. Es sei zu befürchten, daß das 20jährige, veräußerliche Wohnungsrecht der Wohnungsschiebung Tür und Tor öffne, wenn der Stadt nicht auch das Wohnungsrückkaufsrecht gesichert werde. Das Vorkaufsrecht für den Zuschußgeber innerhalb 50 Jahren könne dadurch auch derjenige erwerben, der die Notlage des Mieters (der nicht mehr in der Lage ist, seine Miete in diesen Häusern zu zahlen) sich zunutze machen und diesem das Wohnungsrecht abkaufen. Er sieht in dieser Vorlage keine Hilfe für die minderbemittelten Wohnungsbedürftigen, sondern eine bewußte Begünstigung der besitzenden Kreise. Auch die Sozialdemokraten wandten sich gegen das Vorkaufsrecht. Die Abstimmung aber zeigte, daß das nur Komödie war. **Der Sozialdemokrat Dürrfeld stimmte mit den Bürgerlichen und die übrigen Sozialdemokraten blieben sitzen, als gegen die Vorlage abgestimmt wurde.** — Dem Landaustausch im Osten wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen zugestimmt.

Bei der Vorlage über die Gehaltsregulierung, der städtischen Beamten, Angestellten, der Lehrpersonen an den höheren und Fachschulen, den Theatergestellten sowie den städtischen Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. April 1924 ab dieselben Bezüge wie beim Reich und Staat zu zahlen, bedauerte Genosse Günther, daß den städtischen Beamten und Angestellten nicht schon früher die Bezüge erhöht worden sind. Er war der Auffassung, daß diese Vorlage sehr nach einer Wahlmache aussehe, wenn gerade jetzt der Magistrat mit dieser Vorlage herauskomme. Der Magistrat aber solle noch einen Schritt weiter gehen und auch die **Angestellten und Arbeiter in den städtischen Betrieben und in der Verwaltung besser stellen.** Heute müßten diese Leute bei Hungerlöhnen 9, 10, 12 und noch mehr Stunden arbeiten. Das Abbau- und Antreibersystem werde in der rücksichtslosesten Weise durchgeführt und führe dazu, daß das Leben der Arbeiter und Angestellten gefährdet werde. Bei der Strafenbahn habe man bereits 9½ Stunden tägliche Arbeitszeit durchgeführt. Bei der Einstellung berücksichtige man auch nicht die alten eingearbeiteten Arbeiter, wahrscheinlich wolle man diese alten Arbeiter nicht wieder haben, die vielleicht einmal dem Magistrat die Meinung gesagt haben. Bei dem Stadtbad führe man dieses System bereits durch, wo der Obmann des Betriebsrats nicht wieder eingestellt werde. Das Magistratsmitglied Beithusen redete aus Verlegenheit um die scharfen und beweisgeführten Angriffe des Genossen Günther herum. Als Günther noch einmal seine Angaben über die Arbeitszeitverlängerung in den städtischen Betrieben und bei der Verwaltung genauer belegt, schweigt sich der Magistratsvertreter Beithusen aus. Er bestätigte damit, daß die Angaben stimmen. — Dem Wohnungsbau an der Artilleriestraße, der Fluchtlinienänderung in der Wittekindstraße und der Aenderung des nördlichen Bebauungsplanes wurde ohne Aussprache zugestimmt. Einer Reihe von Rechnungsentlastungen wurde ebenfalls zugestimmt. — Gegen das Gesuch einiger Eltern zur Errichtung einer zweiten Untertertia an der Studienanstalt wandte sich Genosse Jlgenstein, da diese Klasse nur wenigen begüterten Familien zugute kommt. In diesem Zusammenhang stellt Jlgenstein an den Magistrat die Anfrage, ob es wahr sei,

daß am 11. Mai die städtischen Turnhallen für die auswärtigen Kampfverbände der faszistischen Organisationen als Nachtquartier zur Verfügung gestellt worden sind.

Jlgenstein weist hierbei darauf hin, daß **die Stadt bisher mit den Leuten aus diesen Kreisen recht bittere Erfahrungen gemacht** und schwere Unkosten durch **Beschädigungen der sachlichen Einrichtungen** gehabt habe. Dem deutschvölkischen Kreisschulrat Busse waren diese Feststellungen über das Gebaren der teutschen Jünglinge recht unangenehm. Er versuchte das deutschvölkische Rowdytum mit einer ganz blöden Bemerkung abzutun. Busse warf sich in die Brust und stammelte, daß die Arbeiter diesen Leuten nicht einmal das Wasser reichen könnten. Auf diese Worte hin erhob sich ein ungeheurer Entrüstungssturm bei den Kommunisten und auf den Tribünen. Die erregten Zwischenrufe zwangen den deutschvölkischen Kreisschulrat zu schweigen, der in verlegener Angst auf seinen Stuhl sank und wie versteinert dasaß. Zum letzten Male waltete der „demokratische" Vorsteher Keil seines Amtes und ließ ob der vielen unangenehmen Zwischenrufe die Tribünen räumen.

Dann wurden die dringlichen Anträge beraten. Genosse Günther stellte den Antrag, die Forderungen der Erwerbslosen als dringlichen Antrag zu behandeln. Unter stürmischem Protest erklärte Bürgermeister Seydel, daß der Magistrat die Dringlichkeit ablehne. Ein weiterer dringlicher Antrag,

der Arbeiterschaft zu dem Allgemeinen Arbeitertag am 11. Mai die Hälfte der städtischen Schulen als Massenquartiere zur Verfügung zu stellen

kam durch die Sabotage der Bürgerlichen nicht zur Entscheidung. Der deutschnationale Agrarprofessor Steinbrück stellte den Antrag auf zweite Lesung, da feststand, daß dieser Antrag durch die gestrige linke Mehrheit angenommen worden wäre.

Zum Schluß wurde noch eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die Beratung des Haushaltplanes geführt. Unsere Genossen betonten, daß sie sich nicht an der Beratung des Etats beteiligen werden, da dies Sache der neuen Stadtverordneten-Versammlung sei, der man nicht die Hände im voraus binden könne. Die Sozialdemokraten schlossen sich dieser Auffassung an. Darauf wurde der Antrag der Kommunisten, die Beratung des Etats der neuen Stadtverordneten-Versammlung zu überlassen, angenommen.

Wählt Kommunisten!

Arbeitereltern!

Am 30. April beginnt wieder der Schulunterricht. Die reaktionären Lehrer verhetzen und beeinflussen Eure Kinder von neuem. Wollt Ihr dem tatenlos zusehen? Nein! Wollt Ihr, daß Eure Kinder zu Feinden der Arbeiterklasse werden, daß sie auf ihre Eltern und Brüder einst schießen werden? Nein, und abermals nein! Ihr wollt es nicht. Wo aber bleibt die Tat? Zeigt Euren Willen und festen Entschluß! Kein Arbeiterkind darf am 1. Mai die Schule besuchen. Es ist Pflicht jedes klassenbewußten Proletariers, daß er seine Kinder an diesem Tage nicht in die Schule gehen läßt. Schickt alle Eure Kinder in die Veranstaltungen der Kommunistischen Kindergruppe. Sorgt dafür, daß am 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, alle Kinder im „Volkspark" sind. Zur Kinderveranstaltung (Kasperletheater, Spiel und Unterhaltung) sind auch die Eltern eingeladen.

Es genügt, wenn die Eltern am 30. April dem Lehrer durch Zettel mitteilen, daß sie ihr Kind am 1. Mai schulfrei haben möchten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0009

Hakenkreuz oder Sowjetstern

Wie wichtig eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Gegner ist, das bewiesen gerade die letzten Tage des Wahlkampfes. Spitzt sich doch dieser immer schärfer zu einer Auseinandersetzung zwischen dem völkischen Nationalismus und dem revolutionären Marxismus zu. Darum ist es notwendig, daß jeder, der sich Klarheit verschaffen will, oder der agitatorisch tätig ist, den am Mittwochabend 7½ Uhr im „Volkspart" stattfindenden Vortrag über obiges Thema besucht.

Wir bringen nachstehend einige Bemerkungen der Casseler bürgerlichen Presse, die sie anläßlich des gleichen Vortrags im August vorigen Jahres machte:

„Casseler Tageblatt" (demokratisch): „... Schoenlank befleißigte sich, wie man zugeben muß, der größten Sachlichkeit und seine Ausführungen dürfen wohl als ein Beleg dafür gewertet werden, was der wertvollere Teil der Kommunisten erstrebt . . . Er rang mit allen Mitteln der Dialektik und mit Leidenschaft um die Seele dieses Mittelstandes, besonders um die Intellektuellen, ohne die die Kommunisten ihr Ziel nicht verwirklichen können. Es sei die Schicksalsfrage dieses Standes, ob er sich für schwarzweißrot unter dem Hakenkreuz oder für die Gemeinschaft der Werktätigen entscheiden würde . . ."

„Casseler Post" (deutschnational-völkisch): . . . Einen leidenschaftlichen Appell richtete der Redner an den „durch die Kapitalisten enterbten" Mittelstand. Er warb mit heißem Bemühen um die Seele des Intellektuellen, des Beamten, des Technikers, des Handwerkers und des kleinen Kaufmanns, die alle in Gefahr standen, ins Lumpenproletariat zu versinken, wenn sie nicht die Sache des „werktätigen Volkes" zu der ihren machten. Den Bankbeamten, den Gelehrten, Ingenieuren usw. wurden lockende Versprechungen gemacht, um auch diese letzten Stützen des Mittelstandes, auf denen unsere Staatsgewalt sich letzten Endes gründet, zu zerbrechen . . . Im übrigen aber stach die Rede Schoenlanks wohltuend von der Schablone kommunistischer Propagandareden ab, denn sie vermied die abgeklapperten Schlagwörter nahezu ganz und wußte bei aller Leidenschaftlichkeit Sachlichkeit zu wahren."

„Casseler Volksblatt" (sozialdemokratisch): . . . Für ihn gibt es nur zwei Wahlsteine. Die Sowjetstern, die Hakenkreuz! Was dazwischen ist, nennt er Korn . . . Natürlich prophezeite der Redner den nahen Untergang der Regierung Stresemann unter dem Angriff der Gegner. Schoenlank ist zuzubilligen, daß sein Referat Qualität hatte . . ."

Wahlpropaganda der Sozialdemokraten

Die VSPD. ist selbst zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie in ihren Versammlungen meistenteils vor leeren Stühlen predigt, selbst dann, wenn sie sich die größten Kanonen heranholt. Die VSPD. weiß auch, daß die deutschvölkischen ihren Anhang sich besonders aus den Reihen der VSPD. holten. Da sie die Deutschvölkischen in den Grundzügen der Wirtschaft und Politik nicht bekämpfen kann, denn beide wollen ja die kapitalistische Wirtschaft wiederaufbauen, so legt sie ihr Hauptgewicht bei der Bekämpfung der Völkischen auf die Rassentheorie und Rassenhetze.

Am Montagabend hatte der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" eine Versammlung nach dem „Neumarkt-Schützenhaus" einberufen, in der der sozialdemokratische Pastor Felden gegen den Antisemitismus sprach. Die Anti-Antisemiten wollen unter der Flagge der politischen Neutralität segeln. Ist auch das beste für die Sozialdemokraten. Nachdem einige Deutschvölkische ihren Verstand über politische und wirtschaftliche Dinge durch blödesten Antisemitismus nachgewiesen hatten, zeigte Genosse Urban, daß auch die Abwehr-Bewegung des Antisemitismus eine politische Bewegung ist, was ja auch der Referent durch die Behauptung, die Kommunisten wollen alles kaputschlagen, bewiesen hat. Nicht Kampf gegen das Judenkapital allein, sondern Kampf gegen den gesamten Kapitalismus muß die arbeitende Bevölkerung führen, um aus ihrem Elend herauszukommen.

*

Gummiknüppel, die Argumente der Hitler-Leute.

Ein Stoßtrupp von etwa 30 Hitler-Leuten versuchte, in den Saal einzudringen. Als ihnen der Zutritt verwehrt und sie aufgefordert wurden, den Eingang zum Saal freizumachen, zogen sie ihre Gummiknüppel und hieben auf den Saalschutz ein. Unter Zurücklassung eines Gummiknüppels und eines Stockes räumten sie dann das Haus.

Alle Ortsgruppen des Saalkreises

holen die Stimmzettel zur Gemeindewahl am Donnerstag, dem 1. Mai, vormittags von 9 bis 12 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Halle, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 5, ab. Eine Zusendung an die einzelnen Ortsgruppen kann nicht erfolgen.

Die Kreisleitung.

• **Die Sondernummer „Maifeier" der Zeitung „Das Wort"** kann infolge starker Inanspruchnahme der Druckerei mit Wahlarbeit erst morgen, Mittwoch, erscheinen. Der Verlag.

• **Alle Kommunisten der städtischen Betriebe Mittwoch, den 30. April, abends 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung.**

• **Kommunistische Jugend.** Alle älteren Genossen treffen sich am Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Alle Genossen beteiligen sich vollzählig an der Wahlpropaganda. Näheres durch die Zehnerführer. Gruppenabende finden in dieser Woche nicht statt.

• **Alle Teilnehmer des Russischen Sprachkursus** müssen sich zu einer wichtigen Besprechung am Freitag, dem 2. Mai, abends 7½ Uhr, in der Katholischen Volksschule einfinden. Der Donnerstag-Kursus wird infolge der Maifeier auf Mittwoch verlegt.

• **Verloren.** Am Sonnabendabend ist in der Linie 7 (Richtung Zoo) nach 12 Uhr eine Geldschein-Tasche mit 170 Mark Inhalt (Abrechnungsgelder) verloren gegangen. Gegen Belohnung im Verlag des Klassenkampf abzugeben.

Nietleben. Achtung, Bauarbeiter! Morgen, Mittwoch, abend 7½ Uhr, findet im Gasthof „Zur Sonne" in Nietleben eine öffentliche Bauarbeiterversammlung aller Kollegen von Nietleben und Ascherben statt. Kollegen, erscheint Mann für Mann, damit wir die Lage im Baugewerbe und die Vorgänge im Baugewerksbund besprechen können.

Ammendorf. Bergarbeiter, holt Euch den geraubten Achtstundentag zurück! Uns wird berichtet, daß man auf der Grube v. d. Heydt darangeht, jetzt Entlassungen in größerem Ausmaße vorzunehmen. Seit Anfang Januar sind die Bergarbeiter auf dem hiesigen Grubengebiet zur Zehnstundenschicht gepreßt worden. Rücksichtslos hat man ihnen den Achtstundentag im Interesse des kapitalistischen Profits geraubt. Damals drohte die Direktion, daß sie den Betrieb stillegen wird, wenn die Arbeiter ihre Bereiterklärung zur zehnstündigen Arbeitszeit nicht geben. Die damit erreichte Mehrarbeit soll nun durch weitere Maßnahmen an der Arbeiterschaft zur Auswirkung kommen. Durch Anschlag hat die Direktion bekanntgegeben, daß etwa 30 bis 50 Prozent, vor allen Dingen der im Abraum beschäftigten Arbeiter zur Entlassung gelangen sollen. Die Entlassungen sind nunmehr zur Tatsache gekommen. Der Anfang ist gemacht. Bald wird den übrigen ihr Schicksal erreichen. Auf die Vorstellung des Betriebsrates hin erklärte der Betriebsleiter Jaudtz: „Sie können ja machen, was Sie wollen, wir behaupten unseren Kopf." Bergarbeiter, merkt auf und begreift Eure Lage. Behauptet ebenfalls Euren Kopf. Verteidigt Eure Rechte. Findet Euch zusammen in geschlossener Kampffront. Trefft die Vorbereitungen zu Extem Kampf. Verhütet die Entlassungen. Rettet Euch vor der Arbeitslosigkeit und vor weiterem Hunger. Führt den Kampf um die Zurückeroberung des Achtstundentages und der verlorengegangenen Rechte. Verbindet Euch mit Euren Brüdern in Mitteldeutschland und im Reiche. Führt den Abwehrkampf! Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ammendorf. Zur Maifeier. Die Arbeiteretern, die ihre Kinder an der Maifeier teilnehmen lassen wollen, müssen dies dem Lehrer am Mittwoch mitteilen. Es genügt ein Zettel mit folgendem Inhalt: Ich bitte, meinen Sohn (Tochter) am 1. Mai vom Schulbesuch zu befreien.

Wahlversammlungen der KPD.

Heute abend 8 Uhr, im „Volkspart" spricht

Georg Schumann

für alle Erwerbstätigen u. Erwerbslosen

Thema:

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Mittwoch, den 30. April, abends 7½ Uhr, im „Volkspart":

Oeffentlicher Vortrag:

Hakenkreuz oder Sowjetstern!

Referent: Genosse **Reinhold Schoenlank.**

Donnerstag, 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Volkspart":

Große Mai-Kundgebung

Canena. Die Kommunisten haben das Vertrauen der Bevölkerung. Nachdem am Freitag eine von der Deutschnationalen Volkspartei einberufene Versammlung so kläglich für diese „Volkspartei" war, hatte die Kommunistische Partei am Sonntag eine öffentliche Versammlung einberufen. Sie war von über 500 Mann besucht. Der Referent, Genosse Richter aus Halle, setzte in zweistündiger Rede, daß die bisherige Politik der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie die Arbeiterschaft in das tiefste Elend hinabgestoßen hat, und daß es nur die Kommunisten gewesen sind, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrgenommen haben. Den von der Deutschnationalen Volkspartei Erschienenen, darunter auch der Direktor Blau, fielen die Worte des Genossen Richter so auf die Nerven, daß sie schon nach einstündiger Rede den Saal verließen. Sie hatten jedenfalls noch vom Freitag die Nase voll. Die noch anwesenden Gegner hatten nicht den Mut, sich in der Diskussion zu Worte zu melden. Die Arbeiterschaft von Canena wird am 4. Mai nur der Kommunistischen Partei ihre Stimme geben.

Mötzlich. Abrechnung mit den bürgerlichen Demagogen. Am Sonntag hielt die Deutschnationale Volkspartei in Mötzlich eine Wahlversammlung ab, in der ein Herr v. Lenz als Referent erschienen war. In längeren Ausführungen versuchte er, ausgehend vom Versailler Friedensvertrag, die Politik der Deutschnationalen Volkspartei zu verteidigen. Mit einigen belanglosen Redensarten trat er dann in seinen letzten Ausführungen auch für soziale Besserung für die Arbeiterschaft ein, hütete sich aber, auf das Erwerbslosenelend, auf den Achtstundentag, auf den Beamtenabbau und auf die Rentnerversorgung einzugehen. In der Diskussion trat ihm Genosse Hirschmann entgegen, der den Deutschnationalen ihre heuchlerische Maske vom Gesicht riß. Genosse Hirschmann holte in längeren Ausführungen alles nach, was der Referent vergessen hatte. Er formulierte die Aufgaben der KPD. und forderte die Anwesenden auf, am 4. Mai allen den Arbeiterverrätern die Quittung auszustellen und die Liste der Kommunistischen Partei zu wählen. Mit dem Gesange „Brüder zur Sonne zur Freiheit" verließen die anwesenden Arbeiter die Versammlung und ließen dann die Herren unter sich.

Gutenberg. Ein Reinfall der DVP. Am Sonnabend fand in Gutenberg eine deutschnationale Wählerversammlung statt, die von etwa 350 Personen besucht war. Als Referent war ein Freiherr v. Lenz erschienen. In seinen 2½stündigen Ausführungen behandelte er den Friedensvertrag von Versailles, die oberschlesische und die Ruhr-Frage, die Schwarze Schmach usw. Von der Innenpolitik kein Wort. Das paßte anscheinend nicht in seinen Kram. In der darauffolgenden Diskussion rechnete unser Genosse Schulze mit dieser Art „Arbeitervertreter" gründlich ab. Er beleuchtete die Politik der kommunistischen Reichstagsfraktion und unsere Stellung zum Parlament und wies auf die Vorkommnisse in Sachsen und Bayern hin. Nach 20 Minuten Redezeit wollte die Versammlungsleitung unserem Genossen das Wort entziehen, aber die Versammlung verlangte stürmisch, daß Schulze weiterredete. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte er sich dann in der Hauptsache mit der Politik der bürgerlichen Parteien. Nach dem Genossen Schulze sprach Genosse Würker sehr treffend zu den Frauen, bei denen er guten Anklang fand. In seinem Schlußwort provozierte der Referent die Versammlung derart, daß die Versammlungsteilnehmer nach einem Hoch auf die KPD. und nach Absingen der „Internationale" den Saal verließen. Nur eine Bauernmandel Kapitalsknechte blieb zurück. Die Gutenberger Arbeiterschaft weiß nun, wie sie zu wählen hat. Sie gibt am 4. Mai ihre Stimme **der Kommunistischen Partei!**

Petersberg. Militärische Uebungen. Am Sonntagvormittag zwischen 10 und 12 Uhr fand am Petersberg eine Felddienstübung des Wehrwolfs mit Totenkopf-Fahnen unter dem Oberkommando eines ehemaligen Offiziers statt. Es waren etwa 20 bis 30 Wehrwolfjünglinge daran beteiligt; außerdem standen in unmittelbarer Nähe etwa eine gleiche Anzahl Pferde, die ebenfalls bei der Felddienstübung verwendet wurden. Bei diesen Pferden lagerten grünuniformierte Gestalten. Unter Absingen eines Stahlhelmmarsches ging die Uebung vonstatten. Die ganze Uebung fand statt unter Aufsicht zweier bewaffneter Forstbeamten.

Aus der Provinz

Achtung, Stimmzettel für die Kommunalwahlen abholen!

Ab Donnerstag, den 1. Mai, müssen die Ortsgruppen die Listen zur Wahl der Gemeindevertreter mit dem Kennwort: „Liste der Kommunisten" oder „Kommunistische Partei Deutschlands" aufgestellt haben, die Stimmzettel bei ihren Kreisleitungen abholen. Ein Versand direkt an die Ortsgruppen findet nicht statt. Die Bezirksleitung gibt einheitliche Stimmzettel mit obigen Aufschriften in genügender Menge heraus. Stimmzettel mit anderen Aufschriften wie „Arbeiterblock", „Arbeiterliste" usw. werden von der Bezirksleitung nicht geliefert. Diesbezügliche Bestellungen sind der Produktiv-Genossenschaft zur Erledigung übergeben worden.

Alle Zuschriften in dieser Angelegenheit an die Bezirksleitung erledigen sich somit.

Bezirksleitung Halle-Merseburg.

An alle Kreis- und Arbeitsgebietsleiter!

Zur Wahl ist erforderlich, daß die in den einzelnen Kreisen resp. Arbeitsgebieten liegenden Ortschaften und Gutsbezirke sofort dem Bezirkswahlkomitee gemeldet werden. Die Angaben müssen unbedingt bis Freitag abend gemacht werden.

Die Bezirksleitung.

Der 4. Mai ist Zahltag!

Arbeiter, wählt kommunistisch!

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Maifestveranstaltung. Die Kommunistische Partei veranstaltet am Donnerstag, dem 1. Mai, eine Maifeier, wie sie das Proletariat in den früheren Jahren gefeiert hat. Vormittag 10 Uhr findet in der „Zunkenburg" große Maifestversammlung statt. Nachmittags 2 Uhr sammeln sich alle Freunde, jung und alt, auf dem Nulandtplatze zum Spaziergang mit Musik nach der Aue. Abends 7 Uhr ist in der „Funkenburg" große Abendunterhaltung, bei welcher alle Arbeiter-Sportvereine mitwirken. Die Maifestkarten, das Stück 50 Pf., für Jugendliche und Erwerbslose 25 Pf., sind bei allen Vertrauensleuten und in der Buchhandlung, Markt 7, zu haben.

Merseburg. Amtliche Wahlmitteilungen. Dem Wahlausschuß gehören an: Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Daniel; Stellvertreter: Stadtverordneter Krüger. Stadtverordneter Stiebritz Stellvertreter: Stadtverordneter Gollinger. Stadtverordneter Preßien; Stellvertreter: Stadtverordneter Dr. Heilmann. Stadtverordneter Selling; Stellvertreter: Stadtverordneter Richter. — Der Preußische Innenminister hat angeordnet, daß die Gemeinden, auch ohne übereinstimmenden Antrag aller Parteien, einen Einheitsstimmzettel für die Stadtverordnetenwahl einführen können. Wie wir hören, beabsichtigt der hiesige Magistrat, da für die Reichstagswahl der Einheitsstimmzettel vorgeschrieben ist, auch für die Stadtverordnetenwahl der Gleichmäßigkeit halber einen Einheitsstimmzettel vorzuschreiben. Die Stimmzettel erhält jeder Wähler nur im Wahllokal zugleich mit zwei verschiedenen Umschlägen.

Braunsdorf. Maifeier. Da die Maidemonstrationen unter freiem Himmel von den Sozialdemokraten Hörsing und Severing verboten worden sind, hat sich die Ortsgruppenleitung der KPD. entschlossen, am 1. Mai, abends 8 Uhr im Lokal Dörge (Bedra) (Familienzimmer) eine öffentliche Maidemonstrations-Versammlung zu veranstalten. Arbeiter, Genossen und „Klassenkampf"-Leser, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Lützen. Maifeier. Am 1. Mai vormittags 10 Uhr, findet eine vom Gewerkschaftskartell im „Bürgergarten" einberufene Versammlung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, Genossinnen und Gewerkschaftsmitglieder, in der Versammlung zu erscheinen. Die Verbandsbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen.

Neumark. Anmaßung eines VSPD.-Amtsvorstehers. Als am Ostersonntag und Ostermontag die Arbeiterschaft von Neumark und Umgegend sich im Freien erging, prankte folgendes Plakat unweit des Sportplatzes an dem öffentlichen Kommunalweg, der an der Geisel entlang führt: „Achtung! Für den 1. und 2. Osterfeiertag ist der Weg von 1 bis 6 Uhr nachmittags **gesperrt!** Frankleben, den ... April 1924 Der Amtsvorsteher, gez. Haring." Haring ist VSPD.-Mann. Was hat den pflichtsäumigen Amtsvorsteher wohl veranlaßt, den öffentlichen Kommunalweg für den 1. und 2. Osterfeiertag von 1 bis 6 Uhr nachmittags zu sperren? Hatte Herr Haring vielleicht Sorge, daß sich die Proleten schmutzige Schuhe holen würden, da die Geisel jetzt an allen Stellen überläuft und die Gruben sich weigern, die Geisel zu räumen? Kein Landrat oder Amtsvorsteher wagt sich aber an das Grubenkapital heran, um es zur Räumung der Geisel zu zwingen. Oder hatte Herr Haring ein Interesse daran, daß der Weg wegen des Fußballspieles nur durch Zahlung von 1 Mark pro Person betreten werden durfte? Jedenfalls wäre es interessant, die Gründe des Verbots zu erfahren. Vielleicht äußert sich der Herr Landrat noch dazu!

Schkeuditz. Auf zur Maifeier! Donnerstag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, Versammlung im Bahnhofshotel. Abends 8 Uhr im gleichen Lokal Abendfeier, bestehend aus Theater, Rezitationen, turnerischen und musikalischen Darbietungen. Alle Genossen, Genossinnen und Freunde unserer Bewegung sind dazu eingeladen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA.), Ortskartell Weißenfels, wird uns geschrieben: Das AfA.-Ortskartell trat in gemeinsamer Sitzung mit Vertretern des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB.) der Auffassung der freigewerkschaftlichen Zentralvorstände, daß den Kundgebungen zum 1. Mai 1924 angesichts des wachsenden allgemeinen sozialen Rückschrittes besondere Bedeutung beizumessen sei, im vollen Umfange bei. Von dem Plane einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung aller freigewerkschaftlichen Angestellten-, Beamten- u. Arbeiterorganisationen der Stadt Weißenfels wurde Abstand genommen, da eine eingehende Aussprache feststellte, daß hierfür zurzeit am Orte die gewerkschaftlichen Voraussetzungen nicht vorhanden sind. Das AfA.-Ortskartell steht daher auch davon ab, für die freigewerkschaftliche Angestelltenschaft zum 1. Mai völlige Arbeitsruhe zu proklamieren; es wird den Kollegen und Kolleginnen vielmehr anheimgestellt, nach freier Entschließung sich an den üblichen Veranstaltungen (Demonstrationsversammlungen, Abendfeiern usw.) zu beteiligen. Von einer eigenen Nachmittags- oder Abendveranstaltung sehen das AfA.-Ortskartell sowie der Ortsausschuß des ADB. ab, um eine Verzettelung zu vermeiden.

Weißenfels. Die Sozialdemokraten buhlen um die Arbeitersportler. Ein „geistiges Produkt" der Sozialdemokratie scheint mit meinem Artikel im Mitteilungsblatt der Arbeitersportvereinigung nicht einverstanden zu sein. Im „Zeitzer Volksboten" läßt er deshalb seine Wut darüber aus. Hören wir, was er schreibt: „Die Arbeitersportler haben um jedes Stückchen freie Erde, um jeden Raum kämpfen müssen. Das Sporttreiben wurde, wenn es Arbeitersportler waren, in früheren Zeiten mit dem Polizeiäbel verhindert. Die Arbeitersportler haben in der Sozialdemokratischen Partei stets einen treuen Anwalt gehabt." Darauf möchte ich folgendes richtigstellen: Wahr ist, daß die Arbeitersportler in einer Stadt mit sozialdemokratischer Mehrheit um jeden städtischen Raum kämpfen mußten. Wahr ist aber auch, daß die sozialdemokratischen Stadträte mit den Bürgerlichen im Magistrat dafür stimmten, daß die Arbeitersportler die städtischen Räume bei Benutzung bezahlen sollten. Wahr ist auch, daß die Arbeitersportler nicht einen einzigen Sportplatz haben, trotzdem die Sozialdemokratie als ausschlaggebende Partei nach der Revolution die Macht hatte. Wahr ist, daß in früheren Zeiten die Arbeitersportler mit dem Polizeiäbel Bekanntschaft machten. Wahr ist aber auch, daß die sozialdemokratischen Polizeimeister die wilhelminischen bei der Niederknüppelung der Arbeiter noch übertreffen. Ja, die Sozialdemokraten waren immer ein treuer Anwalt für den Kapitalismus. Hören wir, was der Zeitzer Ableger weiter schreibt: „Die kommunistischen Hetzer glauben nicht an den Sieg mit dem Stimmzettel, sondern sie wollen die gestählten Arbeiterturner mit Maschinengewehren und Handgranaten zusammenschießen lassen." Armer Mensch, vergißt Du 1914, wo die Sozialdemokraten die gesamten Arbeiter dem imperialistischen Militarismus überließen? Hast Du vergessen, daß Eure sozialistischen Führer den Weißen Generalen die Gewalt übergaben, die Arbeiter niederzuschießen? Ja, daß selbst Sozialdemokraten den Befehl zum Schießen in die Arbeitermassen gaben? Und zum Schluß zweifelt der Hohlkopf, wenn ich schrieb: Ein deutscher Lenin hätte das Elend und den Meuchelmord der Nachkriegszeit verhindern können. Aber unsere zielklaren Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden in Verbindung mit der furchtbaren Hetze der Sozialdemokraten und des „Vorwärts" von den Weißen Banden gemeuchelt. Oder glaubt vielleicht der Schreiber, daß ein Noske oder Ebert die Arbeiter aus diesem Elend führen werden? Zum Schluß fordert der Schreiber die Arbeiter auf, sich nicht von kommunistischen Hohlköpfen verführen zu lassen. Die sporttreibende Arbeiterschaft wird am Wahltage Abrechnung mit den Verrätern der Arbeiterklasse, mit den sozialdemokratischen Hohlköpfen halten. Einheitlich und geschlossen wählen wir Arbeitersportler die **kommunistische Liste. Das ist die richtige Antwort auf den schmierigen Artikel im Zeitzer „Volksboten".** H. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0010

Der Wahlkampf im Bezirk

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem 4. Mai. Der Wahlkampf steigt höher und höher, die Parteien machen die größten Anstrengungen, um die Wähler für sich zu gewinnen. In der bürgerlichen Provinzpresse befinden sich täglich riesengroße Inserate der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der „Nationalen Bürgerringe", des „Ordnungsblocks" und wie sie alle heißen. Starke Geldleute müssen dahinterstecken, um die ungeheuren Geldkosten bestreiten zu können. Bei Wahlen lassen es sich die Bürgerlichen schon etwas kosten, denn sie wissen, was für sie auf dem Spiele steht. Die kapitalistischen Kreise, die jetzt das Geld geben für den Wahlkampf, tun das gerne, denn es steht für sie fest, daß diese Unkosten doppelten und dreifachen Gewinn bringen werden.

Dieser ungeheuren, mit allen Mitteln der Finanzkreise unterstützten Wahlpropaganda gegenüber haben die Arbeiterparteien keinen leichten Stand. Die VSPD. hat ohnehin infolge ihrer bisher betriebenen Politik schwer zu kämpfen; die Arbeiterschaft, die das Elend am eigenen Leibe verspürt, will nichts mehr von ihr wissen. Das Vertrauen der breiten Arbeitermassen wendet sich allgemein der Kommunistischen Partei zu, die trotz aller Schwierigkeiten und Anfeindungen einen heftigen Kampf nach allen Seiten führt. Nichts kann sie behindern dabei. Wo man ihr Lokale verweigert, geht sie in die Versammlungen der Gegner, um dort die Interessen der Arbeiterschaft zu verfechten. Soweit sich aus der allgemeinen Stimmung ersehen läßt, wird die Wahl am 4. Mai für die Kommunistische Partei günstig ausfallen; die Versammlungen sind ein gutes Spiegelbild dafür. In den nächsten Tagen finden noch eine ganze Reihe **Versammlungen der KPD.** statt, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen wollen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen diese Versammlungen in ihrem eigenen Interesse besuchen. Am 4. Mai kann es für die gesamte Arbeiterschaft nur eines geben:

Stimmabgabe für die Kommunistische Partei!

*

Braunsdorf. Zur Gemeindevertreterwahl sind nach den amtlichen Feststellungen im ganzen drei Listen eingereicht worden. Die Bürgerlichen haben eine Mischmaschliste aufgestellt, wozu auch einige „Arbeiter" mit herangezogen wurden. Die Sozialdemokraten haben von ihrem Bäckerdutzend die „besten" aufgestellt, die der Braunsdorfer Arbeiterschaft sehr gut bekannt sind; die hiesige Arbeiterschaft wird ihnen am 4. Mai die richtige Antwort geben. Es wird jedem Arbeiter noch in Erinnerung sein, was diese Sozialdemokraten für Euch in den vergangenen Jahren alles getan haben. Außer diesen beiden Listen hat die Kommunistische Partei (Liste Schick-Gonscherek) diesmal eine eigene Liste aufgestellt, wozu nur Arbeiter ausgewählt worden sind, die wirklich gewillt sind, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung rücksichtslos zu vertreten. Arbeiter, mobilisiert den letzten Wähler für die Liste der Kommunistischen Partei!

Goddula. Ein voller Erfolg für unsere Partei war die von uns einberufene Wählerversammlung am hiesigen Ort. Nahezu 300 Arbeiter und kleine Landwirte hatten sich eingefunden, um den Ausführungen des Genossen Härtel-Halle zu folgen, der die bürgerlich-kapitalistische Demokratie ins richtige Licht rückte. In der Diskussion schwiegen die anwesenden Gegner. Genosse Fritz (Gemeindevorsteher) wies auf die Gemeindewahlen hin und zeigte die Fehler auf, die heute noch die Gemeinde zu tragen habe durch das Versagen der bürgerlichen Gruppe. Hoffen wir, daß auch der Lehrer Leiprich am 4. Mai so wählt, wie er durch sein Schweigen den Kommunisten zugestimmt hat.

Querfurt. Die VSPD. auf dem letzten Loch! Am Sonnabend hatte die VSPD. zu einer Wählerversammlung eingeladen. Da nun die VSPD. hier schon des öfteren Schiffbruch erlitten hat, versuchte man es diesmal mit einer besonderen „Größe". Der bekannte F. O. H. Schulz-Halle wollte den anwesenden Arbeitern zeigen, daß die VSPD. die einzige Partei wäre, die eine reine und klare Politik betreibe, um den Arbeiter vor Hunger und Elend zu retten. In der Diskussion rechnete Genosse Weise gründlich mit der VSPD. ab. Im Schlußwort wollte Herr F. O. H. Schulz noch einmal versuchen, die VSPD. von den Sünden reinzuwaschen. Die Arbeiterschaft von Querfurt ist aber eines anderen belehrt. Sie hat die Nase voll von dieser Sorte Arbeitervertretern. Sie wählt am 4. Mai nur Kommunisten!

Schkortleben. Neues Leben. Die von der KPD. am Sonntag einberufene öffentliche Wählerversammlung hatte vollen Erfolg. Zirka 100 Mann waren erschienen und folgten aufmerksam den Ausführungen des Gen. Becker. Nach der Versammlung traten eine große Anzahl von Versammlungsbesucher zusammen, mit dem Vorsatz, eine Ortsgruppe der KPD. zu gründen. Ein Zeichen, daß sich der kommunistische Gedanke immer mehr Bahn bricht.

Almerich. Völkischer Wahlrummel. Am Freitag, dem 25. April, hatten die Völkischen eine Versammlung am hiesigen Orte einberufen, die leidlich besucht war. Man hatte gleich etwa 30 Mann von dem Stahlhelm-Stoßtrupp aus Naumburg mitgebracht. Wenn man unsere Genossen abrechnet, so blieben wohl noch 50 Mann übrig, welche den Ausführungen des Zukunftspropheten andachtsvoll lauschten. Die Ausführungen der großen Kanone, welche die Stahlhelmer aufgefahren hatten, waren mit den üblichen Phrasen ausgefüllt. Im großen ganzen gipfelte die Rede in der Bekämpfung des Judentums und des Marxismus. Genosse Kramer parierte in der Diskussion die Angriffe auf die KPD. In seinem Schlußwort versuchte der Referent, alles ins Lächerliche zu ziehen, hatte damit aber kein Glück. Arbeiter von Almerich, gebt am 4. Mai den Feinden der Arbeiterschaft den verdienten Fußtritt! **Alle Stimmen der KPD.!**

Stedten. Achtung, Wählerschaft! Zur Gemeindewahl wurden zwei Listen in hiesiger Gemeinde eingereicht. Für die Kreise der Landwirte, Siedler, Geschäftsleute, Beamte und Arbeiter kommt **Liste 1** in Frage, welche wie folgt lautet: „Gemeinschaftliche Interessenliste" und die Namen trägt: Otto Weise, Andreas Pyplo, Walter Näther, Gustav Zahn, Friedrich Kaps, Louis Meißner, Otto Herling, Johann Szymanski, Willi Eckardt, Fritz Eichmann, Otto Näther, August Koritschak und Otto Lange. Die **Liste 2** ist die Liste der Volksfeinde und -verräter, die Liste Stinnes, Obersteiger Schröder, Bäcker Füchsel usw. Mehr ist zur Kennzeichnung der Liste nicht anzuführen. Das könnte den Stinnesleuten wohl passen, die Gemeinde und auch die Einwohnerschaft als Spekulationsfeld zu benutzen. Erwerbslose, wer warf Euch auf die Straße? Den armen Proleten zieht man Eure Unterstützung vom niedrigen Lohn ab. Wer hat den Mittelstand enteignet, Euch an den Bettelstab gebracht? Wer den Achtstundentag und alle sozialen Einrichtungen entfernt? Wer treibt schnöden Terror in den Betrieben? Die Stinnesleute! Heraus deshalb am 4. Mai zur Entscheidung! Otto Weise ist unsere Parole!

Bischofrode. Abgeblitzt. Unsere Partei hielt am Sonntagabend eine öffentliche Wählerversammlung ab, in der der Genosse Lehnert (Halle) referierte. Er gab einen Rückblick über die Tätigkeit des verflossenen Reichstags. Auch der neue Reichstag wird dieselbe Politik fortsetzen, da von dieser Sorte Parlamentarismus nichts zu erwarten ist. In der Diskussion meldete sich ein „Ackerarbeiter" vom Stahlhelm, der aus einer Broschüre verschiedene Dinge vorlas und darüber Auskunft haben wollte. Besonders hatten es ihm die Juden angetan. Im Schlußwort erklärte ihm der Referent, daß für die Kommunisten die Judenfrage keine Rassenfrage, sondern eine Klassenfrage sei. Das überstieg jedoch den Horizont des guten Mannes und er konnte sich gar nicht genug tun mit neuen Zwischenfragen, wobei er das blödeste Zeug vorbrachte und dann mit seinem Anhang die Versammlung verließ, weil er mit seinem Quatsch den Unwillen der Versammlung erregte. Die Versammlung war ein voller Erfolg für unsere Partei und gibt die Gewißheit, daß am 4. Mai auch die Bischofroder Arbeiter ihre Pflicht tun werden.

Hettstedt. Der zweite Reinfall der VSPD. Am Sonntag, dem 27. April, hatte die VSPD. Hettstedt zu ihrer zweiten Wählerversammlung im Orte aufgerufen. Eine angebliche „große Kanone", Dr. Freund-Berlin, war angekündigt worden. Der nicht allzu große Saal zeigte eine gähnende Leere. Mit Schrecken bemerkte die Versammlungsleitung, daß auch einige Kommunisten erschienen waren. Der Versammlungsleiter, der Verbandsangestellte des DMV. Hettstedt, a. D., machte deshalb nachdrücklichst darauf aufmerksam, daß es nur zehn Minuten Redezeit für die Diskussionsredner gibt. Da Widerspruch aus der Versammlung erfolgte, stellte er nochmals in brüskem Tone fest daß sie allein darüber bestimmen! In reichlich 1¼stündigen Ausführungen leierte der Herr Doktor ohne jede Erregung und Verständnis für die Lage des deutschen Proletariats seine Ausführungen herunter, pries die Sozialdemokratie als die allein seligmachende Partei, vermied aber ängstlich, in irgendeiner der angeschnittenen Fragen tiefer zu schürfen, da er ja sonst die ungeheure Mitschuld der VSPD.-Politik in Deutschland hätte feststellen müssen. Seine programmatischen Erklärungen bewiesen, daß die VSPD. ihre bisher betriebene Politik als Büttel der deutschen Kapitalisten fortsetzen wird. Als erster Diskussionsredner sprach unser Genosse Schmidt und deckte das Schuldkonto der VSPD. in den verschiedenen politischen Fragen der Vergangenheit klar und deutlich auf. Prompt, nach knapp zehn Minuten, griff die sozialdemokratische Versammlungsleitung ein, hatte aber noch nicht den Mut, rundweg das Wort abzuschneiden. Andächtig hörten die Anwesenden den wuchtigen Anklagen gegen die Sozialdemokratie weiter zu. Genosse Schmidt war eben im Begriff die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Ruhrfrage und zur Frage der Ermächtigungsgesetze aufzurollen, da faßte sich der Versammlungsleiter ein Herz und entzog unserem Genossen das Wort. Eine heftige Geschäftsordnungsdebatte setzte ein. Schütz erklärte, daß es für sie keine Geschäftsordnung nach den parlamentarischen Grundsätzen gäbe, sie seien allein der bestimmende Faktor. Unter Protest verließen von den an und für sich wenigen Besuchern der größte Teil die Versammlung und ließen den Herrn Doktor samt seiner „demokratischen" Versammlungsleitung allein. Die wenigen Anhänger der VSPD. werden wohl durch solche Handlungen begreifen, daß auch sie sich anders orientieren und Schluß machen müssen, solchen verkrachten Politikern nachzulaufen, wie sie nun einmal die Sozialdemokraten sind, die volle fünf Jahre lang die deutsche Arbeiterklasse dem Kapital ausgeliefert haben und die größte Schuld an dem derzeitigen Elend des Proletariats tragen.

Artern. Kapitalistischer Wiederaufbau oder soziale Revolution. Ueber dieses Thema referierte der Genosse Riebenstahl (Halle) in einer von der hiesigen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Wählerversammlung, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Referent behandelte in seinen 1½stündigen Ausführungen an Hand zahlreichen Materials die Tätigkeit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, die in krassem Gegensatz zu dem stehen, was die Vertreter dieser Parteien ganz besonders im gegenwärtigen Wahlkampfe den Wählermassen vorgaukeln. Die Zustimmungserklärungen während des Referats wie auch der allgemeine Beifall am Schluß desselben waren der Beweis dafür, daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Obwohl Angehörige anderer Parteien anwesend waren, wagten sie es nicht, dem Referenten in der Diskussion entgegenzutreten, im Gegenteil, die offene Zustimmung eines anwesenden Gewerkschaftssekretärs, der politisch der VSPD. angehört, ergibt wohl, daß der Referent das Richtige getroffen hatte. So gibt uns auch diese imposante Versammlung die beste Gewähr dafür, daß in Artern die Kommunistische Partei am 4. Mai mit einem glänzenden Resultat aus dem Wahlkampfe hervorgehen wird.

Wansleben. Der verfluchte Schnee in Pommern! Weil in Pommern der Schnee so hoch lag, deshalb stimmte die VSPD. für das Ermächtigungsgesetz! So sagte Kunert in der VSPD.-Versammlung in Wansleben. Klar drückte er aus, daß sich die VSPD. vor der Zustimmung zu dem Gesetze bewußt war, daß das Ermächtigungsgesetz Fürchterliches für die Arbeiterschaft bringen würde. Schweren Herzens hätten sie zugestimmt, sie mußten zustimmen, weil die VSPD. infolge Mangels an Mitteln keine Wahl durchführen konnte und weil in Ostpreußen und Pommern „der Schnee zwei bis drei Meter hoch gelegen habe" und die VSPD. deshalb nicht an ihre Genossen herankommen konnte. So und ähnlich referierte Kunert weiter, ohne auf den eigentlichen Kern der Politik einzugehen. Armer Kunert! Am Schlusse seiner Rede forderte er natürlich auf, der Sozialdemokratie die Stimme zu geben. In der Diskussion sprach Genosse Grabow, daß eine Partei, die um die Stimmen der Wähler werben wolle, diesen unbedingt zeigen müsse, was sie bisher für die Arbeiterschaft getan habe. Die VSPD. habe sich seit Beginn der Revolution und schon vorher mit dem Kapital verbündet. Sie habe im Frühjahr 1919 die Arbeiterschaft entwaffnet, habe dann durch ihre Minister eine Umsatzsteuer ausgeheckt und jeder Erhöhung dieser Umsatzsteuer zugestimmt. Die Umsatzsteuer sei die gefährlichste aller Steuern, weil damit dem Volke, ohne daß es gemerkt wird, heimlich große Summen aus der Tasche gezogen werden. Die VSPD. habe sich nicht gescheut, sogar den Bettler, den Drehorgelmann, zur Umsatzsteuer heranzuziehen. Die VSPD. wollte es so haben, daß selbst der Aermste, wenn er aus Not seine letzte Habe verkauft, hierfür noch 2½ Prozent Umsatzsteuer zahlen muß. Genosse Grabow wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft helfen wolle dadurch, daß erst dem Kapital eine bessere Konjunktur durch Mehrarbeit und billigere Arbeit geschaffen werde, und daß erst dann gegen das Kapital gekämpft werden soll. Dies sei der größte Fehler der VSPD., denn das Kapital sei besonders in Deutschland überlebt, weil es bewiesen habe, daß es ihm unmöglich ist, der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands Lohn und Brot zu geben. Vieles andere mußte sich Kunert noch vom Genossen Grabow sagen lassen. In allen Teilen hätte die VSPD. mit den bürgerlichen Parteien gegen die Interessen der Arbeiterschaft gestimmt. Wer daher der VSPD. am 4. Mai die Stimme gibt, wird ein Verräter an sich selbst. Am 4. Mai ist nur der **Kommunistischen Partei** die Stimme zu geben. In seinem Schlußwort sagte Kunert, daß die meisten Dinge, die Grabow vorgetragen habe, glatte Selbstverständlichkeiten seien, daß aber die Kommunisten mit demogogischen Kniffen arbeiteten und daß sie in ihren Versammlungen stets einen kräftigen Druck auf die Tränendrüsen der Versammelten ausübten. Im allgemeinen hat Kunert recht schlecht abgeschnitten; auch hier kann die VSPD. keinen Blumentopf mehr gewinnen.

Helfta. Eine Niete für die VSPD. war die von ihnen einberufene Versammlung am Sonnabend. Die Leutchen hätten mit dem Amts- und Gemeindevorsteher und zwei bis drei Getreuen allein gesessen, wenn unsere Genossen nicht aus Mitleid ihre Versammlung besucht hätten. Der Landtagsabgeordnete Dr. Freund, Berlin, hatte sich die Aufgabe gestellt, die Politik der VSPD. zu verteidigen und die einzelnen Parteien herunterzureißen. Der Genosse Lehnert stach dann dem Herrn den Star. In einstündigen Ausführungen rollte er die Politik der „Vereinigten" auf und bewies deren Arbeiterfeindlichkeit. Unter dem Beifall der Versammlung stellte er fest, daß auch eine VSPD.-Mehrheit nicht in der Lage ist, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu verbessern. Das ist nur durch die Diktatur des Proletariats möglich. Zum Glück streikte kurz vor dem Schlußwort des Referenten das Licht, so daß er auf die Vorwürfe unseres Genossen nicht einzugehen brauchte, sondern nur das übliche Klagelied anstimmte, daß die Kommunisten die Politik der VSPD. kritisiere zur Freude der anwesenden Bürgerlichen. Durch Zwischenrufe stellten unsre Genossen fest, daß diejenigen, die Dummheiten machen, bestraft werden müßten. Diese Strafe wird die Arbeiterschaft am 4. Mai vornehmen, indem sie den Sozialdemokraten keine Stimme gibt, sondern nur Kommunisten wählt.

Bornstedt. Wahlversammlung — Gründung einer Ortsgruppe. Die KPD. hielt am Sonntag hier eine Wählerversammlung ab, in der Genosse Merzinski sprach und die **Tätigkeit des vergangenen Reichstags und der Parteien beleuchtete.** Scharf brandmarkte er vor allem die VSPD., die durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz die Arbeiterschaft in eine ganz elende Lage gebracht hat. Die Versammlung zeigte durch starken Beifall, daß sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war. Im Anschluß an die Versammlung wurde eine Ortsgruppe der KPD. gegründet. Das ist ein schöner Erfolg. Ein weiterer Erfolg wird am 4. Mai zu verzeichnen sein, an dem Tage die hiesige Arbeiterschaft nur kommunistisch wählt.

Holdenstedt. Der Kommunismus bricht sich Bahn. Das bewies die am Sonntag hier stattgefundene Wählerversammlung der KPD. Es war dies die erste Wählerversammlung am Orte. Genosse Lehnert sprach über das Thema: **Kann der kommende Reichstag die Lage der Arbeiterschaft bessern?** Mit reichlichem Material bewies er, daß die um die Gunst der Arbeiterschaft buhlenden „Volks"parteien bisher nur bewiesen haben, daß sie Interessenvertretungen der Bourgeoisie sind. Von diesen Parteien hat die Arbeiterschaft nichts zu erwarten und sie muß darum am 4. Mai ihre Stimme den Kommunisten geben. Das Referat wurde mit starkem Beifall aufgenommen, ein Beweis, daß die KPD. die volle Sympathie der Arbeiter besitzt. Eine Diskussion fand nicht statt.

Brehna. Der Wahlkampf tobt hier besonders stark. Neun Wählerversammlungen haben wir bis jetzt schon in unserem kleinen Ort zu verzeichnen. In der deutschnationalen Versammlung sprach Dr. Gerecke, Landrat a. D., aus Torgau über die bekannten nationalen Forderungen. Es muß zugegeben werden, daß er sachlich sprach und es vermied, gegen unsere Partei ausfällig zu werden. Desto mehr bekamen die Sozialdemokraten zu hören, was sie gesündigt haben. Da die frühere Domäne der Nationalen, Brehna, sehr stark von den Völkischen belagert wird, kam es dem Referenten hauptsächlich darauf an, diesen Besitz zu verteidigen. In der Aussprache trat für unsere Partei Genosse Donner auf den Plan. In wirkungsvoller Rede wies er auf die verderbliche Politik der Nationalen und Völkischen hin. Er appellierte auch an die Mittelständler, sich keinen Illusionen hinzugeben, wenn sie der Parole der Nationalen folgen. Unter stürmischer Zustimmung des größten Teiles der Besucher, oftmals noch verstärkt durch dröhnende Lachsalven, wenn er einige plumpe Zwischenrufer abfertigte, konnte ein Erfolg gebucht werden, der uns zu der Hoffnung berechtigt, daß am Wahltage die Mehrheit hierselbst kommunistisch wählt!

Golma. Wählerversammlung. In Schwaetz referierte unser Genosse Schuster für die Ortschaften Golma-Landsberg. Er zeigte das wahre Gesicht der sich um die Stimmen der Proleten bewerbenden Parteien. Restlos deckte er die schweren Schäden auf, die der dahingesiechte Reichstag dem Proletariat gebracht hat. Scharf war die Abrechnung mit der deutschen Giftpflanze auf dem politischen Boden, der sogenannten deutschvölkischen Bewegung. Er forderte die Anwesenden auf, Mann für Mann restlos am 4. Mai an die Wahlurne zu gehen und der einzigen wahren Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei, ihre Stimme zu geben. Trotz Aufforderung meldete sich kein Gegner. Im Schlußwort gab Genosse Schuster einige Schilderungen aus Sowjet-Rußland, das jetzt gefestigter den je dasteht. Mit der Aufforderung: „Brecht Eure Sklavenketten entzwei und wählt am Zahltag die Kommunistische Partei" schloß der Referent seine Ausführungen.

Freiroda. Die abgewirtschaftete VSPD. hatte am Sonnabend eine Wählerversammlung einberufen. Ihr Redner, Flücht (Halle), konnte trotz seiner langen Rede nicht viel mehr und nicht weniger sagen als: wählt am 4. Mai die Sozialdemokraten. Unser Genosse Grabow unterzog die Politik dieser „Arbeiterpartei" einer scharfen Kritik. Es wäre besser gewesen für die VSPD., sie hätten ihre Finger von einer Wählerversammlung gelassen. Die Arbeiterschaft wählt am 4. Mai nur die Kommunistische Liste!

Radefeld. Zu einer Wählerversammlung, die am Sonntag von der KPD. hier stattfand, hatte der Genosse Krüger (Holzweißig) das Referat übernommen. Er schilderte, was alle Parteien bis jetzt für die Arbeiterschaft getan haben und in bezug auf ihre Einstellung weiter tun werden. Besonders nahm er sich die Arbeiterverratspartei, die Sozialdemokratie, vor. Zum Wort meldete sich kein Gegner, trotzdem sie anwesend waren. Fest steht, daß die hiesige Arbeiterschaft am 4. Mai nur kommunistisch wählt.

Kleinwittenberg. Die Wahlvorschläge. Zur Gemeindewahl sind hier zwei Vorschläge eingereicht worden. Zunächst die Liste der Kommunistischen Partei mit dem Genossen Nitschke an der Spitze, dann folgt: Muke, Wilh.; Hilner, Wilh., Meißner, Herm. usw. Dann ist noch ein bürgerlicher Vorschlag mit dem Schlossermeister Bethke an der Spitze eingereicht worden. Für die Arbeiter, Angestellten, Beamten usw., sowie für alle Mieter, kommt nur die Liste „Nitschke, Muke, Meißner in Betracht.

Piesteritz. Zur Gemeindewahl sind drei Wahlvorschläge eingereicht; ein Vorschlag der VSPD. mit Kaspar an der Spitze, dann der Vorschlag des bürgerlichen Mischmaschs. Die Liste hat sich schon durch ihre Zeitungs-Kampagne und Flugblatthetze als „wirkliche Vertreterin" einer Arbeitergemeinde gezeigt. Schon der „Arbeiter" an der Spitze wird den Einwohnern die Augen öffnen. Die **kommunistische Liste** beginnt mit: **Hilgers, Jänkel, Engel, Mönning, Kaiser, Scharlow** usw., alles Leute, die in der Bewegung stehen und rücksichtslos für die Interessen aller Ausgebeuteten eintreten werden. Ein Esel ist der, der am 4. Mai der bürgerlichen Liste seine Stimme gibt. In Piesteritz sind vier Wahllokale: Volksheim, Mädchenschule, Knabenschule und Stickstoff-Werke. Im letzten Lokal wählen nur diejenigen, die am 4. Mai Tagesdurchgangsschicht haben, d. h. von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr. Soweit die Wähler von auswärts sind, müssen sich diese einen Stimmschein von ihrem Gemeindevorsteher ausstellen lassen, damit sie dort wählen können. Wir haben dieses durchgedrückt. Die Betriebsräte und einzelnen Ortsgruppen-Vorsitzenden müssen dies noch bekannt machen. Bei der letzten Wahl sind diese Schichtarbeiter um ihr Wahlrecht gekommen, was wir durch unseren Antrag auf Einrichtung dieses Wahllokales verhindern wollen.

Prösen. Wähler und Wählerinnen, haltet die Augen offen! Zu der am 4. Mai stattfindenden Gemeindewahl sind diesmal drei Listen eingereicht, und zwar: 1. die Liste Dreißig-Thüre; 2. die Liste Wähnert-Ernst und 3. die Liste der Kommunisten. Die Liste Dreißig, genannt „Einheitsliste", empfiehlt sich im „Liebenwerdaer Kreisblatt" als „alles umfassende Gemeindevertretung" der Bauern, Gewerbetreibenden, Arbeiter und Kriegsgeschädigten. Trotzdem die Kriegsbeschädigten beschlossen hatten, von einer eigenen Liste Abstand zu nehmen, weil sie von den Kommunisten vertreten werden, hat sich der erste Vorsitzende Dreißig bei den „Einheitlern" als Spitzenkandidat aufstellen lassen. Na, wir gönnen ihm sein Pöstchen; die Herrschaften treiben Stimmenfang, suchen Dumme. Die Liste Ernst Wähnert, genannt „Liste der Interessenten", umfaßt Kleinbauern und Hausbesitzer. Diese Liste hätte sich unserer Meinung nach völlig erübrigt, denn es sind ja doch alles „Arbeitende". Zu sagen haben wir den Wählern dieser Liste nur, daß wir als Kommunisten ja verpflichtet sind, die Interessen der arbeitenden, aber trotzdem darbenden Volksschichten, rücksichtslos zu vertreten. Abhängig von der Reichspolitik ist natürlich die Gemeindepolitik. Deshalb rufen wir Euch zu, laßt Euch nicht irremachen durch das Durcheinander in unserer Gemeinde. Für die Befreiung aller arbeitenden Menschen kämpfen nur die Kommunisten, zeigt also, daß ihr hinter ihnen steht.

Postbezieher!

Wenn der „Klassenkampf" ab 1. Mai pünktlich eintreffen soll, so ist die Bestellung beim Postamt oder Briefträger sofort aufzugeben: „Klassenkampf für Halle-Merseburg". Unter diesem Titel erscheinen ab 1. Mai im Bezirk Halle-Merseburg alle „Klassenkampf"-Ausgaben, deshalb ist die Bestellung wie vorstehend aufzugeben. Ausgenommen hiervon ist die Ausgabe für Hessen-Waldeck und Süd-Hannover.

Der Verlag.

217

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0011

Ausschneiden und ankleben!

Reichstagswahlen 1924

Ausschneiden und ankleben!

Heil Stinnes und seiner Sozialdemokratie!

Wer ist Stinnes?

„Stinnes ist der Typ eines Großkapitalisten. Krieg und Revolution konnten nicht verhindern, daß sein Vermögen von 100 Millionen Goldmark im Jahre 1914 auf Milliarden von Goldmark gestiegen ist. Stinnes kommandiert im In- und Auslande Montan- und Elektrizitätswerke, Reedereien, Kohlengroßhandelsgeschäfte, Erzbergwerke, Erdöl-Gesellschaften, Banken, Zeitungen, Druckereien, Papierfabriken; er besitzt Wälder und Häuser. Die Stinnes diktieren die Preise und schreiben Millionen von Millionen vor, was sie essen und trinken, wo sie wohnen und womit sie sich kleiden sollen, ob sie arbeiten oder feiern und hungern müssen. Die Stinnes bestimmen, ob Krieg oder Frieden sein soll. Wo die Stinnes stehen, steht in Wahrheit der Feind der Ausgebeuteten."

So Artur Crispien im „Vorwärts" vom 8. November 1923.

... einer unserer Größten.

„Der gewaltige Organisationsdienst, den Hugo Stinnes in letzter Zeit entwickelt, und der [illegible]geradezu ins Riesenhafte auswächst, zwingt auch den Gegner zur Achtung. Stehen Stinnes auch Kapitalien in jeder Höhe zur Verfügung, so fordern diese Konzentrationen doch auch schöpferische Arbeit, neue Formen für die Zusammenhaltung wirtschaftlicher Unternehmungen zu finden. Er bringt, wie Marx sagt, den Kapitalismus in den „Puppenzustand", aus dem einst ein fertiger Schmetterling, die sozialistische Gesellschaft entschlüpfen wird. Stören wir ihn nicht bei seinem Werk. Die Sozialisten werden ihn vielleicht einst preisen als einen ihrer Größten!"

Der „Vorwärts" am 5. November 1920.

... und wir unterschreiben sein Programm.

„Ich muß es Ihnen doch sagen — —, daß ich Herrn Stinnes für eine Potenz unseres Wirtschaftslebens halte, daß der Stinnes in der Tat im deutschen Wirtschaftsleben einer der hervorragendsten Männer ist, dem man von allen Seiten des Hauses Achtung entgegenbringen könnte. Meine Herren! Soweit das wirtschaftspolitische Programm des Herrn Stinnes in Frage kommt, kann man es, glaube ich, zu einem großen Teil unterstreichen."

Severing im Preußischen Landtag am 29. November 1921.

*

Heil Stinnes! schreit die Sozialdemokratie. Proletarier, wollt ihr mitschreien?

Dann wählt SPD.!

Sturz der Stinnespartei! das will die Kommunistische Partei. Proletarier, wollt ihr mitkämpfen?

Dann wählt KPD.!

Heil Stinnes! ist euer Untergang.
Kampf Stinnes! euer Leben!

Entscheidet euch!

Die Völkischen für die Hausbesitzer.

Anläßlich der Reichstagswahlen hat der Vorstand des Thüringer Hausbesitzerverbandes mit den politischen Parteien verhandelt, um die Leitsätze des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine anerkennen zu lassen. Außer Demokraten, Volkspartei und Deutschnationalen hat auch der völkisch-soziale Block die Leitsätze anerkannt und seine Kandidaten verpflichtet, für seine Leitsätze einzutreten. Wer also für die Völkischen stimmt, stimmt für die Hausbesitzer.

Dr. Luther macht Wahl.

Dr. Luther, der große Freund der Beamten, geht auf Stimmenfang aus. Die Beamten sollen für die Volkspartei und die Deutschnationalen an die Urne gebracht werden. Dr. Luther läßt verkünden, daß trotz der schlechten Finanzlage des Reiches er sich doch entschlossen habe, den Reichsbeamten ab 30. April d. Js. die Bezüge wieder für einen ganzen Monat im voraus zahlen zu lassen.

Das ist doch wahrlich überwältigende Beamtenfreundlichkeit! Allerdings, kritische Gemüter werden sich sagen: die Vorausbezahlung soll der Notwendigkeit der Gehaltserhöhung entheben. Mit der Vorausbezahlung kann der Beamte kein Stück Brot mehr für sein Gehalt kaufen. Und der kritische Beamte erinnert sich, daß Dr. Luther für April eine Gehaltszulage von 30 Prozent hat ankündigen lassen. Es bleibt ein leeres Versprechen. Und dann ist auch nicht vergessen, daß Dr. Luther mit dem Beamtenabbau und mit der Dienstzeitverlängerung sowie der rigorosen Gehaltskürzung sich als Freund der Beamten verewigt hat. Und nicht nur bei den Reichsbeamten war es doch Dr. Luther, der auch die Anweisung gegeben, daß bei Schiedssprüchen für die Angestellten und Arbeiter in der Privatindustrie keine höheren Gehälter und Löhne festgesetzt werden dürfen, als das Reich den Beamten und Arbeitern zahlt.

Die beamtenfreundliche Geste des Reichsfinanzministers erinnert an die Geste eines schlechten Schmierenschauspielers.

Alle Parteien, von der Sozialdemokratie bis ganz rechts, haben den Luther beim Hinauswurf der 800 000 Beamten und bei der Herabsetzung der Gehälter unterstützt. **Nur die Kommunisten haben wirklich für die Interessen der Beamten gekämpft. Beamte, zieht daraus am 4. Mai die Konsequenz!**

Ein „Judenstämmling" als völkischer Kandidat.

An zweiter Stelle der Liste des völkisch-sozialen Blocks für Hessen-Nassau kandidiert der Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler aus Kassel. Dieser hervorragende völkische Kandidat ist nachgewiesenermaßen ein „Judenstämmling", dessen Familie sich gegen seine „antisemitische" Politik scharf wendet. Herr Freisler steht auf demselben Wahlvorschlag wie Dinter, der bekanntlich in einem Buche „Die Sünde wider das Blut" eine hervorragende Rassentheorie ausgearbeitet hat und besonders die Mischehen bekämpfte. Die Frage, warum die Völkischen, deren Parole ist: „Wählt keine Juden und Judenstämmlinge", diesen Mann auf ihre Kandidatenliste gestellt haben, ist wohl zu indiskret.

Frage: Wie stimme ich am 4. Mai?
Antwort: Nur die größten Kälber
Wählen ihre Metzger selber.

Also nicht Otto Bismarck, nicht Ludendorff, nicht Scheidemann, nur kommunistisch.

Erwerbslose, Augen auf!

Das Folgende entnehmen wir einem Aufruf des „Reichsausschusses der Erwerbslosen, Kurz- und Notstandsarbeiter".

Dauernd wurde den hungernden Arbeitslosen die sowieso zum Leben nicht ausreichende Unterstützung abgebaut. Und zu dem Hunger und Elend eures Arbeitslosendaseins schuf der nach Hause geschickte Reichstag das Ermächtigungsgesetz, durch das ihr in die brutalste mittelalterliche Sklaverei der Zwangsarbeit gepreßt wurdet.

Wenn ihr dann, von der Verzweiflung getrieben, in Hungerdemonstrationen auf die Straße vor die Rathäuser zoget und Abhilfe fordertet, dann bewiesen euch die Hüter des freiesten Landes der Welt mit Gummiknüppeln, Maschinengewehren und Handgranaten, was Erwerbslosenfürsorge der demokratischen Republik bedeutet. Noch immer schmachten Hunderte und Tausende Kameraden im Gefängnis, weil sie für eure Interessen eintraten.

Was ihr zu erwarten habt auch von dem neuen Reichstag, das hat der Stinnes-Abgeordnete Dr. Quartz im Hauptausschuß des Reichstages mit brutaler Offenheit ausgesprochen:

„Er fordert die Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung, es sei eben bei weiterem Wirtschaftsniedergang der Hungertod von Millionen Menschen nicht zu vermeiden. — Selbst wenn der Belagerungszustand 150 Millionen Mark gekostet habe, so sei das gut angelegt, auf diesem Gebiete dürfe nicht gespart werden."

Wer ist schuld an dem Verbrechen gegen das werktätige Volk? Alle Parteien sind schuld, die auf dem Boden des bürgerlichen Staates und des bürgerlichen Parlamentarismus stehen, vor allem aber die Partei Eberts und Noskes, die

deutsche Sozialdemokratie.

Diese Partei ist die gefährlichste für die Arbeiterschaft, weil sie unter der Maske einer Arbeiterpartei auftritt.

Tausendmal hat sie versichert, die Interessen der Ausgebeuteten zu vertreten und tausendmal hat sie das arbeitende Volk an das deutsche und das ausländische Kapital verraten. Ob als Gewerkschafts- oder Parteiführer, immer sind es die Sozialdemokraten gewesen, die den kämpfenden Proletariern in den Rücken fielen. Beim Kapp-Putsch 1919, beim großen Eisenbahnerstreik im Februar 1922, bei all den gegenwärtigen Kämpfen um die Erhaltung des Achtstundentages sowie bei dem Kampf der Erwerbslosen gegen die Zwangsarbeit und bei deren Kämpfen um die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Sozialdemokraten sind es gewesen, die im Herbst v. J. den Belagerungszustand gegen das werktätige Volk verhängten.

Aber die Sozialdemokraten haben noch mehr geleistet. Sie haben dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, das uns den Abbau der Erwerbslosenfürsorge und die Zwangsarbeit brachte, das die Rechte der Betriebsräte beseitigte und den Achtstundentag aufhob. Die Sozialdemokraten haben gegen alle Forderungen der Erwerbslosen gestimmt. Sozialdemokraten sprengen den Erwerbslosenrat und denunzieren ihn bei den Behörden. Der Sozialdemokrat Severing ist es gewesen, der im Verein mit seinem famosen Genossen, dem Sozialdemokraten Richter, den Reichserwerbslosenkongreß im Dezember v. J. sprengte. 420 Vertreter der Erwerbslosen wurden wie Zuchthäusler verhaftet und dem Polizeigefängnis überantwortet. Sozialdemokratische Polizei- und Regierungsmänner haben in den meisten Fällen die Veranlassung gegeben zu den blutigen Massakers unter den hungrigen demonstrierenden Erwerbslosen.

Das Maß dieser Partei ist bis zum Ueberlaufen voll. Die Sozialdemokratie muß geschlagen werden, daß sie nicht mehr wagen darf, als Arbeiterpartei aufzutreten.

Aber es gibt noch andere Demagogen, die um eure Stimme buhlen. Da sind die

Deutschvölkischen und Deutschsozialen,

die besonders in den Reihen der Erwerbslosen auftreten. Sie gaukeln der Arbeiterschaft vor, gegen das Bank- und Börsenkapital zu sein und wollen eine nationale Diktatur, die das Befreiungswerk für alle vollbringen soll. Sie glauben, daß die Arbeiterschaft dumm genug ist, um sich von ihnen einfangen zu lassen. Sie bilden sogenannte Kampfgewerkschaften und Hilfskommissionen für Arbeitslose.

Die völkischen Kampfgewerkschaften sind ausgesprochene Streikbrecherorganisationen, die in den letzten großen Kämpfen bereits gegen die Streikenden in Aktion getreten sind. Ihr Werben um die Erwerbslosen ist weiter nichts als ein Bauernfang. Sie wollen mit Hilfe ihres Geldsacks die Arbeiterschaft für ihre dunklen Zwecke kaufen und mit ihrer Hilfe zur Macht gelangen. Ihnen die Stimme zu geben, hieße Selbstmord begehen. Sie müssen aufs schärfste bekämpft werden, genau wie die Sozialdemokratie und die übrigen bürgerlichen Parteien.

Kolleginnen und Kollegen, was sollt ihr am 4. Mai tun, wem sollt ihr eure Stimme geben?

Wer steht der Arbeiterschaft in ihrem Befreiungskampf zur Seite? Es ist einzig und

allein die Kommunistische Partei Deutschlands.

Sie allein hat sich als die beste Führerin des Proletariats bewiesen. Sie hat die Führung der Erwerbslosen übernommen in ihrem Kampfe um die Eröffnung der Betriebe, gegen die Zwangsarbeit und für eine auskömmliche Unterstützung. Sie hat die Führung der revolutionären Betriebsräte übernommen im Kampfe gegen ihre Rechtlosmachung, für den Achtstundentag und gegen den Abbau der Löhne. Die Kommunistische Partei Deutschlands stand immer und überall, sei es im Parlament oder außerhalb des Parlaments, auf Seiten der Arbeiterschaft, auf Seiten der Erwerbslosen.

Die Kommunisten führen den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, die Kommunisten organisieren den Befreiungskampf, die Kommunisten organisieren die Revolution. Ihr Ziel ist nicht die Eroberung des bürgerlichen Parlaments, sondern ihr Ziel ist die Rätediktatur, die Schaffung eines Räte-Deutschlands.

Keiner darf der Wahl fernbleiben

oder verärgert hinter dem Ofen hocken. Das wäre eine Unterstützung der Sozialdemokraten, das wäre eine Unterstützung der Völkischen, das wäre eine Unterstützung des Kapitals und deren Lakaien.

Jeder Arbeiter, jeder Erwerbslose muß am 4. Mai durch seine Stimme seinen Willen ausdrücken zum revolutionären Klassenkampf, zum Kampf gegen kapitalistische Diktatur mit bürgerlicher Demokratie und für die proletarische Diktatur, für den Kommunismus.

Darum auf, erwerbslose Frauen und Männer, am 4. Mai muß die Parole sein:

Jede Stimme den Kommunisten!

„Ehrentafel".

Den „kapitalistenfeindlichen" Sozialisten gewidmet.

Unser Straßburger Bruderblatt „Humanité" bringt folgendes aus den Wahlen zum französischen Parlament, die am 11. Mai stattfinden:

Es stehen heute auf einer Wahlliste:

1. Der „Sozialist" Gonde und der Bankier-Millionär Bouilloux-Lafont, der 1919 das Programm des Nationalblocks unterschrieb (Département Finistère).
2. Der „Sozialist" Renaudel und der Millionär-Advokat Brenond (Département Var).

Arbeiter und Bauern, dies ist der richtige Weg, um euch vom kapitalistischen Joch zu befreien. Nicht wahr? Seid

sorgenlos; auch diese Bankiers und Millionäre haben das „Mindestprogramm" der Sozialdemokraten unterzeichnet. Es geht vorwärts — im Jahre des Heils und der Wahlen 1924."

Das Wahlsystem in Deutschland erspart es der deutschen Sozialdemokratie, gemeinsame Listen mit den offen bürgerlichen Parteien zu machen. Bei ähnlichen Verhältnissen wie in Frankreich, würde sie natürlich ebenso handeln wie ihre französischen Brüder.

In Deutschland, Frankreich, England und überall — internationale Verbrüderung der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie.

Was sie alles für die Beamten tun, um die Beamtenstimmen zu erhalten. Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, in diesem Jahr die Urlaubsregelung des vorigen Jahres durchzuführen — wenn der Personalabbau nicht beeinträchtigt oder verzögert wird und die Heranziehung besonderer Urlaubsvertreter nicht notwendig ist. Also im Prinzip soll alles bleiben (wie auch plötzlich Geld da ist, um am 1. Mai volle Gehälter auszuzahlen) — bis zum 4. Mai.

Kampflied der „linken" SPD.

(Melodie: Seeräuberlied.)

Wir sind die gewaltige Opposition
Wir sind wahrhaft rrrrrevolutionär.
Sie fühlen ihr letztes Stündlein schon,
Die Genossen vom Bonzenheer.
Und wenn in Groß-Leipzig der Levi brüllt,
Dann erzittert die Noske-Fraktion:
Wir machen alle Bonzen wild,
Wir Helden der Opposition.

Ha, wir sind fast gegen die Demokratie
Wir sind beinah' für Diktatur.
Doch würden wir uns entscheiden nie
Für ein's oder 's andre nur?
Ja, für demokratische Diktatur!
Diktatorische Demokratie!
Ja, diesem Ziele gilt der Schwur
Der Oppositionskompagnie.

Wir sind auch oft gegen Koalition
Mit der rechtesten Bourgeoisie
Lieber revolutionäre Evolution
Und die Klassenkampfharmonie.
Für uns ist der Pazifismus Dreck
Gegen Humanität sind wir blind!
Doch laßt die Waffen lieber weg,
Bis wir bessere Menschen sind.

Heil! Mit diesem blutig-roten Programm
Gehen wir stolz in den Bonzenkrieg.
Wir sind nicht mehr geduldiges Opferlamm.
Wir halten durch bis zum Sieg!
Schon ist ja der erste Schlag getan:
Von Hessen ersteht neues Licht
Hoch Toni—Dißmann—Scheidemann
Für sie — bis das Herz uns bricht!!

Ernst Raabe.

Ein neuer Hense in Hamburg. Der übelberüchtigte Polizeisenator Hense ist von seinem Amt zurückgetreten. An seine Stelle ist der Sozialdemokrat Schumann getreten, der sicherlich Hense ebenbürtig sein wird. Hense mußte zurücktreten, weil seine eigene Partei in eine gewisse Opposition eingetreten ist. Er will sich nach Cuxhaven zurückziehen und dort auf seinen Lorbeeren, die er sich im Dienste des Kapitals erworben hat, ausruhen.

**Die Kommunisten kämpfen
gegen den bürgerlichen Parlamentarismus.
Wer am 4. Mai nicht wählt, sondern indifferent hinterm Ofen sitzt,
unterstützt seine Ausbeuter und Unterdrücker.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240429-11/fragment/page=0012
DFG